

Inhaltsverzeichnis

1. Thomas straubhaar	
2. Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut	
3. Wilhelm-Röpke-Institut	
4. Nils Goldschmidt	
5. Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft	
6. Walter Eucken Institut	
7. Roman Herzog Institut	
8. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	
9. Joachim Starbatty	
10. Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft	
11. Ludwig-Erhard-Stiftung	
12. Europäischer Verband Öffentlicher Banken	
13. Bund Katholischer Unternehmer	
14. Die Familienunternehmer - ASU	
15. Institut für Wirtschaftspolitik	
16. Konrad-Adenauer-Stiftung	
17. Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft	
18. Friedrich-Naumann-Stiftung	
19. Institut für Unternehmerische Freiheit	
20. Wirtschaftsrat der CDU	
21. Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit	

Thomas Straubhaar

Thomas Straubhaar (* 2. August 1957 in Unterseen/Schweiz), als neoliberaler Ökonom bekannt, war bis September 2014 Direktor des [Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts](#) (HWWI). Er ist in mehreren wirtschaftsnahen Organisationen und neoliberalen Netzwerken aktiv und hat die Gründung solcher Einrichtungen als Präsident des HWWI initiiert.

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	2
1.1 Initiativen zur Gründung neoliberaler Netzwerke	2
2 Verbindungen / Netzwerke	3
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	3
4 Einzelnachweise	4

Karriere

Straubhaar studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern, wo er auch promovierte und sich habilitierte. Er war Lehrbeauftragter im Aufbaustudium Internationale Wirtschaftsbeziehungen der Universität Konstanz, Lehrbeauftragter für Wirtschaftspolitik an der Universität Basel und Stellvertreter am Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg im Breisgau. Ab 1992 war er Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität der Bundeswehr. In dieser Zeit (von 1992 bis 1995) betätigte er sich als externer Berater der Schweizer Großbank [UBS](#).^[1] Seit 1999 ist er Professor für Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Hamburg und war zugleich Präsident des 2006 geschlossenen Hamburger Weltwirtschaftsarchiv (HWWA). Im Jahr 2005 wurde Straubhaar Direktor des neu gegründeten Hamburger WeltWirtschaftsinstitut (HWWI). 2014 trat er als Leiter des HWWI zurück, um sich mehr um eigene Forschungsprojekte zu kümmern.

Quelle: ^[2]

Initiativen zur Gründung neoliberaler Netzwerke

Wilhelm-Röpke-Institut

Die Gründung des [Wilhelm-Röpke-Institut](#) am 23. Mai 2007 ist von Straubhaar initiiert worden.^[3] Es ist an die Thüringer Zweigniederlassung des HWWI angeschlossen. Der erste Vorstand des Wilhelm-Röpke-Instituts bestand aus:

- [Nils Goldschmidt](#), Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), des [Walter Eucken Institut](#) und des Beirats des [Roman Herzog Institut](#) der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und der bayerischen Metall- und Elektroindustrie
- Thomas Straubhaar, u.a. Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#)
- [Joachim Starbatty](#), Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums des [Walter Eucken Institut](#)

- [Mattias Wierlacher](#), Vorstandsvorsitzender der Thüringer Aufbaubank, Vizepräsident des [Europäischer Verband Öffentlicher Banken](#)^[4]
- [Joachim Zweynert](#), Wissenschaftlicher Leiter der Zweigniederlassung Thüringen (Erfurt) des HWWI

Jenaer Allianz^[5]

[Joachim Zweyert](#) (HWWI/Wilhelm-Röpke-Institut) gehört zu den Autoren des 2008 verfassten "Jenaer Aufrufs", der zur Gründung der "Jenaer Allianz zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft" geführt hat.^[6] Mitglieder sind die folgenden wirtschaftsliberalen Organisationen:

- [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- [Bund Katholischer Unternehmer](#)
- [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- [Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln](#)
- [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)
- [Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft](#)
- [Walter Eucken Institut](#)
- [Wilhelm-Röpke-Institut](#)

Verbindungen / Netzwerke

Straubhaar ist Mitglied/Mitglied von Gremien der folgenden Organisationen (Stand: Juli 2020, Quelle: Websites der genannten Organisationen):

- [NAVIS AG](#): Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats
- [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) (Tochtergesellschaft: [Liberales Institut](#)): Mitglied des Kuratoriums und Vertrauensdozent
- [Institut für Unternehmerische Freiheit](#): Mitglied des Beirats
- [Wirtschaftsrat der CDU](#): Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#): Botschafter
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Mitglied
- [Wilhelm-Röpke-Institut](#): Gründer
- [Roman Herzog Institut](#): Experte für Ökonomie
- [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit \(IZA\)](#) (von der Deutschen Post-Stiftung gefördert): Gründungsmitglied der Policy Fellows
- Verein Pro Bürgergeld: Mitinitiator
- [Edmund Sievers-Stiftung](#): Vorsitzender des Stiftungsrats
- [Hamburger Appell](#): Initiator

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Twitter](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

[Newsletter](#)

Einzelnachweise

- ↑ [Lebenslauf Policy Fellows des IZA](#), Website IZA, abgerufen am 3. Oktober 2011
- ↑ [Lebenslauf](#), wiso.uni-hamburg.de, abgerufen am 21.07.2020
- ↑ [Website HWWI](#), Geschichte des HWWI, Mai 2007, abgerufen am 3. Oktober 2011
- ↑ [Presseerklärung der Thüringer Aufbaubank vom 8. Dezember 2010: Matthias Wierlacker zum Vizepräsidenten des Europäischen Verbandes Öffentlicher Banken gewählt](#), Website thueringer-aufbaubank, abgerufen am 3. Oktober 2011
- ↑ [60 Jahre soziale Marktwirtschaft](#), Website 60jahresozialemarktwirtschaft, abgerufen am 3. Oktober 2011
- ↑ [Jenaer Aufruf](#), Website 60jahresozialemarktwirtschaft, abgerufen am 3. Oktober 2011

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut

Das **Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut** (HWWI) ist eine arbeitgebernahe Beratungs- und Forschungseinrichtung, deren alleiniger Gesellschafter seit 2016 die Handelskammer Hamburg ist. Die Ausrichtung des HWWI wurde maßgeblich von ihrem langjährigen Direktor [Thomas Straubhaar](#) geprägt, der u.a. Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) ist. Das HWWI beteiligt sich an Aktivitäten der INSM und weiterer wirtschaftsnaher Organisationen und neoliberaler Denkfabriken und hat deren Gründung ([Wilhelm-Röpke-Institut](#) und [Jenaer Allianz](#)) initiiert. Es war Mitglied des inzwischen aufgelösten [Stockholm Network](#), einer Dachorganisation neoliberaler Denkfabriken.

Neben dem Hauptsitz in Hamburg ist es mit einer Zweigniederlassungen in Bremen präsent. Der inzwischen geschlossenen Zweigniederlassung Erfurt war zeitweise das [Wilhelm-Röpke-Institut](#) angegliedert.

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut gemeinnützige GmbH (HWWI)

[[Bild:<datei>|center]]

Branche	Denkfabrik und Wirtschaftsforschung
Hauptsitz	Helmhuder Straße 71, 20148 Hamburg
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	
Webadresse	hwwi.org

Inhaltsverzeichnis

1 Tätigkeitsbereiche	5
2 Struktur des HWWI	5
2.1 Gesellschafter	5
2.2 Geschäftsführer	5
2.3 Research Fellows	5
3 Kooperationen	6
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	6
5 Einzelnachweise	6

Tätigkeitsbereiche

Das HWWI ist ein den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verpflichteter Think Tank. Im Zentrum der Arbeit steht der Transfer aus Wissenschaft und Forschung in die Praxis von Wirtschaft und Politik sowie die Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnis in Handlungsempfehlungen. Die Forschungsschwerpunkte sind: Digitalökonomie; Arbeit, Bildung und Demografie; Energie, Klima und Umwelt; Konjunktur, Weltwirtschaft und Internationaler Handel; Ökonomie der Städte und Regionen. Es erscheinen die folgenden Publikationen: HWWI Update, HWWI Standpunkt, Research Paper, Policy Paper, Partnerpublikationen, Dossiers, Gutachten und Studien, Edition HWWI und HWWI Insights. Das HWWI hat mehrere Gutachten für die INSM erstellt.

Struktur des HWWI

Gesellschafter

Ursprünglich waren die Handelskammer Hamburg und die Universität Hamburg Gesellschafter. 2016 erwarb die Handelskammer Hamburg von der Universität Hamburg deren 50 %-Beteiligung am HWWI für einen symbolischen Euro.^[1]

Geschäftsführer

- **Henning Vöpel**, zuvor Senior Economist am HWWI
 - Professor für Volkswirtschaftslehre an der HSBA Hamburg School of Business Administration
 - Autor des ÖkonomenBlogs der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)
 - Mitglied des Kuratoriums des Forum Hafen City

Ehemaliger Direktor und Geschäftsführer

- **Thomas Straubhaar**
 - [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#): Botschafter
 - [Friedrich-Naumann-Stiftung](#): Mitglied des Kuratoriums
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#): Mitglied des Beirats
 - [Wirtschaftsrat der CDU](#): Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [Roman Herzog Institut](#): Experte für Ökonomie
 - [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA): Gründungsmitglied der Policy Fellows
 - Verein Pro Bürgergeld: Mitinitiator

Research Fellows

Zu ihnen gehören (Stand: Januar 2019)

- **Joachim Zweynert**^[2]
 - Professor für Internationale Politische Ökonomie an der Uni Witten/Herdecke
 - Mitglied des Netzwerks [NOUS](#)^[3]
 - Mitglied des Beirats der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
 - Mitautor des Jenaer Aufrufs zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft ([Jenaer Allianz](#))
 - Dozent im Graduiertenkolleg "Soziale Marktwirtschaft" der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)

- ehem. Wissenschaftlicher Leiter der Zweigniederlassung Erfurt des HWWI und ehem. Stellv. Vorsitzender des [Wilhelm-Röpke-Institut](#)
- Stefan Kolev^[4]
 - Professor für Volkswirtschaftslehre an der Westsächsischen Hochschule Zwickau
 - Mitglied des Netzwerks [NOUS](#)
 - Stellv. Vorsitzender des [Wilhelm-Röpke-Institut](#), einem Mitglied der [Jenaer Allianz](#)
 - Mitglied des Beirats der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
 - Mitglied des [Walter Eucken Institut](#)
 - Vertrauensdozent der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#)

Kooperationen

Die Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg ist seit dem 1. Dezember 2016 wissenschaftliche Kooperationspartnerin des HWWI.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Handelskammer Hamburg übernimmt das HWWI](#), abendblatt.de vom 06.07.2016, abgerufen am 20.01.2018
2. ↑ [Profil](#), uni-wh.de, abgerufen am 20.01.2019
3. ↑ [Netzwerk](#), nous.network, abgerufen am 18.02.2017
4. ↑ [Profil](#), nous.network, abgerufen am 23.01.2019

Wilhelm-Röpke-Institut

Das Wilhelm-Röpke-Institut erforscht den Zusammenhang zwischen der Ökonomie und der Gesellschaft. Hierbei beruft es sich auf die Lehren Wilhelm Röpkes. So untersucht es besonders die Themenfelder Ordnungstheorie und Ordnungspolitik.^[1] Das Institut ist Mitglied der Netzwerke [NOUS](#) und [Jenaer Allianz](#).

Wilhelm-Röpke-Institut

[[Bild:<datei>|center]]

Recht eingetragener Verein

sform

Tätigk Verbreitung neoliberaler Ideen

eitsbe

reich

Gründ 23. Mai 2007

ungsd

atum

Haupt Prof. Dr. Gerhard Wegner, Lehrstuhl für

sitz Institutionenökonomie und

Wirtschaftspolitik der Universität Erfurt

Wilhelm-Röpke-Institut

Lobby

büro

Lobby <text>

büro

EU

Weba www.roepke-institut.de

dress

e

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	7
2 Organisationsstruktur und Personal	7
2.1 Vorstand	7
2.2 Mitglieder	8
3 Jenaer Allianz	9
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	9
5 Einzelnachweise	9

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Gründung des Wilhelm-Röpke-Instituts am 23. Mai 2007 ist von [Thomas Straubhaar](#), dem damaligen Direktor des [Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut](#) (HWWI) und Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) initiiert worden. Zu den Gründungsmitgliedern gehört auch [Joachim Starbatty](#), der langjährige Vorsitzende der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), der zeitweise Europaabgeordneter der [Alternative für Deutschland \(AfD\)](#) war. Das Wilhelm-Röpke-Institut war längere Zeit an die Thüringer Zweigniederlassung des HWWI angeschlossen. Organisatorische Hilfe leistet die Thüringer Aufbaubank (Förderbank des Landes Thüringen), deren Vorstandsvorsitzender Thomas Wierlacher Mitglied des Gründungsvorstands war. Die Veranstaltungen des Instituts finden in den Räumlichkeiten der Thüringer Aufbaubank statt

Als Vereinszweck wird insbesondere die Forschung auf dem Gebiet der Ordnungspolitik unter Berücksichtigung der Ideen von Wilhelm Röpke angegeben. Unter anderem werden Röpke-Vorlesungen veranstaltet, die von neoliberalen Professoren oder von Vertretern wirtschaftsnaher Organisationen - wie z. B. [Karen Horn](#), der langjährigen Berliner Büroleiterin des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) - gehalten werden. Referent der Wilhelm-Röpke-Vorlesung 2015 war Marc Beise, Leiter der Wirtschaftsredaktion der "Süddeutschen Zeitung".

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Der Vorstand des Wilhelm-Röpke-Instituts besteht aus:

- Gerhard Wegner, Vorsitzender
 - Professor für Institutionenökonomie und Wirtschaftspolitik an der Universität Erfurt
 - Mitglied des [Walter Eucken Institut](#)

- (bis 7/2015) Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
- [Nils Goldschmidt](#), Stellv. Vorsitzender
 - Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
 - (bis 7/2015) Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied des Beirats des [Roman Herzog Institut](#), der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und der bayerischen Metall- und Elektroindustrie
 - Affiliated Fellow des [Walter Eucken Institut](#)
- [Stefan Kolev](#), Stellv. Vorsitzender
 - Professor für Volkswirtschaftslehre an der Westsächsischen Hochschule Zwickau
 - Mitarbeiter der Zweigniederlassung Thüringen des [Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut \(HWWI\)](#)
 - Mitglied des [Walter Eucken Institut](#)
 - (bis 7/2015) Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
- [Alexander Heß](#), Geschäftsführer, Doktorand an der Westsächsischen Hochschule Zwickau

Mitglieder

Zu den Mitgliedern gehört eine Vielzahl von Vertretern wirtschaftsnaher Organisationen und wirtschaftsliberaler/marktradikaler Denkfabriken. Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören - neben den Mitgliedern des Vorstands - u.a.:

- [Lars P. Feld](#)
 - Direktor des [Walter Eucken Institut](#)
 - Sprecher des "Kronberger Kreises" der [Stiftung Marktwirtschaft](#)
 - Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
 - Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
 - (bis 7/2015) Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
 - Regierungsberater
- [Karen Horn](#)
 - (bis 7/2015) Vorstandsvorsitzende der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
 - Vorstandsmitglied der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
 - Stellv. Vorsitzende des Kuratoriums des [Walter Eucken Institut](#)
 - Mitglied des Kuratoriums von [Open Europe Berlin](#) und [Zentrum für ökonomische Bildung \(ZöBiS\)](#)
- [Thomas Köster](#), Leiter des Kompetenzzentrums Soziale Marktwirtschaft der Handwerkskammer Düsseldorf und des Nordrhein-Westfälischen Handelstags
- [Justus Lenz](#), Leiter Haushaltspolitik, [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- [Manuel Mitrenga](#), Leiter volkswirtschaftliche Grundlagen, [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- [Hans Jürgen Schösser](#)
 - Professor für Wirtschaftswissenschaft und Didaktik an der Universität Gießen
 - Leiter des [Zentrum für ökonomische Bildung \(ZöBiS\)](#)
 - Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und des [Walter Eucken Institut](#)
- [Jan Schnellenbach](#)
 - Professor für Mikroökonomik an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg
 - Mitarbeiter des [Walter Eucken Institut](#) (2012 - 2014 geschäftsführender Forschungsreferent)
 - (bis 7/2015 Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
- [Joachim Starbatty](#)
 - Europaabgeordneter der [Alternative für Deutschland \(AfD\)](#)
 - langjähriger Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
 - Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)

- Kuratoriumsmitglied von [Open Europe Berlin](#)
- [Thomas Straubhaar](#)
 - ehem. Leiter des [Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut](#)
 - Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#)
- Lars Vogel, Geschäftsführer der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- Matthias Wierlacher
 - Vorstandsvorsitzender der [Thüringer Aufbaubank](#)
 - Mitglied des Vorstands der [European Association of Public Banks](#)
- [Michael Wohlgemuth](#)
 - Direktor von [Open Europe Berlin](#)
 - (bis 7/2015) Stellv. Vorsitzender der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
 - Kuratoriumsmitglied des [Zentrum für ökonomische Bildung \(ZöBiS\)](#)
 - Mitglied und Research Fellow des [Walter Eucken Institut](#)
 - Sprecher der [Jenaer Allianz](#)
 - Mitglied des Ordnungspolitischen Beirats der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)

Jenaer Allianz

Das Wilhelm-Röpke-Institut ist Mitglied der [Jenaer Allianz](#), in der Lobbyorganisationen ([Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), [Die Familienunternehmer - ASU](#) und der [Bund Katholischer Unternehmer](#)) mit Stiftungen und neoliberalen Denkfabriken kooperieren.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Twitter](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

[Newsletter](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Homepage des Wilhelm-Röpke-Institut](#), www.hwwi.de abgerufen am 26.10.12

Nils Goldschmidt

Nils Goldschmidt (*1970 in Höxter/Westfalen), seit März 2013 Professor für Wirtschaftswissenschaft und ihre Didaktik am [Zentrum für ökonomische Bildung](#) der Universität Siegen (ZöBiS), ist als Vorstandsvorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Vorstandsmitglied und des [Wilhelm-Röpke-Institut](#) sowie Affiliated Fellow des [Walter Eucken Institut](#) ein wichtiger Netzwerker neoliberaler Organisationen.

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	10
2 Verbindungen / Netzwerke	10
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	10
4 Einzelnachweise	11

Karriere

- seit 3/2013 Professur für Wirtschaftswissenschaft und ihre Didaktik am [Zentrum für ökonomische Bildung](#) an der Universität Siegen
- 2010 - 2013 Professur im Lehrgebiet Sozialpolitik und Sozialverwaltung an der Hochschule für angewandte Wissenschaften München, Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften
- seit 2009 Lehrbeauftragter im Lehrbereich Wirtschaft und Gesellschaft an der Hochschule für Politik München
- 2008 - 2010 Vertretungsprofessur für Sozialpolitik und Organisation Sozialer Dienstleistungen an der Universität der Bundeswehr München
- 2008 Habilitation für das Fach Volkswirtschaftslehre, Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftliche Fakultät der Universität Freiburg
- seit 2006 Lehrbeauftragter an der Wissenschaftlichen Hochschule Lahr
- 2002 - 2008 Forschungsreferent am [Walter Eucken Institut](#); seitdem Research Associate
- 2001 Dr. rer. pol.
- 1998 - 2002 Assistent am Institut für Allgemeine Wirtschaftsforschung, Abteilung für Mathematische Ökonomie, Universität Freiburg
- 1997 Diplom-Volkswirt
- 1996- 1998 Wiss. Mitarbeiter am Institut für Praktische Theologie, Arbeitsbereich Christliche Gesellschaftslehre, Universität Freiburg
- 1995 Diplom-Theologe

Quelle: ^[1]

Verbindungen / Netzwerke

- [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#): Vorstandsvorsitzender
- [Wilhelm-Röpke-Institut](#): Vorstandsmitglied, von 2013 - 2015 Vorstandsvorsitzender
- [Walter Eucken Institut](#): Affiliated Fellow
- [Roman Herzog Institut](#): Beiratsmitglied
- [NOUS](#): Mitglied
- [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#): ehem. Mitglied
- [Jenaer Allianz](#): Gründungsmitglied
- [Görres-Gesellschaft](#): Vorstandsmitglied
- [Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle](#), Beiratsmitglied

Quelle: ^[2]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

- ↑ Webseite Walter Eucken Institut, abgerufen am 19.11.2014
- ↑ Profil bei der Universität Siegen, abgerufen am 10.05.2017

Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft

Die **Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft** ist eine Vereinigung zur Förderung von marktradikalen Ideen im Sinne von [Friedrich August von Hayek](#). Sie ist mit der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) verbunden (diese ist nicht identisch mit der [Friedrich August von Hayek Stiftung](#)). Die Hayek-Gesellschaft spielt eine führende Rolle bei der ideologischen Ausrichtung und Koordinierung einer Vielzahl neoliberaler Denkfabriken und Netzwerke. Enge Beziehungen gibt es auch zur [Alternative für Deutschland \(AfD\)](#). Im Juli 2015 trat ein großer Teil des wirtschaftsliberalen Flügels aus Protest gegen die zunehmende Ideologisierung und Radikalisierung aus der Hayek-Gesellschaft aus.^[1] Zu ihnen gehörten auch Repräsentanten der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) und der [FDP](#).

Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft e.V.

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	
h	
Gründungsdatum	Mai 1998
m	
Hauptsitz	10115 Berlin, Chausseestr. 15
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	hayek.de

Inhaltsverzeichnis

1 Geschichte	12
1.1 Kurzdarstellung	12
1.2 Streit 2015	12
1.3 Streit 2017	12
2 Organisationsstruktur und Personal	13
2.1 Vorstand	13
2.2 Weitere Mitglieder von Leitungsgremien	14
2.3 Mitglieder	14
3 Finanzen	15
4 Verbindungen	15
4.1 Atlas Network	15
4.2 Students for Liberty	15
4.3 Alternative für Deutschland (AfD)	15
4.4 Die Familienunternehmer - ASU	15
4.5 Hayek-Institut	16
4.6 Jenaer Allianz	16
4.7 Liberales Institut Zürich	16
4.8 Ludwig-Erhard-Stiftung	16
5 Lobbystrategien und Einfluss	16
5.1 Umwelt/Klimaschutz	16
6 Zitat	17
7 Weiterführende Informationen	17
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	17

9 Einzelnachweise	17
-------------------------	----

Geschichte

Kurzdarstellung

Zweck der im Mai 1998 gegründeten Hayek-Gesellschaft ist u.a. die „Vernetzung“ von Nachwuchswissenschaftlern, Publizisten und Politikern, die Abhaltung von Tagungen und Symposien, die Verleihung einer „Hayek-Medaille“ sowie die Veranstaltung eines Essay-Wettbewerbs. Sie ist weiterhin am **Forum Freiheit** beteiligt, einer Allianz marktradikaler Organisationen und Vereine, deren Ziel eine allgemeine Werbung für die Idee der Freiheit in bestimmten Einzelbereichen (z.B. im Bildungswesen, im Gesundheitswesen) ist. Die Aktivitäten werden von der Hayek-Gesellschaft und der **Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft** gemeinsam geplant und durchgeführt. Partner des Forums Freiheit 2017 war der **Freier Verband Deutscher Zahnärzte**, Unterstützer waren: **Liberales Institut Zürich**, Hayek-Institut Wien, **Ludwig-Erhard-Stiftung**, **Forum Freie Gesellschaft** und **Institut für Unternehmerische Freiheit**.^[2]

Streit 2015

Im Juli 2015 sind die Vorstandsmitglieder **Karen Horn** und **Michael Wohlgemuth** sowie fünfzig weitere Mitglieder nach Auseinandersetzungen um die politische Ausrichtung aus der Gesellschaft ausgetreten.^{[3][4]} Horn hatte u. a. in einem Artikel im "Schweizer Monat" jene Vulgärliberalen kritisiert, die sich in verantwortungsloser Vereinfachung gesellschaftlicher Fragen daran ergötzen, als Staatshasser den eigenen Beissreflex zu üben und die rechten, reaktionären Kräfte, die sich missverständlich als "wertkonservative Liberale" bezeichneten.^[5] Daraufhin hatten 26 Mitglieder - unter ihnen der frühere FDP-Politiker **Frank Schäffler** - in einem offenen Brief den Rücktritt von Frau Horn gefordert. Der Austritt eines großen Teils des wirtschaftsliberalen Flügels, zu dem u.a. Christian Lindner (FDP-Vorsitzender), **Michael Hüther** (Direktor des **Institut der deutschen Wirtschaft**) und **Lars P. Feld** (Vorsitzender des **Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** und Leiter des **Walter Eucken Institut**) gehören, hat faktisch zu einer Spaltung der Gesellschaft geführt. In einem Artikel für die die Neue Züricher Zeitung schilderte Peter Fischer, eines der ausgetretenen Mitglieder, die Ereignisse aus seiner Sicht und sprach von einem "Streit um Abgrenzung gegenüber Rechtskonservativen, Toleranz und zivilisierte Umgangsformen".^[6] 2016 gründeten die Ausgetretenen das Netzwerk **NOUS**.^[7]

Streit 2017

Im Juni 2017 sind **Günter Ederer** (bis dahin Kuratoriumsmitglied der **Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft**) und **Peer Ederer** (bis dahin Vorstandsmitglied der **Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft**) aus Protest gegen eine zunehmende Angleichung an **AfD**-Positionen aus der Hayek-Gesellschaft ausgetreten.^[8] Günter Ederer schrieb in einem Brief an die Mitglieder, der Kreis sei zu einem „Mistbeet der AfD“ verkommen. Kritisiert wurde auch, dass in den „Juniorenkreisen Politik“, an deren Organisation der Brüssler Büroleiter von **Beatrix von Storch** beteiligt ist, angeblich AfD-Inhalte statt Hayeks Gedanken vermittelt werden.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Name	Verbindungen
<p>Stephan Kooths (Vorsitzender des Vorstands)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW): Leiter des Prognosezentrums • Private Fachhochschule Business and Information Technology School (BiTS): Professor • Prometheus und Mises Institute, Auburn/Alabama: Mitglied des Kuratoriums • Internationaler Wirtschaftssenat (IWS), Berlin: Mitglied des Präsidiums^[9]
<p>Gerd Habermann (Geschäftsführender Vorstand)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft: Vorstandsvorsitzender • Die Familienunternehmer - ASU: Berater und bis Oktober 2010 Direktor des Unternehmerinstituts (UNI) • Jenaer Allianz, Mitglied • Mehr demokratie e.V.: Gründungsmitglied des Kuratoriums bis mindestens 2013^[10], inzwischen nicht mehr als Mitglied geführt
<p>Carlos Gebauer (Justitiar (kommissar.) und Kontaktpartner für Presse und Medien)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Rechtsanwaltskanzlei Lindenau, Prior & Partner: Mitarbeiter^[11] • Liberales Netzwerk: Berater, bis 2008 Mitglied des Stiftungsrats • Liberaler Aufbruch: Gründungsmitglied • Alternative für Deutschland (AfD): Moderator bei Wahlkampfveranstaltungen^[12] • "Die Freie Welt" und "eigentümlich frei": Autor • Ärztemagazin DER KASSENARZT: Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat • Stellv. Bezirksvorsteher, FDP Niederrhein^[13]
<p>Frederik C. Roeder (Stellv. Vorsitzender)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Netzwerk „Students for Liberty“: Mitglied des Vorstands ("Chief Strategic Officer")
<p>Christoph Zeitler (Stellv. Vorsitzender)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Professor für Politikwissenschaften an der evangelischen Hochschule Nürnberg^[14] • Direktkandidat der FDP im Wahlkreis Rottal-Inn für die Wahl zum Deutschen Bundestag 2017^[15]; im Mai 2013 ist er aus der FDP ausgetreten und in die AfD eingetreten, aus der er inzwischen wieder ausgetreten ist^{[16][17]} • Liberale Vereinigung: ehem. Stellvertretender Bundesvorsitzender und ehem. Vorsitzender des bayerischen Landesverbands.^{[17][18]}

Gerhard Papke
(Schatzmeister)

- ehem. nordrhein-westfälischer FDP-Wirtschaftspolitiker

(Stand: Mai 2020) Quelle: ^[19]

Ehemalige Vorstandsmitglieder:

- Konrad Hummler: Schweizer Privatbankier, Mitglied der Schweizer FDP und bis 2013 Mitglied des Verwaltungsrats der Neuen Züricher Zeitung
- (bis 7/2015) [Karen Horn](#): Mitglied einer Vielzahl von neoliberalen Netzwerken und Denkfabriken, u. a. [Mont Pelerin Society](#) und [Open Europe Berlin](#), [Institut der deutschen Wirtschaft](#): bis Ende März 2012 Berliner Büroleiterin
- (bis 7/2015) [Michael Wohlgemuth](#): [Open Europe Berlin](#): Direktor, [Walter Eucken Institut](#): Affiliated Fellow, [Jenaer Allianz](#): Mitbegründer, [Mont Pelerin Society](#): Mitglied, [Konrad-Adenauer-Stiftung](#): Mitglied des "Ordnungspolitischen Beirats"^[20]

Weitere Mitglieder von Leitungsgremien

Die weiteren Mitglieder von Leitungsgremien finden sich unter [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) (Vorstand, Stiftungsrat, Kuratorium)

Mitglieder

Mitglieder können - auf Vorschlag zweier Mitglieder der Gesellschaft - namentlich Personen aus den Bereichen Wissenschaft, Unternehmerwirtschaft und Publizistik werden. Prominente Mitglieder sind/waren u. a.:

- [Frank Schäffler](#), FDP-Bundestagsabgeordneter, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des Strategischen Beirats von [Die Familienunternehmer - ASU](#) sowie Mitbegründer der marktliberalen Denkfabrik [Prometheus](#)
- Oliver Geers, Hörgeräte-Hersteller
- Erich Sixt, Vorstandsvorsitzender der Sixt SE
- Theo Müller, Müller-Milch
- Thomas Bentz, Melitta-Erbe
- Hans-Adam II., Fürst von Liechtenstein
- Siegfried von Hohenau, Münchner Unternehmer
- Philip Plickert, Wirtschaftsredakteur der FAZ^[21]
- Heike Göbel, Wirtschaftsredakteurin der FAZ^[22]
- (bis 7/2015) [Christian Lindner](#), Bundesvorsitzender der FDP, Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#)
- (bis 7/2015) [Otmar Issing](#), ehem. Direktoriumsmitglied [Europäischer Zentralbankrat](#)

Quelle: ^[8]

Finanzen

Die Hayek-Gesellschaft finanziert sich über die [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) (Stifter: Edmund Radmacher, Stiftungskapital: 3 Mio. Euro), Erträgen der Inge und Edmund Radmacher Stiftung für eine Gesellschaft freier Bürger mit Sitz in Düren (Stiftungskapital: 20 Mio. Euro) und Spenden. Das Budget liegt bei 450 Tsd. Euro. Der verstorbene Stifter Radmacher hat verfügt, dass die Mittel aus der Inge und Edmund Radmacher Stiftung nur so lange fließen wie sein Vertrauter Gerd Habermann, Vorstandsvorsitzender der Stiftung und Vorstandsmitglied der Hayek-Gesellschaft, in der Hayek-Stiftung das Sagen hat.

Quellen: ^[8]^[23]^[24]

Verbindungen

Atlas Network

Partner der Hayek-Gesellschaft ist das [Atlas Network](#). Dieses Netzwerk gründet, fördert und koordiniert weltweit neoliberale und libertäre Organisationen. Zu den Sponsoren gehören [ExxonMobile](#), [Philip Morris](#) und die Stiftungen der US-Milliardäre [Charles G. Koch](#) und [David H. Koch](#).

Students for Liberty

Der Stellvertretende Vorsitzende Frederik C. Roeder ist gleichzeitig Vorstandsmitglied des befreundeten Netzwerks [Students for Liberty](#) (SFL)^[25], das von der Koch Foundation (Gründer: u. a. [Charles G. Koch](#)) gesponsert wird^[26] und den menschengemachten Klimawandel leugnet.^[27] Zu den Sponsoren des Netzwerks gehört das [Atlas Network](#).^[28]

Alternative für Deutschland (AfD)

Folgende AfD-Politiker sind Mitglieder in der Hayek-Gesellschaft:

- [Alice Weidel](#), Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand, stellv. AfD-Bundessprecherin
- [Beatrix von Storch](#), Stellv. Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand, stellv. AfD-Bundessprecherin
- [Peter Boehringer](#), Sprecher des AfD-Bundesfachausschusses „Euro, Geld- und Finanzpolitik“, Vorsitzender im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags

Quelle: ^[8]

Die Familienunternehmer - ASU

Folgende Mitglieder/Funktionsträger von [Die Familienunternehmer - ASU](#) sind Mitglieder der Hayek-Gesellschaft oder mit ihr verbundenen Hayek-Stiftung:

- [Gerd Habermann](#), ordnungspolitischer Berater der Familienunternehmer, ist Geschäftsführender Vorstand der Hayek-Gesellschaft^[29]

- [Frank Schäffler](#), Mitglied des Strategischen Beirats der Familienunternehmer, ist Mitglied der Hayek-Gesellschaft
- Marie-Christine Ostermann (FDP), Geschäftsführende Gesellschafterin bei Rullko Großeinkauf GmbH & Co. KG, Mitglied des Strategischen Beirats der Familienunternehmer und ehem. Bundesvorsitzende der "Jungen Unternehmer" bei den Familienunternehmern, ist Mitglied der Hayek-Gesellschaft
- Thomas Bentz, Gesellschafter der Melitta Unternehmensgruppe Bentz KG, Kuratoriumsmitglied der Hayek-Stiftung, ist ehem. Vorsitzender der Familienunternehmer
- Volker J. Geers, Mitglied des Aufsichtsrats der Geers Hörakustik AG & Co. KG, Kuratoriumsmitglied der Hayek-Stiftung, ist ehem. Präsident der Familienunternehmer

Hayek-Institut

Partner der Hayek-Gesellschaft ist das österreichische [Hayek Institut](#)

Jenaer Allianz

[Gerd Habermann](#), Geschäftsführender Vorstand der Hayek-Gesellschaft, ist Mitglied der [Jenaer Allianz](#), in der Lobbyorganisationen ([Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), [Die Familienunternehmer - ASU](#) und der [Bund Katholischer Unternehmer](#)) mit Stiftungen und neoliberalen Denkfabriken kooperieren.

Liberales Institut Zürich

Partner der Hayek-Gesellschaft ist das Liberale Institut Zürich^[30]

Ludwig-Erhard-Stiftung

Folgende Mitglieder/Funktionsträger der Ludwig-Erhard-Stiftung sind Mitglieder der Hayek-Gesellschaft:

- [Roland Tichy](#), Vorstandsvorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung
- [Frank Schäffler](#), Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung, FDP-Politiker

Die Ludwig-Erhard-Stiftung unterstützt das von der Hayek-Gesellschaft veranstaltete "Forum Freiheit".

Lobbystrategien und Einfluss

Umwelt/Klimaschutz

Beim Thema Klimapolitik vertritt die Hayek-Gesellschaft überwiegend die Positionen der Leugner/Skeptiker des Klimawandels. So heißt es in einem auf der eigenen Webseite veröffentlichten Positionspapier vom 23. Februar 2010 mit dem Titel "Die Klimakatastrophe findet nicht statt":

"Da die Natur das Klima bestimmt, gibt es weder einen Grund, die CO2 Emissionen zu reduzieren noch für andere Zwangsmassnahmen und steuerliche Belastungen und Regulierungen auf nationaler und globaler Ebene".^[31]

Zu den Unterzeichner gehört der wissenschaftlich umstrittene **Fred Singer**, der nach Einschätzung der ZEIT " *Teil eines von der Industrie finanzierten Komplexes von Verbänden und Instituten (ist), der rund um Washington gewachsen ist. Eine Art Potemkinsches Dorf der Wissenschaft, bevölkert von bezahlten Experten, die den Interessen ihrer Auftraggeber dienen*".^[32]

Michael Limburg, bekannter Klimaleugner, Vizepräsident des **Europäischen Instituts für Klima und Energie** (EIKE) sowie Mitglied der Hayek-Gesellschaft und der AfD, tritt bei Veranstaltungen der Hayek-Gesellschaft als Referent auf. Am 30. Oktober 2019 hält er auf dem von der Hayek-Gesellschaft organisierten FORUM FREIHEIT 2019 einen Vortrag zum Thema „Klimasozialismus“.^[33] Limburg ist der einzige Referent zu diesem Thema; seriöse Klimawissenschaftler sind nicht geladen. Die Moderation übernimmt Carlos A. Gebauer, Vorstandsmitglied der Hayek-Gesellschaft, der bereits 2010 in einem bei family.fair gesendeten Interview mit Limburg als dessen Stichwortgeber fungierte.^[34] Am 23. September 2019 referierte Limburg beim Hayek-Club Berlin zum Thema: „Kann unsere Energiewende das Klima retten?“.^[35]

Auch das befreundete Netzwerk **Students for Liberty**, mit dem die Hayek-Gesellschaft personell verbunden ist, bietet Leugnern des menschengemachten Klimawandels ein Forum.

Zitat

Ob in der Hayek-Gesellschaft oder im breiten Diskurs der Öffentlichkeit – ich habe es nie gern gesehen, wenn Leute vor allem danach streben, sich in einem Biotop gleichgesinnter Ideologen zu bewegen, andere hart auf Linientreue zu testen und einander mit einfachen, möglichst scharfen Parolen hochzuschaukeln. Auch waren die Schriften Hayeks für mich nie eine Art Bibel, sondern schlicht ein wissenschaftliches Werk, mit dem sich zu befassen sehr lohnend ist. Ich halte Sektiererei für unwissenschaftlich und gefährlich. Wer ihr verfällt, pflegt häufig eine Opfermentalität; Andersdenkende sieht er als hassenswerte Subjekte und Teil einer fatalen Verschwörung. Vor einem apokalyptisch gemalten Hintergrund radikalisiert er sich, wird dogmatisch, selbstgerecht, gehässig, intolerant und respektlos. Ich halte das für eine ganz und gar nicht liberale Haltung. Sie ist schlicht anmaßend. Sie ist zudem auch wenig zweckmäßig, wenn es darum gehen soll, andere für den Wert der Freiheit zu erwärmen.

Karen Horn, langjährige Vorsitzende der Hayek-Gesellschaft in der Begründung ihres Austritts im Juli 2015^[36]

Weiterführende Informationen

[Aktivitäten der Hayek-Stiftung und -Gesellschaft, Stand: September 2011](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

- ↑ Austritte aus der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft, www.erklaerung-leipzig.de, abgerufen am 04.05.2020

2. ↑ [Forum Freiheit 2017](#), hayek.de, abgerufen am 04.05.2020
3. ↑ [Philipp Plickert: Liberaler Verein Austritte erschüttern Hayek-Gesellschaft](#), FAZ vom 14. Juli 2015, abgerufen am 04.05.2020
4. ↑ [Karen Horn verläßt Hayek-Gesellschaft](#), Junge Freiheit, 14. Juli 2015, Webseite abgerufen am 04.05.2020
5. ↑ [Karen Horn: Auf dem rechten Auge blind?](#) Schweizer Monat, Juli 2015, Webseite abgerufen am 04.05.2020
6. ↑ [Exodus aus der Hayek-Gesellschaft: Streit unter Liberalen eskaliert](#), NZZ online vom 14. Juli 2015, aufgerufen am 04.05.2020
7. ↑ [„Netzwerk für Ordnungsökonomik und Sozialphilosophie“ tagt erstmals](#), badische-zeitung.de vom 12.07.2016, abgerufen am 04.05.2020
8. ↑ ^{8,08,18,28,3} [Die Hayek-Gesellschaft-„Mistbeet der AfD“?](#), sueddeutsche.de vom 14.07.2017, abgerufen am 04.05.2020
9. ↑ [Prof. Stefan Kooths](#), ifw-kiel.de, abgerufen am 09.05.2020
10. ↑ [Kuratoriumsbrochüre](#), mehr-demokratie.de, 2013, aufgerufen am 04.05.2020
11. ↑ [Homepage Gebauer](#), make-love-not-law, abgerufen am 04.05.2020
12. ↑ [Alternative für Deutschland Wahlkampfauftakt in Düsseldorf, eigentümlich frei](#), 3. September 2013, abgerufen am 04.05.2020
13. ↑ [Geschäftsführender Vorstand](#), fdp-niederrhein.de, aufgerufen am 04.05.2020
14. ↑ [Prof. Dr. rel. pol. Christoph Zeitler](#), evhn.de, abgerufen am 09.05.2020
15. ↑ [Christoph Zeitler als FDP-Direktkandidat im Wahlkreis Rottal-Inn nominiert](#), fdp-niederbayern.de, abgerufen am 04.05.2020
16. ↑ [Von FDP zu AfD](#), 20.11.2013, ovb.online.de, abgerufen am 04.05.2020
17. ↑ ^{17,017,1} ["Liberale Vereinigung wählt Vostand,"](#) Politikexpress.de vom 11.08.2014, aufgerufen am 04.05.2020
18. ↑ [Prof. Dr. Christoph Zeitler: Vorstellung Liberale Vereinigung/Liberale Zukunft 03.10.14](#), youtube.com, abgerufen am 04.05.2020
19. ↑ [Vorstandsmitglieder der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft](#), Webseite Hayek-Gesellschaft, abgerufen am 04.05.2020
20. ↑ [Positionen Michael Wolgemuth](#), eucken.de, aufgerufen am 04.05.2020
21. ↑ [Austritte erschüttern Hayek-Gesellschaft](#), faz.net vom 14.07.2015, abgerufen am 04.05.2020
22. ↑ [Streitbare Geiser der Freiheit](#), faz.net vom 26.06.2015, abgerufen am 04.05.2020
23. ↑ [Langer Marsch von rechts](#), afdwatchafd.wordpress.com vom 18.09.2015, aufgerufen am 04.05.2020
24. ↑ [Nachruf Dr. Edmund Radmacher](#), hayek.de vom 20.05.2016, aufgerufen am 04.05.2020
25. ↑ [Hayek-Tage 2016](#), hayek.de, abgerufen am 04.05.2020
26. ↑ [Students for Liberty \(SFL\)](#), Greenpeace.org, abgerufen am 04.05.2020
27. ↑ [Google, Facebook, and Microsoft Sponsored a Conference That Promoted Climate Change Denial](#), motherjones.com vom 22.01.2019, abgerufen am 01.10.2019
28. ↑ [Atlas Network Plays Prominent Role At ISFCL](#), atlasnetwork.org vom 10.02.2015, abgerufen am 01.10.2019
29. ↑ [Profil](#), misesde.org, abgerufen am 04.05.2020
30. ↑ [Links](#), libinst.ch, abgerufen am 04.05.2020
31. ↑ [Die Klimakatastrophe findet nicht statt](#), Webseite Hayek-Gesellschaft, abgerufen am 04.05.2020
32. ↑ [Die Klimakrieger. Wie von der Industrie bezahlte PR-Manager der Welt seit Jahren einreden, die Erderwärmung finde nicht statt.](#) ZEIT online vom 28. November 2012, abgerufen am 04.05.2020
33. ↑ [FORUM FREIHEIT 2019](#), hayek.de, abgerufen am 04.05.2020

34. ↑ [Michael Limburg im Gespräch mit Carlos A. Gebauer über das Weltklima](#), Gloria.tv vom 24.04.2010, abgerufen am 04.05.2020
35. ↑ [Vergangene Veranstaltung](#), hayek-berlin.de, abgerufen am 04.05.2020
36. ↑ [Austritte aus der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft](#), [www.erkaerung-leipzig.de](#), abgerufen am 04.05.2020

Walter Eucken Institut

Das **Walter Eucken Institut** ist ein Forschungs- und Beratungsinstitut mit einer wirtschaftsliberalen Ausrichtung, das bis 2015 eng mit der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) verbunden war. Alle Mitglieder des Vorstands sind auch Mitglieder der [Mont Pelerin Society](#), des weltweit größten neoliberalen Elitennetzwerks. Die Mitglieder des Instituts waren bis in die 90er Jahre in einer Vielzahl wissenschaftlicher Beratungsgremien der Bundes- und Landesregierungen sowie sonstiger regierungsnaher Institutionen vertreten. Die Bedeutung des Instituts in der Politikberatung hat in den letzten Jahren abgenommen.

Beim Walter-Eucken-Institut ist das Netzwerk [NOUS](#) angesiedelt, in dem sich die 2015 ausgetretenen Mitglieder der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) organisiert haben. Der Leiter des Instituts, [Lars P. Feld](#), ist Co-Vorsitzender von [NOUS](#). Partner des Instituts ist das [Atlas Network](#), das weltweit neoliberale und libertäre Organisationen gründet, fördert und koordiniert.

Walter Eucken Institut

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Verbreitung neoliberaler Ideen
Gründungsdatum	11. Januar 1954
Hauptsitz	Goethestr. 10, 79100 Freiburg
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	walter-eucken-institut.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	19
2 Beurteilung der wirtschaftlichen Macht	20
3 Organisationsstruktur und Personal	21
3.1 Leiter und Mitglied des Vorstands	21
3.2 Weitere Vorstandsmitglieder	21
3.3 Geschäftsführender Forschungsreferent	21
3.4 Kuratorium	22
4 Finanzen	22
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	23
6 Einzelnachweise	23

Kurzdarstellung und Geschichte

Das Walter Eucken Institut wurde vier Jahre nach dem Tod von Walter Eucken von Freunden und Schülern mit Unterstützung des damaligen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard am 11. Januar 1954 in der Rechtsform eines Vereins in Freiburg gegründet. Der radikal-neoliberale Ökonom [Friedrich August von Hayek](#) hat als

erstes Vorstandsmitglied und danach Ehrenpräsident die Ausrichtung des Instituts maßgeblich geprägt. Hayek lehnt sowohl Korrekturen der Marktergebnisse unter sozialen Gesichtspunkten als auch die Bekämpfung wirtschaftlicher Macht durch staatliche Maßnahmen grundsätzlich ab. In der [Imagebroschüre 2019](#) findet sich unter „Die Gründungszeit des Walter Eucken Instituts“ ein Interview mit Hayek, in dem dieser sich zum Begriff „sozial“ wie folgt äußert: „Klar ist nur, daß eine soziale Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft ist, ...soziale Gerechtigkeit keine Gerechtigkeit“.

Das Walter Eucken Institut versteht sich als Kompetenzzentrum für ordnungspolitische und ordnungsökonomische Grundlagenforschung.^[1] Zweck der Einrichtung sei es, diese Untersuchungen auf die praktische Umsetzung der Wettbewerbsordnung auszurichten und ordnungspolitisches Denken in die öffentliche Diskussion einzubringen. Es sollen Lösungswege für aktuelle tagespolitische Fragen sowie zur nachhaltigen Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft aufgezeigt werden. Zu den Veranstaltungen gehören Lehrveranstaltungen, die Walter Eucken-Vorlesung und die [Friedrich August von Hayek-Vorlesung](#), Workshops und Symposien, Vorträge und Diskussionen sowie das Walter Eucken Research Seminar.

Beurteilung der wirtschaftlichen Macht

Eucken hat sich vehement für eine machtmindernde Wirtschaftspolitik ausgesprochen: "Erster Grundsatz: Die Politik des Staates sollte darauf gerichtet sein, wirtschaftliche Machtgruppen aufzulösen oder ihre Funktionen zu begrenzen".^[2] Nach seiner Auffassung wird wirtschaftliche Machtkonzentration in politische Macht umgemünzt und der Staat wird "von der Wirtschaft gefesselt".^[3] Nur die vollständige Konkurrenz auf dem Markt könne Machtkonzentrationen verhindern und dadurch die Freiheit garantieren. Diese Idee hält die Eucken-Gesellschaft unter dem Einfluss von F.A. von Hayek für realitätsfern. Der Frankfurter Publizist und Eucken-Enkel Walter Oswald meint, die Freiburger Schule habe sich nach Euckens Tod nicht weiterentwickelt. Die zentrale Kritik Euckens an der ökonomischen Macht sei vielmehr bei denen, die sich mit Eucken befassten, ganz aus dem Blickfeld getreten.^[4] Oswald aktualisiert die Vorstellungen von Eucken zum Problem der wirtschaftlichen und politischen Macht in dem von ihm herausgegebenen Buch "Walter Eucken Ordnungspolitik" (Walter Eucken Archiv Reihe Zweite Aufklärung, Münster 1999). Eine kritische Würdigung Euckens in der Süddeutschen Zeitung vom 24. Juni 2016 durch [Peter Bofinger](#), Mitglied des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#), kann [hier](#) abgerufen werden.

Das Walter Eucken Institut lässt keine Distanz zur wirtschaftlichen Macht erkennen. Vielmehr entsprechen seine Argumentationsmuster weitgehend denen der großen Wirtschaftsverbände, mit denen es auch personell verflochten ist. So ist [Karen Horn](#), langjährige Berliner Büroleiterin des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), das als Think-Tank und PR-Agentur von BDI, BDA und deren Mitgliedsunternehmen fungiert, Mitglied des Kuratoriums des Walter Eucken Instituts. Eine Tochtergesellschaft des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) ist die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#), die 2005 gemeinsam mit der Financial Times Deutschland unter dem Motto "Die Klassiker Kompakt" eine gekürzte Fassung Walter Euckens "Grundlagen der Nationalökonomie" herausgegeben hat. Das von Oswald geleitete [Walter Eucken Archiv](#) hat gegen diese Broschüre beim Landgericht Frankfurt eine einstweilige Anordnung erwirkt mit der Begründung, es handle sich um eine "verfälschende Kurzfassung", die sich in einer "Grauzone zwischen Journalismus, Werbung und Lobbypolitik" bewege, denn auch die INSM sei an der Herausgabe beteiligt.^[5] Partner des Walter Eucken Institut ist das [Atlas Network](#), das von [ExxonMobile](#), [Philip Morris](#) und den Stiftungen der US-Milliardäre Gebrüder Koch gesponsert wird.

Im Gegensatz zu Eucken, der zur Einschränkung wirtschaftlicher Macht als zentralem Problem einer Gesellschaft sogar die Entflechtung marktbeherrschender Unternehmen für geboten hält, sieht [Lars P. Feld](#), der Leiter des Walter Eucken Instituts, auf diesem Gebiet keinen Handlungsbedarf. Der deutsche Staat verteile so stark Einkommen um wie kaum ein anderes Land und die Behauptung, dass mächtige wirtschaftliche Interessengruppen einen größeren und für die Massen schädlicheren Einfluss hätten als linke Protestgruppen und Bürgerforen, sei schlicht falsch.^[6]

Organisationsstruktur und Personal

Die Leitung des Instituts ist seit 2001 mit dem damals geschaffenen Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik verknüpft.^[7] Das vom Land Baden-Württemberg finanzierte Institut wird von einem Verein getragen, zu dessen Gremien das Kuratorium gehört. Wegen der Verbindung von Lehrstuhl und Institut kann das Kuratorium die Besetzung der Institutsleitung und die des Lehrstuhls beeinflussen.

Leiter und Mitglied des Vorstands

- [Lars P. Feld](#) (seit September 2010), Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg
 - [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (SVR) – seit 2011, auf Vorschlag des damaligen Wirtschaftsministers Brüderle (FDP): Mitglied
 - [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#): Mitglied
 - Wissenschaftlicher Beirat des [Wirtschaftsrat der CDU](#): Mitglied
 - [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#): Präsidiumsmitglied
 - Netzwerk [NOUS](#): Co-Vorsitzender
 - [ECONWATCH](#): Kuratoriumsmitglied
 - Wissenschaftlicher Beirat der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#): Mitglied
 - Wissenschaftlicher Beirat der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#): Mitglied
 - „Kronberger Kreis“ der [Stiftung Marktwirtschaft](#): Sprecher
 - [Mont Pelerin Society](#): Mitglied
 - [Wilhelm-Röpke-Institut](#): Mitglied
 - (bis 7/2015) [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied

Weitere Vorstandsmitglieder

- **Viktor Vanberg**, emeritierter Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg, bis August 2010 Leiter des Instituts
 - [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), Stiftungsrat
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Mitglied des Beirats
 - [Mont Pelerin Society](#), Mitglied
- **Wernhard Möschel**, ehem. Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches, Handels- und Wirtschaftsrecht an der Uni Tübingen
 - [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#), Mitglied
 - [Mont Pelerin Society](#), Mitglied

Geschäftsführender Forschungsreferent

- **Ekkehard A. Köhler**

Kuratorium

- **Gerhard Kempter** (Vorsitzender), Geschäftsführer der Kempter Financial Management GmbH, Freiburg, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Volksbank Freiburg, ehemaliges Vorstandsmitglied des Verbandes unabhängiger Vermögensberater (VuV)
- **Karen Horn**, ehemalige Leiterin des Hauptstadtbüros des [Institut der deutschen Wirtschaft](#)
 - Netzwerk **NOUS**: Co-Vorsitzende
 - **Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft**: Mitglied des Vorstands
 - **Open Europe Berlin**: Mitglied des Kuratoriums
 - **Herbert-Giersch-Stiftung**: Mitglied des Vorstands
 - Freiheitsgesellschaft der **Friedrich-Naumann-Stiftung**: Mitglied
 - **Mont Pelerin Society**: Mitglied
 - (bis 7/2015) **Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft**: Vorsitzende des Vorstands
- **Wolfgang Kerber**, Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik an der Universität Marburg, ehem. Leiter des Walter Eucken Institut
- **Günter Knieps**, Direktor des Instituts für Verkehrswissenschaften und Regionalpolitik an der Universität Freiburg
 - **Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie**, Mitglied
 - Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung: Mitglied
 - Industrieökonomischer Ausschuss im Verein für Socialpolitik: Mitglied
 - Wirtschaftspolitischer Ausschuss im Verein für Socialpolitik: Mitglied
 - "Ökonomenstimme": Gründungsmitglied
- **Christoph Schaltegger**, Ordinarius für Politische Ökonomie an der Universität Luzern
 - **European Public Choice Society**: Mitglied des Vorstands
 - **Economiesuisse** (Dachverband der Schweizer Wirtschaft): ehemaliger Leiter des Bereichs Finanz- und Steuerpolitik sowie Mitglied der Geschäftsleitung
- **Nora Hünemohr**, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg
- **Kerstin Kriegelstein**, Rektorin der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- **Burkhard Knospe**, Vorstandsvorsitzender der Testo AG

Finanzen

Das Land Baden-Württemberg als finanzieller Träger des Instituts hat 2001 beschlossen, nicht nur den Institutsetat aufzustocken, sondern darüber hinaus eine C 3- Professur für Wirtschaftspolitik mit dem Schwerpunkt Ordnungspolitik einzurichten.^[8] Der Lehrstuhlinhaber leitet auch das Institut.

Weitere finanzielle Mittel erhält das Institut über den 2007 gegründeten [Aktionskreis Freiburger Schule e.V.](#) Neben den Mitgliedern finden sich im Förderkreis auch Freunde, Förderer und Donatoren, die die Arbeit des Instituts finanziell unterstützen.^[9]

Vorsitzende des Förderkreises ist Margot Selz, Dr. Selz Immobiliengruppe. Auf der Website des Förderkreises werden die folgenden Donatoren, jeweils mit Sitz in Freiburg, benannt (Stand: Februar 2017):

- Daimler AG
- EKATO Holding GmbH
- Willy Kempter Beteiligungsgesellschaft
- KNF Neuberger GmbH

- Sparkasse Freiburg – Nördlicher Breisgau
- Volksbank Freiburg

Zu den auf der Website genannten Förderern gehören u. a. die Südwestbank AG, Stuttgart, und die **Union Investment** Stiftung, Frankfurt.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Profil](#), eucken.de, abgerufen am 25.02.2017
2. ↑ Walter Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 6. Auflage, Tübingen 1990, S. 334.
3. ↑ Jakob Augstein: Das umstrittene Erbe Walter Euckens, Süddeutsche Zeitung vom 30. März 1994, S. 34
4. ↑ Augstein, Süddeutsche Zeitung vom 30. März 1994
5. ↑ Interessenklassenkampf, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. Januar 2005, veröffentlicht auf der Website des Walter Eucken Archiv, abgerufen am 22. 12. 2011
6. ↑ [Lars P. Feld: Die Mär von der Postdemokratie](#), in: Cicero, 26. Februar 2014, Webseite Cicero, abgerufen am 2. 5. 2014
7. ↑ [Uni Freiburg: Euckens Erben](#), Badische Zeitung vom 24. April 2009, Website der Badischen Zeitung, abgerufen am 27.02.2017
8. ↑ Jahresbericht 2001 des Instituts, S.3
9. ↑ Jahresbericht 2007 des Instituts, S. 54

Roman Herzog Institut

Das **Roman Herzog Institut** ist ein Think tank, bezahlt von [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw) und dem [Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie](#) (vbm).

Roman Herzog Institut

[[Bild:<datei>|center]]

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Denkfabrik der bayerischen Arbeitgeber
Gründungsdatum	<text>
Hauptsitz	Max-Joseph-Straße 580333 München
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	<text>
Webadresse	www.romanherzoginstitut.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	24
2 Organisationsstruktur und Personal	24
2.1 Träger	24
2.2 Kooperationspartner	24
2.3 Vorstand	25
2.4 Wissenschaftlicher Beirat	25
2.5 Experten	25
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	26
4 Einzelnachweise	26

Kurzdarstellung und Geschichte

Das Institut entwickelt im Namen des ehem. Bundespräsidenten **Roman Herzog** Reforminitiativen aus der Sicht der bayerischen Arbeitgeber.

Zu den Aktivitäten des Instituts gehören Publikationen, Veranstaltungen und eine Impulsbörse. Auf einen eigenen Verwaltungsapparat wird weitgehend verzichtet, die Organisation des Instituts bleibt hauptsächlich virtuell.

Organisationsstruktur und Personal

Träger

Träger sind:

- [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft \(vbw\)](#) (vertritt 90 bayerische Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sowie 27 Einzelunternehmen)
- [Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie \(vbm\)](#)

Kooperationspartner

Kooperationspartner ist das arbeitgebernahe [Institut der deutschen Wirtschaft \(IW\)](#)

Vorstand

Ehrenvorsitzende	Roman Herzog	<ul style="list-style-type: none">• ehem. Bundespräsident• Friedrich August von Hayek Stiftung, Mitglied des Kuratoriums• Konvent für Deutschland, Vorsitzender des Konventkreises
Vorsitzender	Randolf Rodenstock	<ul style="list-style-type: none">• Gesamtmetall, Vizepräsident• Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Vizepräsident• Aktionsrat Marktwirtschaft, Vorstand
	Alfred Gaffal	<ul style="list-style-type: none">• Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), Präsident
	Bertram Brossardt	<ul style="list-style-type: none">• Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), Hauptgeschäftsführer
Weitere	Frank A. Bergner, Fritz Kempfer, Christian Joh. Tipecska	

(Stand: Dezember 2015) Quelle: ^[1]

Wissenschaftlicher Beirat

Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören u.a.:

- [Nils Goldschmidt](#), Professor für Wirtschaftswissenschaft und ihre Didaktik am [Zentrum für ökonomische Bildung](#) der Universität Siegen
 - Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
 - Affiliated Fellow am [Walter Eucken Institut](#)
 - Vorsitzender des [Wilhelm-Röpke-Institut](#)
 - Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
- [Dagmar Schipanski](#)
 - Rektorin des Studienkollegs zu Berlin
 - Botschafterin der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#)
 - Ministerin a.D. (CDU)

Experten

Ökonomie, u.a.

- Dominik Ernste (siehe Beirat)
- Nils Goldschmidt (siehe Beirat)
- [Michael Hüther](#), Direktor des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), u. a.
 - Kurator der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#)
 - Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#)

- Mitglied des [Aktionsrat Marktwirtschaft](#)
- [Randolf Rodenstock](#) (siehe Vorstand)
- Steffen Roth, Geschäftsführer des [Institut für Wirtschaftspolitik](#)
 - Autor des ÖkonomenBlog der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#)
 - Mitglied der [Friedrich August von Hayek Gesellschaft](#)
- [Thomas Straubhaar](#), ehem. Direktor des [Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut](#)
 - Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#)
 - Mitglied des Beirats des [Berlin Manhattan Institut](#)
 - Mitglied des [Wilhelm-Röpke-Institut](#)
 - Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Der Vorstand](#) Webseite des Roman Herzog Institut, abgerufen am 06.12.2015

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** ist eine marktliberale Lobby-Organisation, die von den Unternehmensverbänden der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)) finanziert wird. Sie will u.a. erreichen, dass der Arbeitsmarkt und das Bildungswesen stärker an den Bedürfnissen von Unternehmen ausgerichtet werden.

Das operative Geschäft wird von der INSM GmbH betrieben, deren Alleingesellschafter das [Institut der deutschen Wirtschaft](#) ist. Die INSM verfügte 2018 über einen Jahresetat von sieben Millionen Euro, die von Gesamtmetall zur Verfügung gestellt werden.^[1]

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)



Rechtsform	GmbH
Tätigkeitsbereich	Propagierung marktliberaler Reformen
Gründungsdatum	2000
Hauptsitz	Georgenstraße 22, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	insm.de

Inhaltsverzeichnis

1 Entstehungsgeschichte	27
2 Ziele	28
3 Organisationsstruktur und Personal	29
3.1 Geschäftsführer	29

3.2 Beirat	29
3.3 Kuratorium	29
3.4 Botschafter	30
3.5 Wissenschaftliche Beratung	33
3.6 ÖkonomenBlog	34
3.7 Förderverein	34
4 Lobbystrategie Öffentlichkeitsarbeit	35
4.1 Kampagnen	35
4.2 Studien	36
4.3 Reformbarometer/Rankings/Monitore	36
4.4 Veranstaltungen	36
4.5 Fernsehen und Hörfunk	36
4.6 Medienkooperationen	37
4.7 Unterrichtsmaterialien	37
4.8 Weitere mediale Mittel	37
5 Kritik an der INSM	37
5.1 Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD	37
5.2 Verhältnis zu den Medien	38
5.3 Eigene Außendarstellung der INSM	38
5.4 Schleichwerbung	39
5.5 Einschüchterung von Medien	39
5.6 Einwirkung auf Suchmaschinen	39
5.7 Falsche Darstellung von TTIP-Studien	39
5.8 Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik"	39
6 Zitate	40
7 Weiterführende Informationen	40
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	40
9 Einzelnachweise	40

Entstehungsgeschichte

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)) gründeten im Dezember 1999 die berolino.pr GmbH. Sie wurde mit dem Aufbau und der Leitung einer Reforminitiative betraut.^[2] Seit Herbst 2000 betreibt die GmbH ihre Kampagne unter der Bezeichnung „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH“ (INSM). Alleingesellschafterin von berolino.pr/INSM ist die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, in der die publizistischen und PR-Aktivitäten des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) gebündelt sind.^[3] 2007 firmiert die berolino.pr GmbH in INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH um. 2010 wird der Sitz der Initiative von Köln nach Berlin verlegt. Mit der Konzeptgestaltung wurde bis 2010 die Agentur für Kommunikation [Scholz & Friends](#) betraut. Diese hat nach Analysen des Politikwissenschaftlers Rudolph Speth die INSM „erfunden“.^[4] Insgesamt arbeiteten bei Scholz & Friends an dem Projekt laut Speth rund 40 Personen unter Beteiligung der Disziplinen PR, Werbung, Internet und TV.

Von 2010 bis 2015 wurde die INSM von der Agentur **Serviceplan Public Opinion** betreut. Seit Januar 2015 ist **Blumberry** für Werbung und PR zuständig.^[5] Blumberry ist ein Tochterunternehmen der Holding **Commarco**, die wiederum zur **WPP Group** gehört. Im August 2018 wechselte die Zuständigkeit für INSM innerhalb von Commarco zu den Commarco Campus Communications. Für PR und Werbung der INSM ist nun exklusiv ein eigenes Team zuständig. Erklärtes Ziel ist es, "auch unter den Vorzeichen einer immer dynamischeren Meinungsbildung im politischen Raum die volle Kommunikationswirkkraft über alle Disziplinen hinweg zu entfalten."^[6]

Ziele

Nach klassischem Verständnis ist die Soziale Marktwirtschaft eine ordnungspolitische Konzeption, die das Wettbewerbssystem mit der Idee der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit verbindet. Nach ordoliberalen Vorstellungen ist eine Wettbewerbsordnung im Prinzip zwar bereits an sich sozial, doch ist sie dort zu begrenzen, wo sie sozial unerwünschte Ergebnisse zeitigt.^[7] Was als „sozial wirksam“ zu begründen ist und noch als ordnungskonform gelten kann, ist im Prinzip zu rechtfertigen.^[8] Der Markt wird hier nicht als unfehlbarer Automatismus verstanden, sondern als eine Regel mit Ausnahmen. Versagt der Markt ausnahmsweise, sollte der Staat eingreifen, um den „Wohlstand für alle“ zu sichern. Diese Ausnahme wurde dann in der Praxis der „Sozialen Marktwirtschaft“ recht großzügig ausgelegt. So soll der Staat dafür sorgen, dass durch Umverteilung und Korrektur der am Markt entstandenen Einkommen eine als gerecht empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung sowie weitgehende Chancengleichheit und soziale Sicherheit breiter Schichten hergestellt wird.^[9] Hierzu gehören z. B. ein die eigenverantwortliche Daseinsfürsorge ergänzendes System der sozialen Sicherung, eine breite Streuung des Eigentums, Mitbestimmung sowie die Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen. Nach Müller-Armack, der als Staatssekretär von Ludwig Erhard den Begriff "Soziale Marktwirtschaft" geprägt hat, sind dieser sogar „Minimallöhne“ (= Mindestlöhne) zugehörig.^[10]

Das Neue an der Neuen Sozialen Marktwirtschaft, die die INSM propagiert, besteht darin, dass die sozialen Bestandteile eliminiert werden, da sie den Interessen der Arbeitgeber widersprechen. Der Staat soll sich aus dem wirtschaftlichen und sozialen Geschehen zurückziehen, d. h. auf soziale Korrekturen und Sicherungsmaßnahmen verzichten, auch wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Umschrieben wird dieser Grundgedanke auf der Website der INSM („Was will die INSM konkret“) als „konsequente und konsistente wettbewerbliche Ausrichtung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung“, „Beschränkung des Staates auf seine Kernkompetenzen“ sowie „Stärkung des Prinzips 'Hilfe durch Selbsthilfe'“. In ihren Kampagnen, Auftragsstudien und Unterrichtsmaterialien werden Privatisierungen, Deregulierungen, Steuersenkungen, der Abbau von Subventionen, eine Senkung der Arbeitskosten, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Abbau des Kündigungsschutzes, flexible Arbeitszeiten), mehr Eigenvorsorge im Gesundheitssystem und die kontinuierliche Erhöhung des Renteneintrittsalters gefordert. Mindestlöhne und die Finanztransaktionssteuer werden abgelehnt. Rechte der Arbeitnehmer stellt die INSM ausschließlich als Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen dar. Die gesetzliche Renten- und Pflegeversicherung wird schlecht geredet und stattdessen die Einführung von kapitalgedeckten Versicherungen gefordert, deren Probleme (hohe Verwaltungskosten, Risiken aufgrund von Finanzmarktkrisen, Unerschwinglichkeit für Niedrigverdiener) unerwähnt bleiben. Der Grund liegt auf der Hand: Die gesetzlichen Versicherungen werden von den Arbeitgebern mitfinanziert, die privaten kapitalgedeckten Versicherungen bezahlen dagegen allein die Arbeitnehmer. In der Bildungspolitik wird mehr Wettbewerb und Effizienz gefordert, wozu Studiengebühren sowie die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen beitragen sollen.

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführer

- Hubertus Pellengahr (seit Januar 2010)
 - ehemaliger Geschäftsführer des [Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels](#) (HDE)
 - Policy Fellow des [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA)
 - Mitglied der [Jenaer Allianz](#), in der Lobbyorganisationen der Wirtschaft, die [Konrad-Adenauer-Stiftung](#), die [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), die Friedrich-Schiller-Universität Jena, das Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität Leipzig und neoliberale Denkfabriken kooperieren

Ehemalige Geschäftsführer:^[11]

- [Tasso Enzweiler](#), ehem. Chefreporter bei der "Financial Times Deutschland", wechselte nach seinem Ausscheiden bei der INSM als Managing Director zur PR-Agentur [Hering Schuppener](#), wurde danach Geschäftsführer bei [Ketchum Pleon](#) Deutschland und gründete 2013 die Managementberatung [Enzweiler & Partner](#)
- Dieter Rath, leitete zuvor die PR-Abteilung beim [BDI](#)
- Max Alexander Höfer, früherer Journalist bei Capital

Beirat

Gesteuert und kontrolliert wird die INSM durch den Beirat, in dem sich neben Vertretern von Gesamtmetall auch Vertreter der anderen Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft finden^[12] Hinzu kommen Experten für Demoskopie, die über Meinungs- und Stimmungstrends informieren.

- Vorsitzender ist Stefan Wolf
 - auch Kuratoriumsmitglied der INSM
 - Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#)

Kuratorium

Name

Wolfgang Clement (+)	Vorsitzender des Kuratoriums	1. stellv.	ehem. SPD-Politiker, Ex-NRW-Ministerpräsident, Ex-Bundeswirtschaftsminister, Lobbyist und Mitglied in Aufsichts- und Beratungsgremien verschiedener Unternehmen, Mitglied des Wirtschaftsforums der FDP
Stefan Wolf	Vorsitzender des Kuratoriums		Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall , Vorstandsvorsitzender der ElringKlingerAG, Vorsitzender des Beirats der INSM

(Stand: November 2020) Quelle: ^[13]

Botschafter

Die Botschafter unterstützen die INSM dabei, in der Öffentlichkeit Meinungen zu platzieren und Meinungen zu verändern. Sie geben Interviews, schreiben Gastbeiträge und treten in Talkshows auf, meist ohne darauf hinzuweisen, dass ihre Äußerungen vorher mit der INSM koordiniert wurden.^[14] Stattdessen werden sie beispielsweise als "Experten für Steuerrecht" vorgestellt oder einfach mit ihrer beruflichen Funktion.

Nam

e

Hans

-

Wolf

gang

Arnd

t

Rola

nd Unternehmensberater, Chairman der RiverRock European Capital Partners LLP, Mitbegründer des Kon

Berg vent für Deutschland

er

Chri

stop

h Inhaber des Stiftungslehrstuhls für Allg. Betriebswirtschaftslehre, insbesondere innovatives

Bur Markenmanagement, der Uni Bremen, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Keylens AG, Düsseldorf

man

n

Juer

gen Mitglied des Wirtschaftsforums der FDP. Frühere Positionen: Direktor des Institut für Wirtschaftspolitik

B. , Vorsitzender des Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Don (SVR), Mitglied des Kronberger Kreises der Stiftung Marktwirtschaft

ges

Dom

iniqu

e Geschäftsführende Gesellschafterin der Unternehmensberatung Döttling & Partner, Mitglied im Mittel

Döttl standsbeirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

ing

Flori

an

Gers (siehe Förderverein)

ter

Mart

in

Kan Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, Geschäftsführer Herbert Kannegiesser

negi GmbH, ehem. Vorsitzender des Kuratoriums der INSM

eßer

Otm

- ar Präsident des [Center for Financial Studies](#), „International Advisor“ der Investmentbank [Goldman Sachs](#), ehem. Chefvolkswirt der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB)
- g
- Osw
- ald Redakteur bei Tichys Einblick, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des Strategischen Beirats der Metz [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- ger
- Aren Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding, Vizepräsident des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI), Präsidiumsmitglied des [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA), Präsident der [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#), Mitglied der Oetk CDU, unterzeichnete den "Energiepolitischen Appell" der Atomlobby zur Laufzeitverlängerung er deutscher Kernkraftwerke
- Walt
- her Ehem. Staatssekretär in verschiedenen Bundesministerien, unter anderem im Otre Bundeswirtschaftsministerium, Vorsitzender [Bundesverband Briefdienste](#)
- mba
- Karl-
- Hein Inhaber des Lehrstuhls für internationale Wirtschaft der Uni Magdeburg, Vorstandsvorsitzender der Fri z [edrich-Naumann-Stiftung](#) und Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#), ehem. Finanzminister von Paqu Sachsen-Anhalt
- é
- Bern
- d Professor für Finanzwissenschaften an der Uni Freiburg, Direktor des [Forschungszentrum Raff Generationenverträge](#) (FZG), Mitglied des Aufsichtsrat der [ERGO](#) Versicherungsgruppe, Mitglied des elhü Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#) (ehem. Vorsitzender der Kommission sche Alterssicherung^[15]), Mitglied des Vorstands der [Stiftung Marktwirtschaft](#)
- n
- Arnd
- t Unternehmensberater, Gründer und Managing Partner von Rautenberg & Company
- Raut (Beratungsunternehmen für Finanzinvestoren), ehemaliger Strategiechef [Deutsche Telekom](#), Mitglied enbe des [Wirtschaftsforums der FDP](#)
- rg
- Ran Geschäftsführender Gesellschafter der Optische Werke [G. Rodenstock GmbH & Co. KG](#), ist bzw. war dolf in leitender Funktion in einer Vielzahl von Verbänden und neoliberalen Netzwerken aktiv, u. a. dem Rod INSM-Finanzier [Gesamtmetall](#) und der INSM-Muttergesellschaft [Institut der deutschen Wirtschaft](#)(IW) enst jeweils als Vizepräsident, Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#)
- ock
- Dag
- mar Mitglied des Bundesvorstandes der CDU, ehem. Präsidentin des Landtages von Thüringen, Mitglied Schi des Verwaltungsrates des [MDR](#), Mitglied des Kuratoriums [Gemeinnützige Hertie-Stiftung](#)
- pans
- ki
- Krist
- ina ehem. Bundesfamilienministerin (CDU)
- Schr
- öder

Nikol

aus Vorsitzender des Kuratoriums der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Ehrenmitglied des [Wirtschaftsrates der Sch CDU](#) und ehem. Vorstandsvorsitzender der [Altana AG](#) sowie ehem. Vorsitzender der [Altana weic Kulturstiftung gGmbH](#) und der [Herbert Quandt-Stiftung kart](#)

Jürg

en Ehem. Chefvolkswirt und Mitglied im Direktorium der [Europäischen Zentralbank \(EZB\)](#), Mitglied des [Star Kuratoriums der Bertelsmann Stiftung](#), Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#)^[16]
k

Erwi

n ehem. Präsident des VfB Stuttgart, ehem. Vorstand der Geschäftsführung von [IBM Deutschland](#), SPD-[Stau](#) Kommunalpolitiker, ist Mitglied des Aufsichtsrats und Beirats diverser Unternehmen
dt

Tho

mas bis 8/2014 Direktor des [Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut \(HWWI\)](#), Mitglied des [Stra Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-ubha Naumann-Stiftung](#), Mitglied des Beirats des [Institut für Unternehmerische Freiheit ar](#)

(Stand: Dezember 2020) Quelle: ^[17]

Ehemalige Kuratoren und Botschafter

Na

me

[Arn](#) Jurist, Publizist und Historiker, unterstützt Stiftungen wie die FDP-nahe [Friedrich-ulf h-Naumann-Stiftung](#) sowie die [Konrad-Adenauer-Stiftung](#) und ist Mitglied des [Bari Kuratoriums der Stiftung Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie ng Gesellschaft](#)

Mar

ie-

[Luis e](#) (siehe Förderverein)

Döt

t

[Joh ann](#) Staatssekretär a.D., Direktor des [Institut für Wirtschaftspolitik](#) an der Uni Köln, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), bis Ende am 3. März 2013
[Eek hoff](#) 2010 Sprecher des "Kronberger Kreises" der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied [verstorben](#) der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)

Mic

hae

[I](#) CSU-Politiker, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie 2005-2009

Glo

s

Pau

[I Kirc](#) ehem. Richter am Bundesverfassungsgericht, Preisträger der [Friedrich August von Hayek Stiftung](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), setzt sich für eine

hho Steuerreform ein, die "vor allem Manager...sowie die Verwalter und Erben
f großer Vermögen" entlastet^[18]

Ebe

rhar Präsident des Verwaltungsrates der Eberhard von Körber AG, Zürich,
d ehemaliger Co-Präsident des Club of Rome, ehemaliger Vorstandschef und
von Aufsichtsratsvorsitzender von **ABB**, 1990-1998 Mitglied des Beraterkreises der
Kör Bundesregierung (Kanzlerrunde) unter Bundeskanzler **Helmut Kohl**
ber

ehem. Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft der Uni Mainz, ehem.
Rolf Mitglied des **Sachverständigenrat zur Begutachtung der**
Peff gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), Mitglied des **Wissenschaftlicher**
eko Beirat beim Bundesministerium der Finanzen, des Wissenschaftlichen Beirats
von der **Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen** und des Beirats der **D**
Z BANK AG

Chri
stin
e
Sch
eel

ehem. Politikerin der Grünen, Mitglied des Expertenrates der **CNC**
Communications & Network Consulting)

trat im Dezember
2004 aus der INSM aus
^[19], beteiligte sich
aber auch danach
noch an deren
Kampagnen^[20]

Lot CDU, ehem. BaWü-Ministerpräsident, ehem. Geschäftsführer der **Jenoptik**,
har ehem. Deutschland-Chef und später Senior Advisor bei der Investmentbank **Me**
Spä **rrill Lynch**, ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrats der **Herrenknecht AG**, beriet
th zuletzt vor allem mittelständische Unternehmen.^[21]

am 18. März 2016
verstorben

Ed
mu
nd
Stoi
ber

ehrenamtlicher Leiter einer EU-Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau, CSU, Ex-
Bayern-Ministerpräsident, CSU-Vorsitzender 1999-2007

verließ die INSM nach
deren Kritik an den
Agrarsubventionen

Han ehem. Präsident der **Deutschen Bundesbank**, Mitglied der Kuratoriums der **Kon**
s **rad-Adenauer-Stiftung**, der **Friedrich August von Hayek Stiftung**, der **Stiftung**
Tiet **Ordnungspolitik/Centrum für Europäische Politik** und Mitglied der **Ludwig-**
me **Erhard-Stiftung**). Bis Juli 2013 war Tietmeyer Kuratoriumsvorsitzender der
yer INSM.^[22]

am 27. Dezember
2016 verstorben

Wissenschaftliche Beratung

Als wissenschaftlicher Berater fungiert das **Institut der deutschen Wirtschaft**, das als Muttergesellschaft der
INSM wirtschaftspolitische Analysen und Konzepte aus der Sicht der Wirtschaft erarbeitet. Zwischen der
INSM und dem Institut der deutschen Wirtschaft gibt es auch eine Vielzahl personeller Verflechtungen. In
Medienfragen arbeitet die INSM mit diversen Meinungsforschungsinstituten - wie dem Institut für
Demoskopie Allensbach^[23] - zusammen.

ÖkonomenBlog

Der ÖkonomenBlog ist ein Projekt der INSM. Die Autoren sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören der Geschäftsführer der INSM, die INSM Redaktion, der Leiter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Botschafter der INSM sowie wirtschaftsfreundliche Wissenschaftler (Professoren und Mitarbeiter von Instituten).

Förderverein

Der im Juni 2005 gegründete Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (FINSM) e.V. ist am 22. Februar 2016 aufgelöst worden.^[24] Liquidator war [Oswald Metzger](#) (seit 2012 Vereinsvorstand).

Zu den Gründungsmitgliedern gehörten:

- [Hans Tietmeyer](#) (Vorstand bis 2014) war bis 2012 auch Vorsitzender des Kuratoriums, danach wurde er Botschafter (vgl. dortige Erläuterungen)
- [Florian Gerster](#) (ab 2009 Vorstand), SPD, Unternehmensberater und Lobbyist, Mitglied des Wirtschafts- und Zukunftsrats für Hessen, bis 2012 Präsident des [Bundesverband Briefdienste](#), ehem. Vorsitzender der [Bundesanstalt für Arbeit](#) - heutige Bezeichnung [Bundesagentur für Arbeit](#) (wegen eines umstrittenen Auftrags an die Lobby- und PR-Agentur [WMP Eurocom](#) entlassen)
- [Johanna Hey](#), Direktorin des [Institut Finanzen und Steuern](#) und des Instituts für Steuerrecht an der Uni Köln, ist Mitglied des [Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen](#), Mitglied des Zentralen Beirats der [Commerzbank](#), Mitglied der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch" der [Stiftung Marktwirtschaft](#) und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrats der CDU](#). Sie hält die "Reichensteuer" für "verfassungsrechtlich hoch problematisch"^[25]
- Dieter Lenzen, Präsident der Universität Hamburg, davor Präsident der Freien Universität Berlin, parteilos, gilt als CDU- und wirtschaftsnah^[26], Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Roman Herzog Institut](#), Vorsitzender des Aktionsrats Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)
- [Friedrich Merz](#), Jurist, Lobbyist, Aufsichts- und Beiratsmitglied in verschiedenen Unternehmen, Mitarbeiter der Kanzlei Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP, ehemaliger Politiker und CDU-Finanzexperte, Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrats der CDU](#), Mitglied des Politischen Beirats der „Kommission Steuergesetzbuch“ der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- Ulrike Nasse-Meyfarth, Olympiasiegerin im Hochsprung
- Dieter Rickert (Vorstand) "Head Hunter", wollte 2002 bis 2004 eine eigene Stiftung "Klarheit in der Politik" gründen, die 100 Millionen sammeln sollte, um für marktliberale Reformen zu werben
- Hergard Rohwedder, Rechtsanwältin und Mitbegründerin der FDP-nahen Stiftung [Liberales Netzwerk](#)
- Max Schön, Mitglied des Aufsichtsrats der Max Schön AG und der British American Tobacco Germany (BAT), Präsident des Club of Rome Deutschland und Mitglied im Kuratorium der BAT-"Stiftung für Zukunftsfragen", von 2001 bis 2005 Präsident der Arbeitsgemeinschaft mittelständischer Unternehmen
- [Carl-Ludwig Thiele](#), Rechtsanwalt, FDP-Politiker, Mitglied des Vorstandes der [Deutschen Bundesbank](#), Kuratoriumsmitglied des [Institut Finanzen und Steuern](#), bis 30. April 2010 Mitglied des Aufsichtsrats der Signal Krankenversicherung a.G.

Quelle: ^[27]

Weitere Mitglieder waren:

- **Michael Hoffmann-Becking**, Lehrbeauftragter für Aktien- und Konzernrecht an der Uni Bonn, Partner der Societät **Hengeler Mueller**, Mitglied des **Wirtschaftsforums der FDP** und Gesellschafter der **FAZIT-STIFTUNG**
- **Marie-Luise Dött**, umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesvorsitzende **Bund Katholischer Unternehmer**, Mitglied der **Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen**

Lobbystrategie Öffentlichkeitsarbeit

Bei der Öffentlichkeitsarbeit bedient sich die INSM einer Vielzahl von Medien, die aufeinander abgestimmt genutzt werden, um ihre Botschaften zu transportieren.

Bei wichtigen Kampagnen werden **PR-Agenturen** eingeschaltet - so im August 2012 die Agentur **Serviceplan Public Opinion** bei der "Energiewende-Kampagne" und zuvor beim "Projekt Vollbeschäftigung" und der "Mehrwertsteuerkampagne".

Eine weitere Rolle kommt den Reformbarometern/Rankings/Monitors, den Medienkooperationen und den Unterrichtsmaterialien für Schulen zu.

Kampagnen

Die INSM hat die folgenden Kampagnen organisiert^[28]:

- 12 Fakten zur Klimapolitik
- Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft
- Kampagne: Nachhaltige Rente
- Steuern senken - jetzt
- Gerecht durch Marktwirtschaft
- Rente muss gerecht bleiben
- Große Aufgaben
- Das Deutschland Prinzip
- Werkverträge und Zeitarbeit
- Chancen für alle
- Mindestlohn
- Generationengerechtigkeit
- Chance2020
- Gerechtigkeit
- Energiewende
- Wachstum
- Projekt Vollbeschäftigung
- Besser Sparen
- 16 Prozent auf alles

(Stand: August 2019)

Darüber hinaus wird die INSM regelmäßig anlässlich der Bundestagswahlen aktiv. So veranstaltete sie in Partnerschaft mit der Tageszeitung „Die Welt“ die Veranstaltungsreihe „Wahlarena 2017“^[29] In Zusammenarbeit mit der "Wirtschaftswoche" hat sie zum Hauptthema des Bundeswahlkampfs 2013 "Wie gerecht ist Deutschland?" ein Sonderheft herausgegeben.^[30]

Studien

Die INSM stellt der Presse regelmäßig Studien vor, die zumeist von [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW) und sonstigen Wirtschaftsforschungsinstituten sowie Meinungsforschungsinstituten erstellt werden. Studien der INSM haben nachwievor eine hohe Aufmerksamkeit in der deutschen Medienlandschaft. Die Studien der INSM sind [hier](#) abrufbar.

Reformbarometer/Rankings/Monitore

In die Bewertungen fließen die Interessen der Arbeitgeber an mehr „Eigenverantwortung“, Abbau sozialer Leistungen, Rückzug des Staates und weniger Mitbestimmung ein. Dagegen werden Arbeits-, Verbraucher- und Umweltschutz sowie soziale Absicherung der Beschäftigten nicht berücksichtigt oder sogar als Überregulierung negativ bewertet.

Städteranking Das Städteranking wird von der [Institut der deutschen Wirtschaft Consult GmbH](#) im Auftrag der [Wirtschaftswoche](#) und Immobilienscout 24 erstellt (früherer Auftraggeber war auch die INSM)

Bildungsmonitor In einem jährlichen Bildungsmonitor, der vom [Institut der deutschen Wirtschaft](#) im Auftrag der INSM erstellt wird, werden die Bildungssysteme der Bundesländer bewertet

Veranstaltungen

- [Wahlarena 2017](#) ist eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung „Die Welt“ (Axel Springer Verlag)
- [Hauptstadtforum](#) ist eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung "Die Welt" (Axel Springer Verlag)
- [INSM-Frühstücksdialog](#)
- [Dialogveranstaltung Marktwirtschaft und Klimaschutz](#)
- [Marktwirtschaftlicher Zukunftsdialog](#)
- [Rentenpolitischer Dialog](#)
- [INSM-Podiumsdiskussionen](#)

Fernsehen und Hörfunk

Die INSM bietet ihre Botschafter als Interviewpartner sowie Experten für Diskussionsrunden im Fernsehen und Hörfunk an. Sie liefert auch fertige Beiträge für Print- und Fernsehredaktionen. Auf die INSM-Verbindung wird meist nicht hingewiesen.

Medienkooperationen

Kurz nach ihrer Gründung war es der INSM gelungen, eine Vielzahl von Medien in gemeinsame Projekte (Umfragen, Rankings, Publikationen, Veranstaltungen) einzubinden. Aufgrund der öffentlichen Kritik an dieser Zusammenarbeit sind diese Projekte ganz überwiegend eingestellt worden. Eine Ausnahme ist die Tageszeitung "Die Welt", die in Partnerschaft mit der INSM die Veranstaltungsreihe „Wahlarena 2017“ organisiert.^[31] [Wirtschaftspolitik verstehen](#) ist ein gemeinsames Videoformat von INSM und [ECONWATCH](#).

Unterrichtsmaterialien

Die INSM stellt Lehrern fertig benutzbare Materialien zum Thema Wirtschaft für den Schulunterricht zur Verfügung. [Wirtschaft und Schule](#) heißt das Projekt der INSM. Unter dem Vorwand, Schülern einen erfolgreichen Start in das Berufsleben zu ermöglichen, wird Hauptschülern, Realschülern, Gymnasiasten und Berufsschülern ein einseitiges, neoliberales Weltbild vermittelt.^{[32][33][34]} Die zentrale Forderung der Unterrichtsmaterialien lautet: weniger staatliche Regulierung – mehr Freiheit des Marktes. Herausgeber des Lehrerportals ist die IW Medien, eine Tochter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), dem Alleingesellschafter der INSM. Bis 2014 war die INSM unmittelbar für das Portal verantwortlich.

Die INSM unterstützt **Focus Money** beim Schulprojekt [Wir erklären die Wirtschaft](#)^[35]

Weitere mediale Mittel

Des weiteren nutzt die INSM Anzeigenkampagnen, Presseinfos, Broschüren, Magazinen, Büchern, Plakataktionen und das INSM-Lexikon.

Kritik an der INSM

Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD

Nach einem Bericht von „Spiegel Online“ hat die INSM eine Anzeige in der „Bild“-Zeitung vom 23. Juni 2017 platziert, um Stimmung gegen die Steuerpläne der SPD zu machen.^[36] In dieser Anzeige hieß es: „Lieber Herr Schulz, Reichensteuer schon ab 60.000 Euro: Ist das Ihr Respekt vor Leistung?“ Unterschrieben war die Anzeige mit dem Kürzel: „insm.de“.

Damit erweckt die INSM laut „Spiegel Online“ den Eindruck, dass die Reichensteuer nun auch für viele Normalbürger mit 60.000 Jahresbruttoverdienst greifen würde. Davon könne jedoch keine Rede sein. Als Reichensteuer werde gemeinhin ein Aufschlag von drei Prozentpunkten auf den Spitzensteuersatz bezeichnet, der zur Zeit bei 42 Prozent liegt. Die Reichensteuer von 45 % greife ab 256.303 Euro zu versteuerndem Einkommen, was im Jahr 2012 gerade einmal 73.000 Steuerzahler betroffen habe.

Die Anzeige der INSM lege nahe, dass die Reichensteuer schon ab 60.000 Euro erhoben werde, was nicht zutreffe. Tatsächlich soll ab diesem Schwellenwert künftig der bisherige Spitzensteuersatz von 42 Prozent gelten, der bislang schon ab 54.058 Euro fällig gewesen sei. Der Tarifanstieg würde bis zu diesem Punkt also sogar geringer ausfallen. Weiterhin sei zu berücksichtigen, dass Spitzensteuersätze nicht für das gesamte Einkommen, sondern nur für den Teil jenseits der Grenzwerte gelten. So falle beispielsweise ein lediger Alleinverdiener mit 65.000 Euro zu versteuerndem Einkommen heute zwar unter den Spitzensteuersatz, insgesamt betrage die Steuerlast aber nur rund 29 Prozent.

Laut „Spiegel Online“ hat die INSM ihre Behauptung inzwischen relativiert. Es heiße jetzt, die SPD wolle „den Schwellenwert, ab dem mehr als 42 Prozent Steuer zu bezahlen ist, auf ab 60.000 Euro senken“.

Verhältnis zu den Medien

Die ARD-Sendung Monitor vom 13. Oktober 2005^[37] kritisiert ein Verschwimmen der Grenzen zwischen Journalismus und Public Relations (PR), das von der INSM bewusst forciert werde. Der Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg stellt in dieser Sendung fest: "Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist höchst erfolgreich, weil es ihr gelungen ist, so einen neoliberalen Mainstream in den Medien durchzusetzen. Und das konnte auch leicht gelingen, weil die Medien kostengünstig produzieren müssen. Sie sind sehr darauf angewiesen, dass ihnen zugeliefert wird, hier gibt's eine Lobby, die sehr wohlhabend ist. Das ist natürlich eine sehr, sehr problematische Geschichte, weil die Medien nicht das tun, was sie tun sollen. Die Journalistinnen und Journalisten fallen sozusagen aus der Rolle, weil sie nicht kritisch kontrollieren, weil sie die Interessen nicht transparent machen.“ Laut Monitor haben die mit Beiträgen belieferten Sender allerdings angegeben, die Beiträge redaktionell bearbeitet zu haben, die meisten Sender hätten die Zusammenarbeit mit der INSM inzwischen beendet.

Christian Nuernbergk hat die Öffentlichkeitsarbeit der INSM unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Journalismus und PR in einer 2005 erschienen Studie untersucht.^[38] Nach dieser Studie gibt es Anhaltspunkte dafür, dass eine Vielzahl der von der Initiative bereitgestellten Studien- bzw. Umfrageergebnisse über die Redaktionen ohne eine zuverlässige inhaltliche Auseinandersetzung an die Rezipienten gelangt sind. Es überrasche angesichts der professionellen Aufbereitung des PR-Materials, der umsichtigen Vorbereitung und der intensiven Beziehungspflege auch nicht, dass viele Journalisten die wirkliche Organisation der Initiative und ihre Funktion als ein strategisches Element in der Interessenvertretung von Arbeitgeberverbänden nicht erkennen wollen oder gelegentlich übersehen. Betrachte man die Berichterstattung unter diesem Gesichtspunkt, so zeige sich, dass in der weit überwiegenden Zahl der Medienberichte nähere Angaben zur Initiative, zu ihren Auftraggebern und zu ihren Finanziers einfach unter den Tisch fielen.

Zahlreiche Journalisten und Medien haben sich auf Kampagnen der INSM eingelassen, vgl. „Getarnte Lobby – Wie Wirtschaftsverbände die öffentliche Meinung beeinflussen“ des ARD-Magazins Plusminus vom 13.

Oktober 2005^[39] Die Initiative liefere auf Bestellung Daten, erstellte daraus einen Artikel oder gar eine ganze Doppelseite wie in der Tageszeitung Die Welt. Die Kernaussage lautet: „50 Jahre Sozialpolitik – ein einziger Irrtum. Weg damit!“ Die INSM-Botschafter sind nach Informationen von Plusminus außerdem auf sämtlichen Kanlen Dauergste in den Talkshows, manchmal sitzen gleich drei in einer Sendung.

Eigene Außendarstellung der INSM

Die INSM bezeichnet sich auf ihrer Website als „branchen- und parteiübergreifende Plattform und offen für alle, die sich dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft verbunden fühlen“.

Der Begriff Initiative ist missverständlich. Im Allgemeinen versteht man unter Initiative den Zusammenschluss von Personen zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Ziele (z. B. Bürgerinitiative). Bei **Gesamtmetall**, die die INSM gegründet hat und finanziert, handelt es sich dagegen um einen Zusammenschluss von Unternehmen zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, d.h. um eine klassische Lobbyarbeit. Branchenübergreifend kann nur so verstanden werden, dass die INSM versucht, die Öffentlichkeit in einer die Interessen aller Unternehmen (nicht nur der Metall- und Elektroindustrie)

begünstigenden Weise zu beeinflussen. Für die Unterstützung dieser Ziele sind zwar grundsätzlich Mitglieder aller Parteien willkommen, doch zeigt die Parteizugehörigkeit der in den INSM-Gremien vertretenen Personen, dass fast alle Parteimitglieder dem Wirtschaftsflügel der CDU oder der FDP zuzurechnen sind. Irreführend ist auch der Hinweis auf die Verbundenheit mit dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft soll ja gerade in eine Marktwirtschaft pur umgestaltet werden. In dieser Neuen Sozialen Marktwirtschaft ist für die herkömmliche Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit kein Platz mehr.

Schleichwerbung

Im September 2005 wurde bekannt, dass die INSM im Jahr 2002 in der ARD-Serie Marienhof verdeckte Botschaften schalten ließ.^[40] In sieben Folgen wurden Themen wie die "Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes oder die Senkung von Steuern untergebracht. Die INSM ließ sich diese Aktion insgesamt 58.670 Euro kosten.^[41] Infolgedessen wurde die INSM vom PR-Rat gerügt, was jedoch keine Sanktionen nach sich zog. Auf Seiten der ARD wurden Maßnahmen zur Vorbeugung von Schleichwerbung eingeführt, die Zuschauer wurden allerdings nicht über die Vorfälle informiert.^[42]

Einschüchterung von Medien

Im November 2005 berichtete die Wochenzeitschrift Freitag über Versuche der INSM, Journalisten, die kritisch über die Initiative berichtet hatten, mit Beschwerdebriefen an Chefredakteure oder Intendanten einzuschüchtern.^[43] Kritische Journalisten würden als gewerkschaftsnah oder als Attac-Sympathisanten dargestellt, um ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben.

Einwirkung auf Suchmaschinen

Das Blog Perspective 2010 ist auf Unterlagen gestoßen, wie die INSM versucht, bei Suchmaschinen-Ergebnissen vor INSM-kritischen Stimmen zu landen.^[44]

Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Die Verbraucherorganisation foodwatch hatte der INSM vorgeworfen, Daten verschiedener Studien in einer Broschüre mit „12 Fakten zu TTIP“ verzerrt dargestellt zu haben. Beispielsweise wurde aus langfristig und einmalig angenommenen wirtschaftlichen Effekten ein kurzfristig und jährlich zu erwartendes Wachstum. Die angeprangerten Darstellungen sind teilweise korrigiert worden.^[45]

Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik"

Im Sommer 2019 startete die INSM mit „12 Fakten zur Klimapolitik“ eine Kampagne zum Thema Klimaschutz. Die INSM wendet sich damit gegen eine CO₂-Steuer und stellt Bemühungen auf nationaler Ebene als wirkungslos und überflüssig dar^[46]. Die Darstellung rief Kritik hervor, etwa durch Volker Quaschnig, Professor an der HTW Berlin^[47]. Bereits 2012 hatte die Initiative gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mobil gemacht. Sie forderte eine Umsetzung der Energiewende innerhalb eines "marktwirtschaftlichen Rahmens", die Streichung aller Subventionen im Bereich Erneuerbarer Energien und stattdessen die Etablierung eines "Wettbewerbsmodell"^[48].

Zitate

"Ein bekanntes Beispiel für solch eine Denkfabrik ist die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Sie erzeugt mit riesigen Kapitalmitteln Stimmung für den Rückbau des Sozialstaats und für mehr unternehmerische Freiheit. Sie verfolgt ihre Ziele, indem sie Anzeigen schaltet, Broschüren verteilt und Veranstaltungen organisiert. Dabei gibt sie sich als unabhängige, parteiübergreifende Initiative aus. Gesponsert wird sie allerdings hauptsächlich von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie. Teure Einladungen, wie beispielsweise im Juni 2009 ins Hotel Adlon Kempinski mit Gastrednern **Angela Merkel** und **Karl-Theodor zu Guttenberg**, damals noch Wirtschaftsminister, sind kein Problem für die einflussreiche Initiative. Ein jährliches Budget von etwa 8 bis 9 Millionen Euro nach Abzug von Steuern bietet viele Möglichkeiten, Einfluss auszuüben. Das ist mehr Geld, als beispielsweise viele Umweltverbände für Ihre Arbeit insgesamt aufbringen können.“ Marco Bülow (SPD), MdB, in seinem Buch „Wir Abnicker“ ^[49]

Weiterführende Informationen

- Arbeitgeberverband Gesamtmetall: *Geschäftsbericht 2013/14*, S. 49 - 51
- Kaphegy, Tobias 2011: *Black Box Bildungsmonitor? Ein Blick hinter den Reiz des Rankings. Eine Analyse und Kritik des Bildungsmonitors 2010 der INSM* Studie im Auftrag der GEW-nahen Max Träger Stiftung
- Lianos, Manuel/Gutzmer, Alexander 2005: *Sie werben ja nicht für Persil*. INSM im Streitgespräch.
- Norbert Nicoll: Die ökonomische Rationalität in die Öffentlichkeit tragen. Zur Arbeit und Wirkungsweise der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2000-2006), Dissertation 2008, Tectum Verlag Marburg
- Nuernbergk, Christian 2006: *Die PR-Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und ihr Erfolg in den Medien. Erste Ergebnisse einer empirischen Studie*. In: Röttger, Ulrike (Hrsg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: S. 159-178.
- Speth, Rudolf 2004: *Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*. Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung.
- Speth, Rudolf/Leif, Thomas 2006: *Lobbying und PR am Beispiel der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 14, Bonn, 302-316.
- Winkelmann, Ulrike 2004: *Strandklappstühle*, in: Die Gazette 4, 2004, S. 32-35.
- http://www.gesamtmetall.de/gesamtmetall/meonline.nsf/id/PageGeschaeftsbericht-2013-2014_DE

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Wer trägt die INSM?](#), insm.de, abgerufen am 13.04.2017
2. ↑ [Alles über die INSM](#), insm.de, abgerufen am 13.04.2017

3. ↑ Siehe Bekanntmachung im Bundesanzeiger zum Geschäftsjahr 2015 der INSM und Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2015, www.bundesanzeiger.de, abgerufen am 18.04.2017
4. ↑ Rudolph Speth: [Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Hans Böckler Stiftung, 2004, S. 9, Website boeckler, abgerufen am 4.8.2011
5. ↑ [Commarco-Agentur löst Serviceplan bei INSM ab](#), horizon.net vom 01.10.2014, abgerufen am 03.02.2016
6. ↑ [\[1\]](#), commarco.com, abgerufen am 15.08.2019
7. ↑ Norbert Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Tübingen 1986, S.25
8. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26
9. ↑ Bunte, in Langen/Bunte, Kommentar zum deutschen und europäischen Kartellrecht, Bd. 1, 10. Aufl., Einführung Rdnr. 44
10. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26, Fußnote 58
11. ↑ Thomas Leif: [beraten & verkauft McKinsey & Co. - der große Bluff der Unternehmensberater](#), München 2006, S. 290
12. ↑ Speth: Strategien, S. 30
13. ↑ [Kuratoren und Botschafter](#), insm.de, abgerufen am 29.11.2020
14. ↑ Speth: Die politischen Strategien, S. 29
15. ↑ [Pressemitteilung vom 13.11.2003](#), presseportal.de, abgerufen am 21.12.2020
16. ↑ [Wahlkampfhilfe für FDP Lindners neuen Club](#), Bild online vom 25. Januar 2016, abgerufen am 06.04.2016
17. ↑ [Webseite INSM - Die Botschafter der INSM Stimmen der Sozialen Marktwirtschaft](#) abgerufen am 20.12.2020
18. ↑ [Stefan Bach: Kirchhof macht sich das Steuerrecht einfach](#), Website DIW, abgerufen am 18.7.2011
19. ↑ [Scheel verlässt Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Handelsblatt vom 1. Dezember 2004, Website HB, abgerufen am 22. Oktober 2012
20. ↑ [60 Jahre Soziale Marktwirtschaft Stimmen aus der Politik Christine Scheel 4. September 2009](#), Website der INSM, abgerufen am 22. Oktober 2012
21. ↑ [Econ Referenten Agentur Lothar Späth](#), Website econ-referenten, abgerufen am 2.8.2011
22. ↑ [Gesamtmetall Geschäftsbericht 2013/14](#), S. 51, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2010, dort heißt es: "Im Juli 2013 verabschiedete die INSM ihren langjährigen Kuratoriumsvorsitzenden, den ehemaligen Präsidenten der Bundesbank Prof. Dr. Hans Tietmeyer, mit einem Symposium „Soziale Marktwirtschaft für Europa“.
23. ↑ [Referenzen](#), ifd-allensbach.de, abgerufen am 13.04.2017
24. ↑ Vereinsregister des Amtsgerichts Köln, VR 14812, Abdruck vom 13.02.2017
25. ↑ [Reichensteuer ist verfassungsrechtlich hoch problematisch](#), Financial Times Deutschland vom 2. Mai 2006, Website der FTD, abgerufen am 13.8.2011
26. ↑ Universität Hamburg - Kandidat Dieter Lenzen, Der Spiegel vom 13. November 2011
27. ↑ [INSM-Förderverein, Teil 2](#), 02.06.2005, lobbycontrol.de, abgerufen am 13.02.2017
28. ↑ [\[Kampagnen\]](#), insm.de, abgerufen am 27.01.2019
29. ↑ [Wahlarena 2017](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
30. ↑ [Wie gerecht ist Deutschland?](#), 24.06.2013, insm.de, abgerufen am 17.04.2017
31. ↑ [Wahlarena 2017](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
32. ↑ [Christine Wicht und Carsten Lenz: PR-Agenturen unter dem Deckmantel „zivilgesellschaftlichem Engagements](#), NachDenkSeiten, 4. Januar 2006, Website nachdenkseiten, abgerufen am 5. 8.2011

33. ↑ [Lucca Möller/Reinhold Hedtke: Wem gehört die ökonomische Bildung? Notizen zur Verflechtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, Bielefeld 2011](#)
34. ↑ [Stellungnahme zum Gutachten Möller/Hedtke](#)
35. ↑ [Nachdenkseiten vom 22. Februar 2007, Website nachdenkseiten, abgerufen am 30.8.2011](#)
36. ↑ [Wie Wirtschaftslobbyisten die SPD-Steuerpläne verfälschen, 26.06.2017, spiegel.de, abgerufen am 28.06.2017](#)
37. ↑ [Gitti Müller, Kim Otto, Markus Schmidt: Die Macht über die Köpfe: Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Meinung macht, MONITOR Nr. 539 am 13. Oktober 2005, Website schmidts ideenschmiede, abgerufen am 05.09.2011](#)
38. ↑ [Christian Nuernbergk: Die Mutmacher. Eine explorative Studie über die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Zusammenfassung der im Frühjahr 2005 an der Universität Münster eingereichten Magisterarbeit, Website nuernbergk, abgerufen am 4.9.2011](#)
39. ↑ [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – Wie unabhängig sind Journalisten?, 2005-10-14 , zitiert nach Fulda Wiki, abgerufen am 3.9.2011, da der Bericht nicht mehr im Sende-Archiv verfügbar ist](#)
40. ↑ [epd: Arzneiersteller und Apotheker ließen in der ARD schleichwerben, abgerufen am 4. Mai 2010.](#)
41. ↑ [Lobbycontrol: INSM und Marienhof – Eine kritische Bewertung, abgerufen am 4. Mai 2010.](#)
42. ↑ [Lobbycontrol: INSM redet Schleichwerbung schön, abgerufen am 4. Mai 2010.](#)
43. ↑ [Die Medien einschüchtern, Freitag vom 11. Januar 2005, Website Freitag, zuletzt abgerufen am 15.12.2017](#)
44. ↑ [Kritiker unerwünscht, LobbyControl vom 13. April 2007, Website LobbyControl, abgerufen am 1.9.2011](#)
45. ↑ [Auch INSM korrigiert Falschinformationen über TTIP foodwatch am 13.03.2015, abgerufen am 13.04.2015](#)
46. ↑ [12 Fakten zur Klimapolitik INSM am 27.06.2019, abgerufen am 15.08.2019](#)
47. ↑ [Faktencheck der "12 Fakten zum Klimaschutz" der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft INSM Volker Quaschnig am 17.07.2019, abgerufen am 15.08.2019](#)
48. ↑ [Die Energiewende braucht Soziale Marktwirtschaft. Ein Wettbewerbsmodell für Erneuerbare Energien INSM am 09.09.2012, abgerufen am 15.08.2019](#)
49. ↑ [Bülow, Marco: Wir Abnicker, Berlin 2010, S. 182 f.](#)

Joachim Starbatty

Joachim Starbatty (*9. Mai 1940 in Düsseldorf), emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre mit wirtschaftsliberalen Vorstellungen sowie Kritiker von Euro und EU. Starbatty ist Europaabgeordneter der [Alternative für Deutschland](#) (AfD) und war jahrelang Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#). Er klagte vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Einführung des Euro, gegen den Lissabon-Vertrag, gegen den ESM-Vertrag und die Staatsanleihekäufe der Europäischen Zentralbank. 2015 trat er aus der AfD aus und wurde Mitglied der neu gegründeten Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA). Er ist Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#).

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	43
2 Politische Aktivitäten	43
3 Aktivitäten in wirtschaftsliberalen/marktradikalen Netzwerken	43

4 Wirken	44
4.1 Fallbeispiel	44
5 Zitate	44
6 Weiterführende Informationen	44
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	44
8 Einzelnachweise	44

Karriere

- 1991 - 11/2014 Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
- 1983-2006 Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Uni Tübingen
- 1976 Professor für Wirtschaftspolitik an der Uni Bochum
- 1975 Habilitation
- 1969-1972 Wissenschaftlicher Referent bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für internationale Wirtschafts- und europäische Währungspolitik
- 1967 Promotion bei [Alfred Müller-Armack](#)
- Studium der Volkswirtschaftslehre und Politische Wissenschaften an den Universitäten Freiburg und Köln

Quelle: ^[1]

Politische Aktivitäten

- seit 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments für die [Alternative für Deutschland \(AfD\)](#), Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (AFET) des EU-Parlaments
- 2013 - 2015 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der [Alternative für Deutschland \(AfD\)](#)
- 1994 Kandidatur bei der Europawahl 1994 für den Bund Freier Bürger
- 1970 - 1972 Wissenschaftlicher Referent bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Quelle: ^[2]

Aktivitäten in wirtschaftsliberalen/marktradikalen Netzwerken

- [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), Mitglied des Kuratoriums
- [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), 1991 - 11/2014 Vorsitzender des Vorstands
- [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
- [Open Europe Berlin](#), Mitglied des Kuratoriums
- [Mont Pelerin Society](#), Mitglied
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- [Alternative für Deutschland \(AfD\)](#), Europaabgeordneter (2015: Austritt aus der AfD und Eintritt in die neue gegründete Partei ALFA)
- [Rationalisierungs- und Innovationszentrums der Deutschen Wirtschaft e.V. \(RKW\)](#), Mitglied des Kuratoriums
- [Jenaer Allianz](#), Mitautor des am 20. Juni 2008 präsentierten Jenaer Aufruf zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft vom 25. Oktober 2012

Quellen: ^[3]^[4]^[5] ^[6]

Wirken

*In den 1990er Jahren war Starbatty Mitglied und Listenkandidat zur Europawahl der rechtspopulistischen Partei "Bund freier Bürger - Offensive für Deutschland", die von dem Euro-Gegner und Milliardär **Baron August von Finck** finanziert wurde. ^[7] ^[8]

Fallbeispiel

Zitate

Weiterführende Informationen

- ...

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ Kuratorium Open Europe Berlin, Website openeuropeberlin, abgerufen am 26. März 2013
2. ↑ Angaben Kandidatur für das Europaparlament, Webseite AfD, abgerufen am 5. 9. 2014
3. ↑ Profil Europabüro der Alternative für Deutschland, abgerufen am 5. 9. 2014
4. ↑ Erklärung der finanziellen Interessen, Profil auf der Webseite des Europäischen Parlaments, abgerufen am 5. 9. 2014
5. ↑ Angaben Kandidatur für das Europaparlament, Webseite AfD, abgerufen am 5. 9. 2014
6. ↑ Webseiten der genannten Organisationen
7. ↑ Jens Berger: Können Marktradikale und Nationalchauvinisten eine "Alternative für Deutschland sein? Nachdenkseiten 15. März 2013
8. ↑ Biografie August von Finck Who´s Who, Website whoswho, abgerufen am 26. März 2013

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

**Aktionsgemeinschaft Soziale
Marktwirtschaft**

Rechtsform eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich Verbreitung neoliberaler

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft	
h	Ideen
Gründungsdatum	23. Januar 1953
m	
Hauptsitz	Tübingen
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.asm-ev.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	45
2 Alexander Rüstow	45
3 Organisationsstruktur und Personal	46
3.1 Vorstand	46
3.2 Beirat	47
4 Kooperationen	47
5 Förderer	48
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	48
7 Einzelnachweise	48

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V. (ASM), ein eingetragener Verein mit Sitz in Tübingen, wurde 1953 als eine Vereinigung von Wissenschaftlern, Unternehmern, Verbänden und Privatpersonen gegründet.^[1] Nach eigenen Angaben setzt sich die ASM für den Schutz und die Förderung des Privateigentums, die Entscheidungsfreiheit des Unternehmers und den Leistungswettbewerb als Grundlage einer gerechten Gesellschaft ein. Die Soziale Marktwirtschaft wolle die Freiheit auf dem Markt mit dem sozialen Ausgleich verbinden. Doch erst die marktwirtschaftliche Leistung mache sozialen Fortschritt möglich. Der einzelne Mensch werde nicht allein gelassen, doch dürfe ihm die individuelle Verantwortung nicht abgenommen werden. Die ASM organisiert Veranstaltungen, erstellt Publikationen (Schriftenreihe „Marktwirtschaftliche Reformpolitik“) und verleiht die „Alexander Rüstow-Plakette“.

Im Rahmen der wirtschaftlichen Ausbildung der jungen Generation verfolgt die ASM das Projekt "Soziale Marktwirtschaft im Unterricht". Dabei sollen auch der Gedanke einer Weiterentwicklung von Regeln im Sinne des neoliberalen Vordenkers [Friedrich August von Hayek](#) didaktisiert werden.^[2]

Alexander Rüstow

Alexander Rüstow (geboren 1885 in Wiesbaden, gestorben 1963 in Heidelberg) war bis 1962 Vorsitzender und danach Ehrenvorsitzender der ASM. Er war ein aufgeklärter und differenziert denkender Wirtschaftsliberaler, der den Markt zwar als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung, nicht jedoch als Allheilmittel betrachtete:

„Der schwerste Fehler des Liberalismus liegt in seinem Pseudouniversalismus, seiner Blindheit für die Rahmenbedingungen und gesellschaftlichen Voraussetzungen, die seine Geltung begrenzen“.^[3]

Aus der Erkenntnis heraus, dass die Wohltaten des Marktes nur bei funktionierendem Wettbewerb entstehen können, forderte Rüstow eine konsequente Wettbewerbspolitik mit striktem Kartellverbot, Fusionskontrolle und Entflechtungsmöglichkeiten. Er ging sogar so weit, die Sozialisierung von Unternehmen zu empfehlen, deren Monopolstellung unvermeidlich ist: „Sozialisierung aller Wirtschaftszweige, die wie insbesondere der Schienenverkehr und die public utilities, aus natürlichen, technischen oder sonstigen Gründen eine unvermeidliche Monopolstellung haben (Sozialisierung der Rüstungsindustrie dürfte sich auch noch aus anderen als wirtschaftlichen Gründen empfehlen). Solange doch noch ausnahmsweise private Monopole, insbesondere Trusts, bestehen: scharfe Staatsaufsicht mit Preisgenehmigung und Lieferzwang“.^[4]

Solche Positionen werden von den heutigen Repräsentanten der ASM nicht mehr vertreten. Diese unterscheiden sich in ihrer Marktgläubigkeit und dem Motto „mehr Markt – weniger Staat“ nicht von den anderen neoliberalen Netzwerken, mit denen sich die ASM auch personell überschneidet.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

(Stand: August 2019)

- [Nils Goldschmidt](#) (Vorsitzender), Professor für Kontextuale Ökonomik und ökonomische Bildung an der Universität Siegen mit Verbindungen zu den folgenden Organisationen:
 - [Wilhelm-Röpke-Institut](#): Vorstandsmitglied
 - [Walter Eucken Institut](#): Affiliated Fellow
 - [NOUS](#): Mitglied
 - [Roman Herzog Institut](#): Experte
 - [Jenaer Allianz](#): Gründungsmitglied
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#): ehem. Mitglied
- [Rolf Hasse](#) (Stellv. Vorsitzender), Vorsitzender der [Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft](#), Sprecher des Promotionskolleg Soziale Marktwirtschaft der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#) (KAS)
- [Karen Horn](#) (Stellv. Vorsitzende), Publizistin, ehemalige Leiterin des Berliner Büros des arbeitgebernahen [Institut der deutschen Wirtschaft](#), ist u. a. Mitglied/Funktionsträger der folgenden Organisationen:
 - [Mont Pelerin Society](#): Mitglied
 - [Walter Eucken Institut](#): Stellv. Vorsitzende des Kuratoriums
 - [Open Europe Berlin](#): Mitglied des Kuratoriums
 - [Herbert Giersch Stiftung](#): Mitglied des Vorstands
 - [Institut der deutschen Wirtschaft](#): Fellow
 - [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA): Gründungsmitglied der Policy Fellows
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#): bis 7/2015 Vorsitzende des Vorstands
- [Taiga Brahm](#), Professur für Ökonomische Bildung und Wirtschaftsdidaktik an der Eberhard Karls Universität Tübingen
- [Claus Dierksmeier](#), Professur für Globalisierungs- und Wirtschaftsethik an der Eberhard Karls Universität Tübingen, Direktor des Weltethos-Institut, Tübingen

Beirat

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören u.a. (Stand: Januar 2018):

- [Lars P. Feld](#)
 - [Walter Eucken Institut](#), Leiter
 - [Stiftung Marktwirtschaft](#), Sprecher "Kronberger Kreis"
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [NOUS](#), Mitglied
 - [Mont Pelerin Society](#), Mitglied
- [Otmar Issing](#)
 - [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#), Botschafter
 - [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums
 - [Walter Eucken Institut](#), Mitglied
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
 - [NOUS](#), Mitglied
 - [Goldman Sachs](#), Berater
- [Joachim Starbatty](#), emeritierter Professor, Europaabgeordneter der [Alternative für Deutschland \(AfD\)](#), aus der er inzwischen ausgetreten ist
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#): Mitglied
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#): Mitglied
 - [Open Europe Berlin](#): Mitglied des Kuratoriums
 - [Mont Pelerin Society](#): Mitglied
- [Gerhard Wegner](#)
 - [Wilhelm-Röpke-Institut](#), Vorsitzender des Vorstands
 - [Walter Eucken Institut](#), Mitglied
 - [NOUS](#), Mitglied
 - [Konrad-Adenauer-Stiftung](#), Kollegprofessor des Promotionskollegs "Soziale Marktwirtschaft"
- [Michael Wohlgemuth](#)
 - [Open Europe Berlin](#), Direktor
 - [Walter Eucken Institut](#), Affiliated Fellow
 - [NOUS](#), Mitglied
- [Joachim Zweynert](#), Professor Internationale Politische Ökonomie an der Universität Witten/Herdecke
 - [Wilhelm-Röpke-Institut](#), Mitglied
 - [NOUS](#), Mitglied

Kooperationen

Die ASM kooperiert mit den folgenden Organisationen:

- [Hanns Martin Schleyer-Stiftung](#)
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- [NOUS](#)
- Promotionskolleg "Soziale Marktwirtschaft" der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)
- [Walter Eucken Institut](#)
- [Weltethos-Institut](#)

- [Wilhelm-Röpke-Institut](#)
- [Zentrum für ökonomische Bildung \(ZÖBiS\)](#)

Förderer

Die ASM wird von der Heinz Nixdorf Stiftung gefördert.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Twitter](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

[Newsletter](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [ASM/Aufgabe](#), Website ASM, abgerufen am 29.9.2011
2. ↑ [Soziale Marktwirtschaft im Unterricht](#), [Webseite ASM](#), abgerufen am 20.08.2019
3. ↑ Alexander Rüstow: Die Defizite des Liberalismus, in: Alexander Rüstow: Die Religion der Marktwirtschaft, Walter Eucken Archiv Reihe Zweite Aufklärung, Bd. 4, 3. Aufl., Berlin 2009, S. 40
4. ↑ Rüstow: Der dritte Weg, in: Religion der Marktwirtschaft, S. 55

Ludwig-Erhard-Stiftung

Die **Ludwig-Erhard-Stiftung** wurde 1967 durch den früheren Bundeskanzler **Ludwig Erhard** gegründet. Nach eigenen Angaben hat sie die Aufgabe, freiheitliche Grundsätze in Politik und Wirtschaft zu fördern und die Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard zu stärken. Sie ist personell mit wirtschaftsnahen Netzwerken und Denkfabriken verbunden, mit denen sie auch gemeinsame Veranstaltungen organisiert. Hierzu gehört der [Wirtschaftsrat der CDU](#), dessen Präsidiumsmitglied Roland Koch Vorstandsvorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung ist.

Ludwig-Erhard-Stiftung

Rechtsform	e.V.
Tätigkeitsbereich	Verbreitung marktliberaler Ideen
Gründungsdatum	1967
Hauptsitz	Bonn
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.ludwig-erhard-stiftung.de

Inhaltsverzeichnis

1 Fallstudien und Kritik	49
1.1 Streit um den Vorsitzenden Roland Tichy	49
1.2 "Türöffner" für Google zu Regulierungsinstanzen	49
2 Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht der Stiftung	49
3 Organisationsstruktur und Personal	50
3.1 Vorstand und Geschäftsführung	50
3.2 Mitglieder	51

4 Jenaer Allianz (zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft)	51
5 Weitere Kooperationen	51
6 Zitate von Müller-Armack	52
7 Kurzdarstellung und Geschichte	52
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	52
9 Einzelnachweise	52

Fallstudien und Kritik

Streit um den Vorsitzenden Roland Tichy

Laut „Handelsblatt“ hat es der frühere CDU-Politiker [Friedrich Merz](#) 2018 abgelehnt, den von der Stiftung vergebenen Ludwig-Erhard-Preis anzunehmen, weil er nicht mit dem Stiftungsvorsitzenden [Roland Tichy](#) auf einer Bühne auftreten wollte.^{[1][2]} Vier Mitglieder der Jury seien ausgetreten und hätten Tichy aufgefordert, die Arbeit in der Stiftung besser von seiner publizistischen Tätigkeit zu trennen. Tichy betreibt den Blog „Tichy’s Einblick“, der von Kritikern als rechtspopulistisch bezeichnet wird.

"Türöffner" für [Google](#) zu Regulierungsinstanzen

Am 10. September 2015 veranstaltete die Ludwig-Erhard-Stiftung ein Roundtable-Dinner mit [Google](#)-Chefökonom Hal Varian zum Thema "Digitale Märkte und Wettbewerb am Beispiel von Google".^[3] Von Google nahmen die folgenden weiteren Vertreter - zum Großteil Lobbyisten - teil: Ralf Brenner (Communications and Public Affairs Manager), Arnd Haller (Director, Leiter der Rechtsabteilung, NACE), Julia Holtz (Director, Competition), Sonia Khan (Public Policy & Government Relations, Google Deutschland), Lutz Mache (Public Policy and Government Relations Analyst) und Kay Oberbeck (Head of Communications & Public Affairs D/A/CH). Zu den weiteren Teilnehmern gehörten u. a. hochrangige Vertreter der folgenden Regierungsinstitutionen, die für die Regulierung der digitalen Märkte in Deutschland zuständig sind: [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#), [Bundesnetzagentur](#), [Bundeskartellamt](#) und [Nationaler Normenkontrollrat](#). Weiterhin anwesend war Friedrich Thelen, Inhaber des Politikberatungsunternehmens [Thelen Consult](#), das laut seiner Webseite Unternehmen auf dem politischen Parkett vertritt und ihnen auf höchster Ebene Gehör verschafft, wenn auf der unteren Ebene die Bürokratie versagt. Thelen war wie der Stiftungsvorsitzende [Roland Tichy](#) jahrelang bei der "Wirtschaftswoche" tätig und ist Autor von [Tichys Einblick](#).

Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht der Stiftung

Ludwig Erhard (geboren 1897 in Fürth, gestorben 1977 in Bonn) gilt als Begründer der Sozialen Marktwirtschaft und des Mottos „Wohlstand für alle“. Am 20. September 1949 wurde Erhard als Wirtschaftsminister im ersten Bundeskabinett unter Bundeskanzler Adenauer vereidigt. Am 16. Oktober 1963 wurde er zum Bundeskanzler gewählt; am 1. Dezember 1966 trat Erhard von diesem Amt zurück.

Der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft ist nicht eindeutig. Zum Teil wird unter ihr die von Erhard und seinem Staatssekretär Müller-Armack entwickelte wirtschaftspolitische Konzeption verstanden, nach der der Markt zwar im Prinzip als optimales Steuerungsinstrument wirkt, sozial unbefriedigende Marktergebnisse jedoch vom Staat korrigiert werden sollten. Andere verstehen unter Sozialer Marktwirtschaft die sich aus

dieser Konzeption im Wege von politischen Kompromissen herausgebildete Realität des Sozialstaats mit wirtschaftlicher Globalsteuerung, einem System der sozialen Sicherung und einer breiten Streuung des Eigentums. In dem auf der Website der Stiftung veröffentlichten „Lebenslauf Ludwig Erhard“ ^[4] wird auf Erhards Überzeugung hingewiesen, dass marktwirtschaftliche Politik jederzeit sorgfältig auf die jeweiligen sozialen Verhältnisse abgestimmt sein müsse. Marktwirtschaft fördere die Effizienz der Wirtschaft. Die Politik der Sozialen Marktwirtschaft habe dafür zu sorgen, dass sich zugleich mit der Herstellung und Vervollkommnung der marktwirtschaftlichen Ordnung auch die Lage der Bevölkerung verbessere und sich „Wohlstand für alle“ ausbreite. Heute plädierten Wissenschaftler für eine prinzipielle marktwirtschaftliche Politik ohne soziale Rücksichtnahmen. Politiker, die solchen Empfehlungen folgten, spürten jedoch schnell die Grenzen der Belastungsfähigkeit der Bevölkerung.

In den Stellungnahmen der Stiftung finden sich keine Aufforderungen zu sozialer Rücksichtnahme oder gar zu staatlichen sozialen Korrekturen. Vielmehr wird im Einklang mit vielen anderen neoliberalen Denkfabriken und Netzwerken der Markt als Allheilmittel propagiert, den es gilt, mit Privatisierungen und Deregulierungen möglichst weitgehend durchzusetzen. Hans D. Barbier, der langjährige Vorsitzende des Vorstands der Stiftung, hat diesen Gedanken im Hinblick auf die Sozialpolitik wie folgt formuliert: „Die Erfolgsformel einer auch das Soziale bedienenden Wirtschaftspolitik heißt Marktwirtschaft“ ^[5]

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand und Geschäftsführung

Vorsitzender des Vorstands:

Roland Koch, Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#), arbeitet als Anwalt in seiner eigenen Kanzlei in Frankfurt am Main. Er sitzt in einer Vielzahl von Aufsichts-, Verwaltungs- und Beiräten großer Unternehmen. U.a. ist er Aufsichtsratsvorsitzender der UBS Europe SE. Koch war hessischer Ministerpräsident und Vorstandsvorsitzender der Bilfinger SE.

Stellvertretende Vorsitzende:

- **Ulrich Blum**, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, trat 2011 als langjähriger Präsident des [Institut für Wirtschaftsforschung Halle \(IWH\)](#) nach Vorwürfen über unzureichende wissenschaftliche Leistung zurück. ^[6] Blum ist ein ehemaliger Unterstützer der [Alternative für Deutschland](#) ^[7]
- Godelieve Quisthoudt-Rowohl ([CDU](#)) war bis 2019 Abgeordnete des Europäischen Parlaments
- Sarna Röser, Zementrohr- und Betonwerke Karl Röser & Sohn GmbH, Bundesvorsitzende des Wirtschaftsverbands DIE JUNGEN UNTERNEHMER und Mitglied mehrerer Leitungsgremien des Verbands [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- Joachim Seeler, Hamburger [SPD](#), Unternehmer und Manager, Partner und geschäftsführender Gesellschafter der Investmentfirma HSP Hamburg Invest
- Linda Teuteberg, Mitglied des Deutschen Bundestags ([FDP](#)), ehem. Generalsekretärin der FDP
- Nicolas Heinen (Schatzmeister), Executive Vice President Group Strategy im Vorstandsstab der Deutschen Börse AG in Frankfurt

Geschäftsführer: Lars Vogel (Stand: Dezember 2020) Quelle: ^[8]

Mitglieder

Die [hier](#) abrufbaren Mitglieder sind zu einem großen Teil Unternehmer/Manager, aktuelle und ehemalige Vertreter von Wirtschaftsverbänden, dem Wirtschaftsflügel der CDU und der FDP nahestehende Personen sowie marktliberale Professoren und Journalisten.

Prominente Mitglieder sind:

- [Jens Spahn](#) CDU-Politiker, Bundesminister für Gesundheit
- [Friedrich Merz](#), CDU-Politiker, Vizepräsident des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Carsten Linnemann, CDU-Politiker, Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU/CSU
- [Lars P. Feld](#), Vorsitzender des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Michael Hüther](#), Direktor des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Stellv. Vorsitzender des Industriebeirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Frank Schäffler](#), FDP-Politiker, Gründer von [Prometheus](#)
- Jens Weidmann, Präsident [Deutsche Bundesbank](#)
- Andreas Mundt (FDP), Präsident des Bundeskartellamts

(Stand: Dezember 2020)

Jenaer Allianz (zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft)

Die Ludwig-Erhard-Stiftung gehört der 2008 gegründeten [Jenaer Allianz](#) an, einem Kooperationsnetzwerk von Organisationen, Institutionen und Personen, die sich der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft nach neoliberalen Vorstellungen verpflichtet fühlen. Weitere Mitglieder der Jenaer Allianz sind: [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), [Bund Katholischer Unternehmer e.V.](#), [Die Familienunternehmer - ASU](#), [Institut für Wirtschaftspolitik](#), [Konrad-Adenauer-Stiftung](#), [Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft](#), [Walter Eucken Institut](#), [Wilhelm-Röpke-Institut](#). Zu den Initiatoren der Jenaer Allianz zählt auch das [Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut](#), dessen Präsident, [Thomas Straubhaar](#), die Gründung des [Wilhelm-Röpke-Institut](#) im Jahr 2007 initiiert hat.^[9]

Weitere Kooperationen

Die Stiftung kooperierte mit

- der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), der [Stiftung Marktwirtschaft](#) und der [Deutsche Stiftung Eigentum](#) bei einer Konferenz zum Thema "Bargeld ist geprägte Freiheit"^[10]
- dem [Wirtschaftsrat der CDU](#) beim "Europa-Forum"^[11]
- beim FORUM FREIHEIT 2019 u.a. mit den folgenden Organisationen: [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), [Freier Verband Deutscher Zahnärzte](#), [Forum Freie Gesellschaft](#) und [Institut für Unternehmerische Freiheit \(IUF\)](#).^[12] Referent war u.a. der Klimaleugner Michael Limburg, Vizepräsident des [Europäisches Institut für Klima und Energie \(EIKE\)](#) sowie Mitglied der [Alternative für Deutschland \(AfD\)](#) und der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)

Zitate von Müller-Armack

Müller-Armack hat als Staatssekretär von Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft konzipiert. Die folgenden Zitate stammen aus seinem Werk „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“^[13]

Zu **Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit:**

"Es war ein folgenschwerer Fehler des wirtschaftlichen Liberalismus, die marktwirtschaftliche Verteilung schon schlechthin als sozial und politisch befriedigend anzusehen und damit die Frage der zweckmäßigen technischen Austauschform mit der Frage des sozial und staatlich Erwünschten zu verquicken"

Zu **Mindestlöhnen:**

"Es ist marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch, als sogenannte Ordnungstaxe eine staatliche Mindesthöhe zu normieren, die sich im wesentlichen in der Höhe des Gleichgewichtslohns hält, um willkürliche Einzellohnsenkungen zu vermeiden"

Kurzdarstellung und Geschichte

Mit Publikationen, Vorträgen und Symposien soll in der Öffentlichkeit Verständnis für die Soziale Marktwirtschaft geweckt werden. Die Stiftung gibt die Vierteljahresschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“, das Jugendmagazin „Im Klartext“ sowie Schriftenreihen heraus und unterhält ein Dokumentationszentrum über **Ludwig Erhard**. Die Stiftung vergibt Preise für Wirtschaftspublizistik sowie für Verdienste um die Soziale Marktwirtschaft. Der Etat wird laut Vereinsatzung aus dem Stiftungsvermögen, durch freiwillige Beiträge und durch Spenden finanziert. Für den jährlich aufzustellenden Jahresabschluss und Geschäftsbericht besteht keine Publikationspflicht.

Die Stiftung steht der Arbeitgeber-Lobbyorganisation **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft** (INSM) nahe, mit der sie bei Veranstaltungen kooperiert.^[14] **Wolfgang Clement**, der damalige Vorsitzende des Kuratoriums der INSM wurde von der Stiftung 2014 mit dem "Ludwig-Erhard-Preis" für Wirtschaftspublizistik der Stiftung ausgezeichnet^[15]. Der langjährige Stiftungsvorsitzende, **Roland Tichy**, war bei Veranstaltungen der INSM als Moderator tätig.^[16] **Oswald Metzger**, ehemaliges Vorstandsmitglied der Stiftung, ist Botschafter der INSM. Weitere INSM-Botschafter sind die Stiftungs-Mitglieder **Randolf Rodenstock** und **Joachim Starbatty**.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Eklat in der Ludwig-Erhard-Stiftung - Friedrich Merz lehnt Preis ab](#), handelsblatt.com vom 16.07.2018, abgerufen am 16.07.2018
2. ↑ [Streit in Ludwig-Erhard-Stiftung](#), deutschlandfunk.de vom 16.07.2018, abgerufen am 16.07.2018
3. ↑ [Teilnehmerliste, Webseite Ludwig-erhard-Stiftung](#), abgerufen am 21. 12. 2015

4. ↑ abgerufen am 18. September 2011
5. ↑ Zitiert in der Laudatio von Hans Tietmeyer auf Hans D. Barbier als Preisträger 2001 der [Friedrich August von Hayek Stiftung](#), veröffentlicht auf der Website der [Hayek-Stiftung](#)
6. ↑ [Wirtschaftsforschung IWH-Chef Ulrich Blum tritt zurück](#), FAZ vom 7. September 2011, Website FAZ, abgerufen am 18.9.2011
7. ↑ [Personal der AfD in Thüringen](#), taz.de vom 07.05.2013, abgerufen am 13.12.2020
8. ↑ [Der Vorstand](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 14.12.2020
9. ↑ [Über uns Geschichte des hwwwi](#), Website HWWI, abgerufen am 1. 10. 2011
10. ↑ [Bargeld ist geprägte Freiheit](#), Kooperationsveranstaltung vom 21.09.2016, stiftung-marktwirtschaft.de, abgerufen am 30.09.2016
11. ↑ [https://www.ludwig-erhard.de/termine/list/?tribe_paged=1&tribe_event_display=past Europa-Forum], ludwig-erhard.de, abgerufen am 15.01.2018
12. ↑ [FORUM FREIHEIT 2019](#), hayek.de, abgerufen am 08.10.2019
13. ↑ Zitiert nach: [Thomas Strobl: Soziale Marktwirtschaft Ökonomie als Instrument, nicht als Selbstzweck](#), FAZ 11. April 2009, Website FAZ, abgerufen am 19.9.2011
14. ↑ [Reform der Erbschaftssteuer](#), 24. September 2015, [Webseite der Stiftung](#), abgerufen am 17.10.2015
15. ↑ [Ludwig-Erhard-Preis](#), Pressemeldung der INSM vom 16. 10. 2014, [Webseite INSM](#), abgerufen am 16.10.2015
16. ↑ [Marktwirtschaftlicher Dialog der INSM](#), 12.02.2014, [Webseite flickr](#), abgerufen am 17. 10. 2015

Europäischer Verband Öffentlicher Banken

Weiterleitung nach:

- [European Association of Public Banks](#)

Bund Katholischer Unternehmer

Bund Katholischer Unternehmer

[[Bild:<date>|center]]

Rechtsform eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich Interessenvertretung katholischer Unternehmer
Gründungsdatum 1949
Hauptsitz Georgenstr. 18, 50676 Köln
Lobbybüro
Lobbybüro <text>
EU
Webadresse www.bku.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte 54

2 Organisationsstruktur und Personal	54
3 Verbindungen	55
4 Finanzen	55
5 Lobbystrategien und Einfluss	55
6 Fallstudien und Kritik	55
7 Weiterführende Informationen	55
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	56
9 Einzelnachweise	56

Kurzdarstellung und Geschichte

Der 1949 gegründete Bund Katholischer Unternehmer (BKU) ist ein Zusammenschluss von katholischen Unternehmern und unternehmerisch Tätigen. Derzeit hat der BKU rund 1.300 Mitglieder.

Der BKU ist nach eigenen Angaben die katholische überparteiliche Plattform, um aus unternehmerischer Sicht Gesellschaft, Politik und Kirche zu gestalten. Seine Reformvorschläge führt er gezielt an die relevanten Entscheidungsträger und Institutionen heran und führt in diesem Zusammenhang direkte Gespräche mit Politikern, Medien und allen gesellschaftlichen Gruppen. Im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz vertritt der BKU innerhalb der Kirche und der Katholischen Sozialverbände die Stimme der Unternehmer.

Die inhaltliche Arbeit findet in den folgenden Arbeitskreisen statt: Soziale Ordnung, Unternehmerische Entwicklungszusammenarbeit, Bildung, Zukunft der Arbeit, Nachhaltigkeit und Christliche Spiritualität.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

- [Marie-Luise Dött](#) (Vorsitzende)
 - umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzende der Arbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages
 - Mitglied und Beiratsvorsitzende der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), die Wirtschaftsverbände, Unternehmen und einzelne Personen mit Abgeordneten (insbesondere Mitglieder von Bundestagsausschüssen) und Vertretern der Bundesregierung (insbesondere Parlamentarische Staatssekretäre) zusammenbringt und damit die informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung ermöglicht. Zu den Mitgliedern der Gesellschaft gehören u.a.: [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#), [Deutsches Atomforum](#), [RWE](#), [Vattenfall](#) und [EnBW](#).
 - Mitglied des Fördervereins und ehemalige Botschafterin der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#)
- Gerhard Lux, Geschäftsführer der Unternehmensberatung Lux Personal und Kommunikation mit Sitz in München
- Burkhard Leffers, ehemals Regionalvorstand der Commerzbank in Frankfurt
 - Partner des Institut für Wirtschaftsberatung Karl A. Niggemann & Partner GmbH & Co.
 - Geschäftsführer der SFM Structured Finance Management (Deutschland) GmbH (dieses ist Partner von [True Sale International](#))
- Georg Freiherr von Boeselager (Schatzmeister), persönlich haftender Gesellschafter der Privatbankiers Merck Finck & Co.

Mitglieder

- [Dieter Althaus](#), CDU, seit Februar 2010 tätig für den Automobilzulieferer [Magna International](#), bis Oktober 2009 Ministerpräsident von Thüringen.^[1]
- [Franz Schoser](#), kooptiertes Mitglied und Kuratoriumsvorsitzender der BKU-nahen AFOS-Stiftung
 - Schatzmeister der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)
 - Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
 - Vorsitzender des Fördervereins des [Institut für Wirtschaftspolitik](#)
- Uwe Schrader, Gründer des [Forum Grüne Vernunft](#)

Verbindungen

[Jenaer Allianz](#)

Am 19. und 20. Juni 2008 veranstalteten neoliberale Netzwerke und Denkfabriken das Symposium "60 Jahre Soziale Marktwirtschaft in Deutschland" an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena, bei dem die [Jenaer Allianz](#) präsentiert wurde. Autoren des "Jenaer Aufrufs" sind: Michael Borchard (Hauptabteilungsleiter Politik und Beratung der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)), Uwe Cantner, Andreas Freytag und Rupert Windisch (Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Jena), Nils Goldschmidt und Michael Wohlgemuth ([Walter Eucken Institut](#)), Gerd Habermann ([Die Familienunternehmer - ASU](#)), Joachim Starbatty ([Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)), Martin Wilde (Bund Katholischer Unternehmer), Lars Vogel ([Ludwig-Erhard-Stiftung](#)) und Joachim Zweynert ([Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut/Wilhelm-Röpke-Institut](#)). Zu den Initiatoren gehören weiterhin: [Institut für Wirtschaftspolitik](#) und [Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft](#)

Finanzen

Finanzierung, Ressourcen, Geldgeber, Kunden

Lobbystrategien und Einfluss

Ziele, Interessen, Ausrichtung (national vs. europ/internat.), Politikfelder; erkennbare Konstanten, Einflusstategien; Abschätzung des Einflusses; Wichtigkeit des Akteurs

Fallstudien und Kritik

genauere Recherchen zu einzelnen Lobbyprojekten, Kampagnen

Weiterführende Informationen

- ...

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

- ↑ Private Webseite von D. Althaus abgerufen am 07.05.2013

Die Familienunternehmer - ASU

Die Familienunternehmer - ASU e.V. – ehemals „Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer“ (ASU) – bezeichnet sich als politische Interessenvertretung der deutschen Familienunternehmen.

Die Familienunternehmer - ASU

Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich Politische Interessenvertretung der deutschen Familienunternehmer

Gründungsdatum 1949

Hauptsitz Berlin, Charlottenstraße 24

Lobbybüro

o

Lobbybüro

o EU

Webadresse familienunternehmer.eu

sse

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	57
2 Fallbeispiele	57
2.1 Transparenzregister	57
2.2 Erbschaftssteuer	57
2.3 Vermögensteuer	58
3 Positionen	58
4 Organisationsstruktur und Personal	59
4.1 Geschäftsführung	59
4.2 Bundesvorstand	59
5 Strategischer Beirat	59
6 Kooperationen	60
6.1 Jenaer Allianz	60
6.2 European Family Businesses	60
6.3 Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen	60
7 Kurzdarstellung und Geschichte	60
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	60

Lobbystrategien und Einfluss

Fallbeispiele

Transparenzregister

Als Reaktion auf die Veröffentlichung der Panama-Papers ist 2017 ein Transparenzregister eingeführt worden, aus dem sich Angaben zu den wirtschaftlich Berechtigten von Unternehmen ersehen lassen.^[1] So wird nach Auffassung des Bundesfinanzministeriums die Transparenz erhöht und der Missbrauch von Gesellschaften und Trusts zu Zwecken der Geldwäsche, ihrer Vortaten wie Steuerbetrug und Terrorismusfinanzierung erschwert. Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung sollte sich nach dem Gesetzentwurf von Ende 2016 jeder informieren können, wem eine Firma gehört.^[2] Daraufhin hätten die Arbeitgeberverbände vorgetragen, der öffentliche Zugang sei unverhältnismäßig und trage nicht zur Geldwäschebekämpfung bei. Der Verband der Familienunternehmer sei noch weitergegangen: Nicht einmal Journalisten oder Nichtregierungsorganisationen sollten Zugang zu dem Register erhalten. Dabei seien es in der Vergangenheit vor allem deren Recherchen, die Korruptions- und Geldwäscheskandale aufdeckten. In einem an das Bundesfinanzministerium gerichteten Schreiben vom 3. Januar 2017 habe der Verband sogar behauptet, durch den öffentlichen Einblick steige die Gefahr für Leib und Leben von Familienunternehmern und ihren Angehörigen. Der Verband habe diese Behauptung allerdings nicht belegen können und eingeräumt, es handle sich vor allem um ein Gefühl seiner Mitglieder. Gleichwohl habe daraufhin eine Mitarbeiterin des damaligen Staatssekretärs Michael Meister (CDU) nach Rücksprache mit Minister Schäuble unter Bezugnahme auf die Argumente des Verbandes die Anweisung erteilt, „in der Kabinettsvorlage einen öffentlichen Zugang zum Transparenzregister nicht vorzusehen“.

Die letztlich beschlossene [gesetzliche Regelung](#) enthält laut Süddeutscher Zeitung eine Vielzahl von Einschränkungen: Nur Personen und Organisationen mit "berechtigtem Interesse" können Einblick erhalten. Aber nur in Registereinträge, für die sie ihr Interesse jeweils einzeln nachweisen müssen. Auch Journalisten müssten dem Bundesanzeiger - einem Privatunternehmen - erklären, warum sie wissen wollen, wer hinter einer Firma steckt. Nur wenn ein begründeter Verdacht auf Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung bestehe, bekomme man die Auskunft. Die EU habe inzwischen beschlossen, dass das Transparenzregister ab 2020 öffentlich zugänglich sein müsse.

Erbschaftssteuer

Der Verband, der sich gemeinsam mit der [Stiftung Familienunternehmen](#) regelmäßig gegen eine stärkere Besteuerung von Reichtum einsetzt, wertete die Reform der Erbschaftssteuer 2008 als großen Lobbyerfolg.^[3] Die Reform sah u.a. vor, betriebliches Erbe von der Erbschaftssteuer weitgehend auszunehmen. Das Bundesverfassungsgericht indes beurteilte die Bevorteilung der Familienunternehmen 2014 als teilweise grundgesetzwidrig.^[4] Bis zum 30. Juni 2016 hätte die Regierung eine neue Regelung vorlegen müssen. Gegen die geplanten minimalen Korrekturen liefen die Die Familienunternehmer - ASU und die [Stiftung Familienunternehmen](#) Sturm, worauf Bundesfinanzminister Schäuble den Regierungsentwurf im September 2015 wieder entschärfte.^[5] Die endgültige Neuregelung ist erst am 9. November 2016 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden und gilt rückwirkend ab dem 1. Juli 2016.

Vermögensteuer

Gegen die von den „Grünen“ im Bundestagswahlkampf 2013 erhobene Forderung nach Einführung einer Vermögensteuer organisierte der Hauptgeschäftsführer Albrecht von der Hagen eine Kampagne, deren Adressaten nicht nur alle Direktkandidaten in den Wahlkreisen waren, sondern auch sämtliche Sportvereine und Kulturinstitutionen wie Theater oder Musikschulen.^[6] Letzteren wurde als Konsequenz der Vermögensteuer eine mangelnde Spendenfähigkeit vorgegaukelt, was von der Hagen im Interview mit dem manager magazin wie folgt umschreibt: „Wir haben Ihnen erklärt, was es für sie bedeutet, wenn eine Vermögensteuer den Familienunternehmen die Substanz raubt und dann nichts mehr für Spenden bleibt. Das hat gezündet“.

Positionen

Die Familienunternehmer fordern u. a., den Solidaritätszuschlag zu senken^[7], den Mindestlohn abzuschaffen, keine Vermögenssteuer einzuführen, die Erbschaftssteuer niedrig zu lassen und Werkverträge nicht zu kontrollieren.^[8] Im Gegensatz zum [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) kritisierte der Verein die Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung, wollte Griechenland aus dem Euro haben und befürchtete immer höhere Finanzlasten für Deutschland.^{[9][10]}

Einige Repräsentanten des Vereins bezweifeln den menschengemachten Klimawandel oder stellen zumindest den Sinn der meisten Klimaschutzmaßnahmen in Frage. Ein ausgesprochener Klimaleugner ist der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler, der im Strategischen Beirat des Vereins sitzt. Die Thesen des Vizepräsidenten Konrad Adenauer, Kanzlerenkel und Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#), legen nach Auffassung des „Kölner Express“ den Verdacht nahe, dass er in die Kategorie „Klimaleugner“ fällt.^[11]

Der Verein hatte ursprünglich für die eurokritischen und neoliberalen Positionen der AfD großes Verständnis.^[12] Mitglieder und Repräsentanten der Familienunternehmer hatten sich bereits vor der Gründung der AfD mit Professoren getroffen, die die Gründung einer neuen Partei in Erwägung zogen. Zum Teil handelte es sich um vertrauliche Kontakte; zum Teil wurde über die gemeinsamen Diskussionen in der Internetzeitung [FreieWelt.net](#) berichtet, die die AfD publizistisch unterstützt.^[13] [Peer-Robin Paulus](#), Leiter der Abteilung Politik und Wirtschaft der Familienunternehmer, vertrat auf dem [Forum Freiheit](#) 2013 die Auffassung: "Wer eine gute CDU will, muss die AfD wählen".^[14] Zu seinem Bundeskongress am 8./9. Mai 2014 hat der Verein den AfD-Parteivorsitzenden Bernd Lucke eingeladen, um eine Stunde über den Euro und die Zukunft Europas zu referieren.^[15] Laut Hauptgeschäftsführer Albrecht von der Hagen möchte der Verband mit der Einladung zeigen, wie unzufrieden er mit der jetzigen Bundesregierung ist. Auch wenn die AfD mit populistischen Thesen gegen Zuwanderung und den freien Handel zu punkten versuche, schrecke dies die Familienunternehmer nicht, das Gespräch zu suchen.

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführung

Hauptgeschäftsführer	Albrecht von der Hagen
Stellv. Hauptgeschäftsführerin	Antje Geyer
Leiter Abteilung Politik und Wirtschaft	Peer-Robin Paulus

Bundesvorstand

(Auswahl)

- Reinhold von Eben-Worlée (Präsident), E.H. Worlée & Co. (GmbH & Co.) KG Udo J. Vetter (Vizepräsident), Vetter Pharma-Fertigung GmbH
- Caroline von Kretschmann (Vizepräsidentin), Der Europäische Hof Hotel Europa Heidelberg GmbH
- Karl Tack (Vizepräsident), Gebrüder Rhodius GmbH & Co. KG
- Udo J. Vetter (Vizepräsident), Vetter Pharma-Fertigung GmbH
- Doris Zur Mühlen (Vizepräsidentin), RST HANA GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Strategischer Beirat

(Auswahl)

Name	Verbindungen
Ulrike Ackermann	<ul style="list-style-type: none">• John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung der privaten SRH Hochschule Heidelberg, Leiterin• Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, Mitglied
Oswald Metzger	<ul style="list-style-type: none">• Tichy's Einblick, Mitarbeiter• Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied• Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Botschafter
Marie-Christine Ostermann	<ul style="list-style-type: none">• Rulko Großeinkauf GmbH & Co., Geschäftsführende Gesellschafterin• FDP, ehem. Landesschatzmeisterin NRW• Die Jungen Unternehmer - BJU, bis 2012 Bundesvorsitzende• Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft, Mitglied des Kuratoriums• Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, Mitglied• Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP)

Frank Schäffler

- Prometheus, Gründer
- Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
- Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, Mitglied

Sarna Röser

- Röser FAM GmbH & Co. KG, Mitglied der Geschäftsleitung
- Die Jungen Unternehmer - BJU, Bundesvorsitzende
- Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorstandsmitglied

(Stand: Dezember 2020) Quelle: ^[16]

- Ehemaliges Mitglied: [Michael Fuchs](#), Stellv. Vorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion

Kooperationen

Jenaer Allianz

Die Familienunternehmer - ASU ist einer der Initiatoren der neoliberalen [Jenaer Allianz](#) zur Erneuerung der Marktwirtschaft.

European Family Businesses

Die Familienunternehmer - ASU ist Mitglied von [European Family Businesses](#), der europäischen Dachorganisation der Familienunternehmen mit Sitz in Brüssel.

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Der Verein ist Mitglied/Förderer der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)

Kurzdarstellung und Geschichte

Die ASU wurde 1949 gegründet und im Mai 2007 in „Die Familienunternehmer – ASU“ umbenannt. Die Familienunternehmer stehen für Freiheit, Eigentum, Wettbewerb und Verantwortung. Der Politik und der Öffentlichkeit soll ein positives Unternehmerbild sowie die Maxime „Mehr Markt, weniger Staat“ vermittelt werden. Dem Verein gehören nach eigenen Angaben etwa 5000 Mitglieder an.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Bundesregierung stärkt den Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung](#), bundesfinanzministerium.de vom 22.02.2017, abgerufen am 07.02.2019

2. ↑ [Der Eigentümer bleibt geheim](#), sueddeutsche.de vom 05.02.2019, abgerufen am 07.02.2019
3. ↑ [Brun-Hagen Hennerkes-Über Familienunternehmen und Erbschaftssteuer](#) Der Spiegel abgerufen am 06.03.2015
4. ↑ [Verfassungsgericht kippt Erbschaftssteuer](#), Der Spiegel, abgerufen am 06.03.2015
5. ↑ [Christoph Butterwegge: Ein Lehrstück des Lobbyismus](#), taz online vom 24. September 2015, abgerufen am 25. 09. 2015
6. ↑ [Sonderheft Reichtum, Die Macht des Geldes](#), Managermagazin, Oktober 2019, S. 68 f., 73
7. ↑ [Pressestatement vom 1. November 2011: Familienunternehmer zur Soli-Debatte: Bundesratsmehrheit will Arbeitnehmer nicht entlasten](#)
8. ↑ [Positionen und Aktionen](#), [Webseite familienunternehmer](#), abgerufen am 11. 10. 205
9. ↑ [Marc Beise: Porzellan zerschlagen Der Euro treibt auch einen Keil zwischen die Familienunternehmen](#), Süddeutsche Zeitung vom 14./15. Juli 2012
10. ↑ [Nach Streit Familienunternehmer reichen BDI die Hand](#), Handelsblatt vom 13. Juli 2012, Website Handelsblatt, abgerufen am 14. Juli 2012
11. ↑ [Umstrittene Kolumne Express checkt Adenauers Klima-Thesen](#), espress.de vom 10.08.2019
12. ↑ [Andreas Kemper: Familienunternehmer versus BDI](#), Der Freitag online vom 20. März 2013 [Webseite Freitag](#), abgerufen am 11. 5. 2014
13. ↑ [Podiumsdiskussion der Zivilen Koalition: ESM - Vertrag - Der Weg in die Schuldenunion](#), FreieWelt.net vom 1. Januar 2013
14. ↑ [Christian Dorn: Forum Freiheit 2013: AfD oder FDP?](#), eigentümlich frei vom 19. September 2013, [Webseite](#) abgerufen am 11. 5. 2014
15. ↑ [Familienunternehmen geben der AfD eine Bühne](#), Stuttgarter Zeitung vom 8. Mai 2014, [Webseite Stuttgarter Zeitung](#), abgerufen am 11. 5. 2014
16. ↑ [Mitglieder Strategischer Beirat](#) [Webseite ASU](#), abgerufen am 16.12.2020

Institut für Wirtschaftspolitik

Das wirtschaftsnahe **Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln** (iwp) beschäftigt sich mit der Forschung und Politikberatung auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik. Träger des Instituts ist seit 2014 der Förderkreis des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität der Universität zu Köln e.V. (Förderkreis) ^[1] Vorstandsvorsitzender des Förderkreises ist [Franz Schoser](#), Schatzmeister der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#) und Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) sowie ehem. Hauptgeschäftsführer des [Deutscher Industrie- und Handelskammertag](#) (DIHK) und ehem. Vorstandsmitglied des [Bund Katholischer Unternehmer](#). Der Geschäftsführer [Steffen Roth](#) ist Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#). Das Institut gilt als eine Hochburg des Neoliberalismus im universitären Bereich.



Hauptsitz	Köln
Gründung	1950
Tätigkeitsbereich	Untersuchung und Kommentierung der Wirtschaftspolitik
Mitarbeiter	<text>
Etat	<text>
Webadresse	www.ipw.uni-koeln.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	62
--	----

2 Organisationsstruktur und Personal	62
2.1 Träger des Instituts	62
2.2 Institutsleitung	63
2.3 Mitherausgeber der „Zeitschrift für Wirtschaftspolitik“	63
2.4 Projektpartner	63
3 Kooperationen	64
3.1 Hayek-Gesellschaft	64
3.2 Otto Wolff-Institut	64
3.3 Jenaer Allianz	64
4 Neuausrichtung der Volkswirtschaftslehre an der Universität Köln	64
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	64
6 Einzelnachweise	65

Kurzdarstellung und Geschichte

Das Institut wurde 1950 von Müller-Armack und Franz Greiß gegründet.

Alfred Müller-Armack (1901 – 1978) hat als Staatssekretär von Ludwig Erhard die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft entwickelt, nach der der Markt zwar im Prinzip als optimales Steuerungsinstrument wirkt, sozial unbefriedigende Marktergebnisse jedoch vom Staat korrigiert werden sollten. Nach Müller-Armack war es ein folgenschwerer Fehler des wirtschaftlichen Liberalismus, die marktwirtschaftliche Verteilung schon schlechthin als sozial und politisch befriedigend anzusehen und damit die Frage der zweckmäßigen technischen Austauschform mit der Frage des sozial und staatlich Erwünschten zu verquicken.^[2] Damit hat er schon früh marktradikale Positionen kritisiert, die später auch von Direktoren des iwv vertreten wurden.

Franz Greiß (1905 – 1995), Unternehmer, war Präsident der Kölner Industrie- und Handelskammer (IHK), Mitbegründer des Arbeitgeberverbandes der Chemischen Industrie und der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA). Weiterhin gründete er 1949 den [Bund Katholischer Unternehmer](#) (BKU).

Das Institut versteht sich als Think Tank, angesiedelt im universitären Umfeld, mit dem Anspruch, den aktuellen Stand der Wissenschaft für die Erarbeitung praktischer Politikempfehlungen zu nutzen.^[3] Das Institut sieht es als wichtige Aufgabe an, an der Umsetzung wesentlicher Prinzipien der Marktwirtschaft zu arbeiten. Das Institut gibt die „Ordnungspolitischen Kommentare“, die „Zeitschrift für Wirtschaftspolitik“ und die „Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik“ heraus.

Organisationsstruktur und Personal

Träger des Instituts

Träger des Instituts ist seit 2014 der Förderkreis des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln e.V. (Förderkreis)

Vorstandsmitglieder des Förderkreises sind:

- Josef Meyer, Vizepräsident des Deutschen Verbands für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V., ehem. Vorstandssprecher der Deutschen Bau- und Grundstücks-AG^[4]

- Franz Schoser, Schatzmeister der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), ehem. Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handels(kammer)tages (DIHK) und ehem. Vorstandsmitglied des [Bund Katholischer Unternehmer](#)
- Rolf Wickenkamp, Gründer und CEO des Finanzdienstleisters Wickenkamp Consulting^[5]

Quelle: ^[6]

Institutsleitung

Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität zu Köln hat das Recht, eine/n oder mehrere Professor/in bzw. Professor/inn/en, in dessen/deren Aufgaben- gebiet die Aufgaben des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln liegen, als Direktor/in bzw. Direktor/inn/en des Instituts vorzuschlagen.(§ 15 Abs.5 der Satzung des Förderkreises) Die Bestellung des/der Di- rektor/s/in bzw. der Direktor/inn/en ist Aufgabe der Mitgliederversammlung.

Zur Institutsleitung gehören:

Direktor	Felix Höffler	<ul style="list-style-type: none">• Professor für Volkswirtschaftslehre an der Uni Köln• Energiewirtschaftliches Institut (EWI), Direktor
Geschäftsführer	Steffen Roth	<ul style="list-style-type: none">• Otto-Wolff-Institut, Geschäftsführer• Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, Mitglied
Stellv. Geschäftsführer	Oliver Arentz	

(Stand: November 2016) Quelle: ^[7]

Mitherausgeber der „Zeitschrift für Wirtschaftspolitik“

Die emeritierten Professoren [Juergen B. Donges](#) und Christian Watrin sind Mitherausgeber der Zeitschrift.

- [Juergen B. Donges](#), ehemaliger Direktor des Instituts, ist Mitglied des Beirats der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) und Mitglied des „Kronberger Kreises“ der [Stiftung Marktwirtschaft](#)
- **Christian Watrin**, ehemaliger Direktor des Instituts, war von 2000 bis 2002 Präsident der [Mont Pelerin Society](#), dem bedeutendsten neoliberalen Elitenetzwerk der Welt, und ist Stellv. Vorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) und Mitglied des Beirats der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)

Projektpartner

Zu den Projektpartnern gehören u.a.:

- [Bertelsmann Stiftung](#), [Bundesverband der Deutschen Industrie \(BDI\)](#), [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft \(vbw\)](#), [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), [Bundesministerium der Finanzen](#), [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#)

Kooperationen

Hayek-Gesellschaft

Die [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) verweist auf ihrer Website www.hayek.de, auf die „Ordnungspolitischen Kommentare“ des Instituts.

Otto Wolff-Institut

Das Institut, das sich auf die Entwicklung ordnungspolitischer Konzepte zur Stabilisierung marktwirtschaftlicher Systeme konzentriert, hat eine Kooperation mit dem Institut für Wirtschaftspolitik vereinbart. Direktor des Instituts ist [Achim Wambach](#) (ehem. Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik).

Jenaer Allianz

Das Institut für Wirtschaftspolitik ist Mitglied der [Jenaer Allianz](#), in der Lobbyorganisationen ([Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), [Die Familienunternehmer - ASU](#) und der [Bund Katholischer Unternehmer](#)) mit Stiftungen und neoliberalen Denkfabriken kooperieren.

Neuausrichtung der Volkswirtschaftslehre an der Universität Köln

2009 sind die Pläne der Fakultät, sechs vakante VWL-Lehrstühle zu einem Forschungsschwerpunkt für Makroökonomie aufzubauen, auf die massive Kritik von emeritierten Professoren und Förderern gestoßen. ^[8] Zu den Kritikern gehören vor allem die emeritierten Professoren Willgerodt und Watrin sowie der Geschäftsführer des Instituts für Wirtschaftspolitik, Roth, nach dessen Auffassung die Berufungen von Makroökonomien auf die wirtschaftspolitischen Lehrstühle einer kompletten inhaltlichen Umwidmung gleichkämen. Auch Donges teilt die Kritik. Dem Geschäftsführer des Instituts für Wirtschaftspolitik, Eekhoff, werden laut Handelsblatt Sympathien für die Kritiker nachgesagt. Außerhalb der Fakultät gehören zu den Kritikern [Franz Schoser](#) (Vorsitzende des Förderkreises), [Patrick Adenauer](#) (Präsident des Verbandes [Die Familienunternehmer - ASU](#)) und [Michael Hüther](#) ([Institut der deutschen Wirtschaft](#)). Einer der Befürworter, [Achim Wambach](#) (Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik), unterstützt die Reformen mit dem Argument, die Wissenschaft habe sich weiterentwickelt – es werde heute nicht mehr in Philosophien argumentiert, es gehe mehr um empirische Fragen. Der Kölner Professor [Ockenfels](#) argumentiert, es könne nicht sein, dass Leute, die mit Forschung schon lange nichts mehr zu tun hätten, der Fakultät sagen wollten, wer als Professor infrage komme und wer nicht. ^[9] [Wolfgang Lieb](#) kommentiert in den „NachDenkSeiten“, die Vertreter der ordoliberalen Schule, für die jeder Eingriff in den Markt als Eingriff in die Freiheit des Einzelnen gelte, erlebten angesichts der Katastrophe der deregulierten Finanzmärkte und der Wirtschaftskrise ihre größte Niederlage seit den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts. ^[10] Die sechs makroökonomisch orientierten Stellen sind inzwischen besetzt.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Satzung Präambel](#), ipw.uni-koeln.de, abgerufen am 01.12.2016
2. ↑ [Thomas Strobl: Soziale Marktwirtschaft Ökonomie als Instrument, nicht als Selbstzweck](#), FAZ vom 11. April 2009, Website FAZ, abgerufen am 7. 11. 2011
3. ↑ [Leitbild](#), iwp.uni-koeln.de, abgerufen am 06.06.2016
4. ↑ [Vizepräsidenten](#), deutscher-verband.org, abgerufen am 01.12.2016
5. ↑ [Dr. Rolf Wickenkamp](#), wickenkamp-consulting.com, abgerufen am 01.12.2016
6. ↑ [Vereinsregister des Amtsgerichts Köln - VR 5131](#), abgerufen am 01.12.2016
7. ↑ [Team - Aktuelle Mitarbeiter](#) Webseite iwp, abgerufen am 30.11.2016
8. ↑ [Olaf Storbeck: Der Kölner Emeriti-Aufstand](#), Handelsblatt vom 17. Februar 2009, Website Handelsblatt, abgerufen am 7. November 2011
9. ↑ [Olaf Storbeck: Ökonomenstreit: Kölner Volkswirte bleiben hart](#), Handelsblatt vom 7. Juli 2009, Website Handelsblatt, abgerufen am 7. November 2011
10. ↑ [NachDenkSeiten vom 28. April 2009](#), Website nachdenkseiten, abgerufen am 7. November 2011

Konrad-Adenauer-Stiftung

Die **Konrad-Adenauer-Stiftung** e.V. (KAS) ist die parteinahe Stiftung der [CDU](#).

Konrad-Adenauer-Stiftung



Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Thinktank der CDU
Gründungsdatum	
Hauptsitz	Sankt Augustin und Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.kas.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	66
2 Organisationsstruktur und Personal	66
2.1 Vorstand	67
2.2 Mitglieder	68
2.3 Kuratorium	68
2.4 Ordnungspolitischer Beirat	69
2.5 Promotionskolleg "Soziale Marktwirtschaft"	69
2.6 Weitere Akteure	69
3 Finanzen	69
4 Mitgliedschaften/Kooperationen	69
5 Fallstudien und Kritik	70
5.1 Jenaer Allianz	70

6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	70
7 Einzelnachweise	70

Kurzdarstellung und Geschichte

Ihre Tätigkeit beschreibt die KAS wie folgt: "*Die Konrad-Adenauer-Stiftung setzt sich national und international durch politische Bildung für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit ein. Wir fördern und bewahren freiheitliche Demokratie, die Soziale Marktwirtschaft und die Entwicklung und Festigung des Wertekonsenses - ob als „Think Tank“ und Beratungsagentur, als Gastgeberin von Tagungen, Ausstellungen und Kongressen oder Unterstützerin junger Begabter*" (Website kas, abgerufen am 11. September 2012).

Organisationsstruktur und Personal

Die KAS ist bundesweit in zwei Bildungszentren und 16 Bildungswerken aktiv. In 10 Hauptabteilungen sind insgesamt 560 Mitarbeiter/innen beschäftigt. Ihre Auslandsbüros betreuen weltweit mehr als 200 Projekte in über 120 Ländern.

Vorstand

Name	Funktion	
Hans-Gert Pöttering	Vorsitzender	<ul style="list-style-type: none"> MdEP, ehem. Präsident des Europäischen Parlaments Friends of Europe, Mitglied des Kuratoriums ("Board of Trustees")
Norbert Lammert	Stellv. Vorsitzender	<ul style="list-style-type: none"> MdB, Bundestagspräsident
Beate Neuss	Stellv. Vorsitzende	<ul style="list-style-type: none"> Professorin für Internationale Politik an der TU Chemnitz
Hildigund Neubert	Stellv. Vorsitzende	<ul style="list-style-type: none"> Staatssekretärin a. D. in der Thüringer Staatskanzlei
Michael Thielen	Generalsekretär	
Franz Schoser	Schatzmeister	<ul style="list-style-type: none"> Institut für Wirtschaftspolitik (iwp), Vorsitzender des Fördervereins Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied Otto-Wolff-Stiftung, Vorstand Bund Katholischer Unternehmer, Kooptiertes Mitglied 1980-2001 Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Hauptgeschäftsführer
Dieter Althaus	kooptiertes Mitglied	<ul style="list-style-type: none"> Ex-Ministerpräsident Thüringens Lobbyist für den Automobilzulieferer Magna International
Peter Altmaier	kooptiertes Mitglied	<ul style="list-style-type: none"> Chef des Bundeskanzleramtes
Otto Bernhardt		<ul style="list-style-type: none"> PKS Kommunikations- und Strategieberatung GmbH, Partner Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW), Mitglied des Politischen Beirats Verband unabhängiger Vermögensverwalter Deutschlands (VuV), Lobbyist^[1]
Hermann Gröhe		<ul style="list-style-type: none"> Bundesgesundheitsminister, zuvor Generalsekretär der CDU
Michael Grosse-Brömer	kooptiertes Mitglied	<ul style="list-style-type: none"> Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Barmenia Versicherungs-AG, Mitglied des Beirats
Volker Kauder		<ul style="list-style-type: none"> MdB, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag

- Helmut Kohl**
 - Ex-Bundeskanzler
- Angela Merkel**
 - Bundeskanzlerin
- Hildegard Müller**
 - **RWE SE**, Mitglied des Vorstands
 - **Wirtschaftsrat der CDU**, Mitglied des Bundesvorstands
 - **Ludwig-Erhard-Stiftung**, Mitglied
- Jürgen Rüttgers**
 - Ex-Ministerpräsident NRW
 - Rechtsanwalt in der Kanzlei **Beiten Burkhardt**
- Peter Tauber**
 - Generalsekretär der CDU Deutschlands
- Bernhard Vogel** Ehrenvorsitzen der
 - Ex-Ministerpräsident Thüringens

Weitere Mitglieder: Hermann Kues, Anton Pfeifer, Andreas Rödder, Hans-Peter Schwarz

(Stand: Februar 2017) Quelle: ^[2]

Mitglieder

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören neben den Vorstandsmitgliedern u.a.:

- **Reinhard Göhner**
 - **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)**: Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Präsidiums
 - **Institut der deutschen Wirtschaft**: Mitglied des Präsidiums

Kuratorium

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören u.a.:

- **Wolfgang Schüssel** (Vorsitzender), Bundeskanzler der Republik Österreich a.D.
 - **Deutsche Vermögensberatung**, Mitglied des Beirats
 - **RWE AG**, Mitglied des Aufsichtsrats
 - **European Policy Centre**, Mitglied des Beirats
- **Dieter Stolte**, ZDF-Intendant a.D.
 - **Consultum Communications**: Beiratsmitglied
 - **Allianz Umweltstiftung**: Vorsitzender des Kuratoriums
 - **Axel Springer Stiftung**: Mitglied des Vorstands

Ordnungspolitischer Beirat

Mitglieder:

- [Michael Wohlgemuth](#)
 - [Open Europe Berlin](#): Direktor
 - [Walter Eucken Institut](#): Research Fellow und Mitglied
 - [Netzwerk NOUS](#): Mitglied
 - [Mont Pelerin Society](#): Mitglied
 - [Jenaer Allianz](#): Mitbegründer und Sprecher
- [Jürgen Matthes](#), Leiter Internationale Wirtschaftsordnung und Konjunktur beim [Institut der deutschen Wirtschaft](#)^[3]

Promotionskolleg "Soziale Marktwirtschaft"

Es werden Stipendien zu Dissertationen vergeben, die sich mit der Sozialen Marktwirtschaft befassen. Für die Kollegiatinnen und Kollegiaten wird von den Kollegprofessoren ein wissenschaftliches Begleitcurriculum angeboten, dessen Teilnahme verpflichtend ist. Das Stipendium beträgt 1.150 Euro im Monat. In der Regel wird eine Forschungskostenpauschale in Höhe von 100 Euro im Monat bezahlt. Kooperationspartner sind: [Otto Wolff Stiftung](#), [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#) und [Institut der deutschen Wirtschaft](#).

Mitglieder des Kollegs sind die folgenden Professoren, von denen ein großer Teil in neoliberalen Netzwerken mitwirkt:^[4] [Rolf Hasse](#), [Norbert Berthold](#), [Andreas Freytag](#), [Nils Goldschmidt](#), [Wolfgang Kerber](#), [Rainer Klump](#), [Friedrun Quaas](#), [Roland Vaubel](#), [Gerhard Wegner](#), [Jörg Winterberg](#), [Michael Wohlgemuth](#), [Joachim Zweynert](#).

Weitere Akteure

[Stefan Gehrold](#), Leiter des Europabüros Brüssel, ist Mitglied des Beirats Brüssel der [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik \(DWT\)](#)^[5]

Finanzen

Die KAS finanziert sich ganz überwiegend aus öffentlichen Zuwendungen (institutionelle Förderung und Projektfinanzierungen).

Mitgliedschaften/Kooperationen

- [Netzwerk Europäische Bewegung](#) und [Jenaer Allianz](#), Mitglied
- [Friends of Europe](#), Kooperationspartner
- [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik \(DWT\)](#): Mit der DWT veranstaltet die KAS das "Wiesbadener Forum zur Sicherheitspolitik"^[6]

Fallstudien und Kritik

Jenaer Allianz

Am 19. und 20. Juni 2008 veranstalteten neoliberale Netzwerke und Denkfabriken das Symposium "60 Jahre Soziale Marktwirtschaft in Deutschland" an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena, bei dem die [Jenaer Allianz](#) präsentiert wurde. Autoren des "Jenaer Aufrufs" sind: Michael Borchard (Hauptabteilungsleiter Politik und Beratung der KAS), Uwe Cantner, Andreas Freytag und Rupert Windisch (Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Jena), Nils Goldschmidt und [Michael Wohlgemuth](#) ([Walter Eucken Institut](#)), [Gerd Habermann](#) ([Die Familienunternehmer - ASU](#)), Joachim Starbatty ([Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)), Martin Wilde ([Bund Katholischer Unternehmer](#)), Lars Vogel ([Ludwig-Erhard-Stiftung](#)) und Joachim Zweynert ([Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut/Wilhelm-Röpke-Institut](#)). Zu den Initiatoren gehören weiterhin: [Institut für Wirtschaftspolitik](#) und [Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

- ↑ [VuV-Newsletter vom 30. März 2010](#)
- ↑ [Vorstand](#) Webseite KAS, abgerufen am 22.02.2017
- ↑ http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/documents/imco/dv/vademecum_of_speakers_ttip/vademecum_of_speakers_ttip_en.pdf Profil Vademecum of Speakers zu TTIP, Webseite Europäisches Parlament], abgerufen am 19. 10. 2015
- ↑ [Professoren unseres Kollegs](#), Webseite KAS, abgerufen am 18. 10. 2015
- ↑ [Repräsentant und Beirat Brüssel](#), Stand: 30. Juli 2015, Webseite [dwt-sgw](#), abgerufen am 03. 10. 2015
- ↑ [Drittes Wiesbadener Forum zur Sicherheitspolitik](#), Webseite [DWG](#), abgerufen am 30. 09. 2015

Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft

Dieser Artikel ist unvollständig! Helfen Sie mit ihm zu verbessern!

**Leipziger Wirtschaftspolitische
Gesellschaft**

[[Bild:<date>|center]]

Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich Förderung neoliberaler Ideen

Gründungsdatum 4. Februar 1994

datum

Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft

Hauptsitz Städtisches Kaufhaus Leipzig,
Neumarkt 9-19, Leipzig

Lobbybüro

Lobbybüro <text>

EU

Webaddress [<url>]

e

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	71
2 Organisationsstruktur und Personal	71
2.1 Verbindungen	72
3 Finanzen	72
4 Lobbystrategien und Einfluss	73
5 Fallstudien und Kritik	73
6 Weiterführende Informationen	73
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	73
8 Einzelnachweise	73

Kurzdarstellung und Geschichte

Die am 4. Februar 1994 gegründete Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V. (Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft) ist ein neoliberales Netzwerk, das eng mit der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#) und dem Zentrum für internationale Wirtschaftsbeziehungen, Leipzig, kooperiert. Die Hälfte der Vorstandsmitglieder sind auch Mitglieder des Vorstands der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#). Die Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft hat keine eigene Website. Bei Veranstaltungen, an denen sie beteiligt ist, wird auf den Link zur [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#) verwiesen (z. B. 2. Konvent zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft vom 28. Februar 2011).

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder des Vorstands sind:

Rolf Hasse (Präsident)

- Kommissarischer Leiter des Fraunhofer Zentrums für Mittel- und Osteuropa (MOEZ)
- Stellvertretender Direktor des Zentrums für internationale Wirtschaftsbeziehungen in Leipzig, dessen Ausrichtung maßgeblich von [Meinhard Miegel](#) geprägt wurde
- Stellv. Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
- Wissenschaftlicher Betreuer im Promotionskolleg der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)^[1]

Christian Milow (Vizepräsident)

- Honorarprofessor am Institut für Wirtschaftspolitik der Universität Leipzig

- ehem. Präsident der Landeszentralbank in Sachsen und Thüringen

Friedrun Quaas (Vizepräsidentin)

- Wissenschaftliche Mitarbeiterin und außerplanmäßige Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität Leipzig
- Wissenschaftliche Betreuerin im Promotionskolleg der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)^[2]

Bernd W. Voss (Schatzmeister)

- ehemaliger Vorstand der [Dresdner Bank](#), Mitglied des Zentralen Beirats der [Commerzbank](#) und Mitglied des Aufsichtsrats von Wacker Chemie und Continental
- Mitglied des Vorstands der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)

ehemaliges Vorstandsmitglied: **Hubertus Schmoldt** (Vizepräsident)

- ehemaliger Vorsitzender der Gewerkschaft IG Bergbau, Chemie, Energie
- Mitglied des Aufsichtsrats von [Bayer](#), [E.ON](#), [BP](#) und [Ruhrkohle](#)
- Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)

(Quellen: Websites der genannten Organisationen sowie Vereinsregister des Amtsgerichts Leipzig, Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft, Abruf vom 11. März 2013, VR 2192)

Verbindungen

Jenaer Allianz

Die Leipziger Wirtschaftspolitische Gesellschaft gehört der 2008 gegründeten [Jenaer Allianz](#) an, einem Kooperationsnetzwerk von Organisationen, Institutionen und Personen, die sich der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft nach neoliberalen Vorstellungen verpflichtet fühlen. Weitere Mitglieder der Jenaer Allianz sind:

- [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- [Bund Katholischer Unternehmer e.V.](#)
- [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- [Institut für Wirtschaftspolitik](#)
- [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)
- [Walter Eucken Institut](#)
- [Wilhelm-Röpke-Institut.](#)

Zu den Initiatoren der Jenaer Allianz zählt auch das [Hamburgische WeltWirtschaftsInstitut](#), dessen Präsident [Thomas Straubhaar](#) die Gründung des [Wilhelm-Röpke-Institut](#) im Jahr 2007 initiiert hat.^[3]

Finanzen

Finanzierung, Ressourcen, Geldgeber, Kunden

Lobbystrategien und Einfluss

Ziele, Interessen, Ausrichtung (national vs. europ/internat.), Politikfelder erkennbare Konstanten, Einflusstategien Abschätzung des Einflusses, Wichtigkeit des Akteurs

Fallstudien und Kritik

genauere Recherchen zu einzelnen Lobbyprojekten, Kampagnen

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ Eine weitere Perspektive auf das Institut für Wirtschaftspolitik, journal Universität Leipzig 4/2011
2. ↑ Eine weitere Perspektive auf das Institut für Wirtschaftspolitik, journal Universität Leipzig 4/2011
3. ↑ Über uns Geschichte des hwwwi, Website HWWI, abgerufen am 1. 10. 2011

Friedrich-Naumann-Stiftung

Die **Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit** ist die parteinahe Stiftung der FDP, die auf Grundlage der Idee des Liberalismus Angebote zur Politischen Bildung in Deutschland und in aller Welt bietet.^[1]

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Rechtsform	Stiftung des privaten Rechts
Tätigkeitsbereich	Förderung des Wirtschaftsliberalismus
Gründungsdatum	1958
Hauptsitz	Karl-Marx-Straße 2, 14482 Potsdam
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.freiheit.org

Inhaltsverzeichnis

1 Ausrichtung und Aktivitäten	74
2 Organisationsstruktur und Personal	74
2.1 Hauptamtlicher Geschäftsführer	74
2.2 Kuratorium	74

2.3 Vorstand	75
2.4 Liberales Institut	75
3 Fallstudien und Kritik	75
3.1 2010: Friedrich-Naumann-Stiftung unterstützt neoliberale Eliten Thailands	75
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	76
5 Einzelnachweise	76

Ausrichtung und Aktivitäten

Dem Freiheitsbegriff der Stiftung liegt das Konzept zugrunde, dass die Freiheit der unternehmerischen Betätigung möglichst wenig durch staatliche Maßnahmen zum Schutz von Arbeitnehmern, Konsumenten oder der Umwelt eingeschränkt werden sollte. Sie orientiert sich dabei an den Vorstellungen des neoliberalen Vordenkers [Friedrich August von Hayek](#). Seit 2011 gibt es einen Hayek-Kreis der Stipendiaten der Stiftung.^[2]

Die Stiftung beschäftigt sich mit der Organisation von Seminaren, der Begabtenförderung, der Verwaltung des Archiv des Liberalismus sowie der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die sich "Redaktion der Freiheit" nennt. Über diese werden Veranstaltungen organisiert, Konzepte für die Freiheit entwickelt und Autoren vernetzt und gefördert, die sich mit freiheitlichen Texten öffentlich engagieren. Außerdem wird jährlich ein "Freiheitspreis" verliehen.

In seiner Dankesrede für die Verleihung des Freiheitspreises 2012 definierte der Preisträger Wolfgang Kersting den Markt wie folgt: **"Der Markt ist institutionalisierte Menschenliebe"**^[3]

Organisationsstruktur und Personal

Das Organigramm der Stiftung findet sich [hier](#)

Hauptamtlicher Geschäftsführer

- [Steffen Saebisch](#), ehemaliger Staatssekretär im hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung^[4]

Kuratorium

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören u.a.

- Jürgen Morlok (Vorsitzender), Selbständiger Unternehmensberater
- [Hermann Otto Solms](#), Finanzexperte der FDP und Vizepräsident des Deutschen Bundestages
 - [Deutsche Vermögensberatung](#), Mitglied des Beirats
 - Piper Deutschland AG, Vorsitzender des Aufsichtsrats
 - [Bundesverband Deutscher Vermögensberater](#), Mitglied des Parlamentarischen Beirats
 - [Deutsche Stiftung Eigentum](#), Vorsitzender des Stiftungsrats
 - [Thelen Consult](#), Mitglied des Beirats

Quelle: Webseite des Deutschen Bundestags, abgerufen am 22.10.2017</ref>

- [Thomas Straubhaar](#)
 - Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Mitglied des Beirats
 - [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Botschafter
 - [Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut](#), ehem. Direktor und Geschäftsführer

Vorstand

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Vorsitzender ist [Karl-Heinz Paqué](#), Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Er ist weiterhin Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#) sowie Mitglied des [Wirtschaftsforum der FDP](#), der [Atlantik-Brücke](#), des Wissenschaftlichen Beirats der [Deutsche Stiftung Eigentum](#) und des Aufsichtsrats des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle.

Liberales Institut

Das [Liberales Institut](#) ist die Denkfabrik der Stiftung.

Fallstudien und Kritik

2010: Friedrich-Naumann-Stiftung unterstützt neoliberale Eliten Thailands

Im Frühjahr 2010 war es in Thailand zur blutigen Niederschlagung von demokratischen Massenprotesten durch die Armee gekommen, bei denen über 90 Menschen zu Tode kamen und mehr als 2.000 verletzt worden. Verantwortlich dafür war unter anderen der damalige Ministerpräsident Thailands Abhisit Vejjajiva, der sich seit Dezember 2012 dafür vor Gericht verantworten muss.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung kooperiert seit Jahren eng mit Abhisit Vejjajiva, der 'Democrat Party' und den hinter ihr stehenden alten Eliten Thailands. Ende März 2010 etwa führte der Stiftungsvorsitzende, [Wolfgang Gerhardt](#), in Bangkok Gespräche mit dem Finanzminister sowie mit hochrangigen Vertretern der 'Democrat Party'. Zu dieser Zeit hatten nicht nur die Massenproteste, sondern auch die brutale Repression schon begonnen. Am 7. April war eine Delegation der Naumann-Stiftung zu Krisengesprächen im Parlament des Landes eingetroffen, musste es aber, als Demonstranten eindrangen, fluchtartig verlassen. Wenig später begannen die Massaker, über die Menschenrechtsorganisationen heute berichten.

Die Motive der Naumann-Stiftung, in Thailand auf die alten Eliten zu setzen und dafür auch über Putsch und blutige Repression hinwegzusehen, lassen sich zwei Papieren entnehmen, in denen sie im Sommer 2011 berichtete. Darin attackiert der Autor den Plan der neuen Ministerpräsidentin Yingluck Shinawatra, Mindesteinkommen zu garantieren, Subventionen für die Landbevölkerung und das Vorhaben, Erstklässlern in der Schule kostenlos Computer zukommen zu lassen, um die Benachteiligung ärmerer Familien zu lindern. All dies offenbare "ein zutiefst (...) dirigistisches Staatsverständnis", urteilte die Naumann-Stiftung und drang auf neoliberale, für ausländische, insbesondere auch für deutsche Unternehmen günstige Reformen. Grundsätzlich setzt die Naumann-Stiftung weiterhin auf die 'Democrat Party', die jeglichen ökonomischen "Dirigismus" des Staates ablehnt.^[5]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Stiftung für die Freiheit](#), Freiheit.or, abgerufen am 21.10.2019
2. ↑ [Hayek-Kreis der FNF-Stipendiaten](#), Webseite hayekfnf, abgerufen am 26.07.2013
3. ↑ [Frankfurt: Freiheitspreis 2012 für Wolfgang Kersting](#), www.freiheit.org, abgerufen am 26. Dezember 2012
4. ↑ [Saebisch leitet Friedrich-Naumann-Stiftung](#), politik-kommunikation.de, 30.9.2014, zuletzt aufgerufen am 30. September 2014
5. ↑ [Machtexzesse](#) german-foreign-policy.com vom 12.12.2012, abgerufen am 14.12.2012

Institut für Unternehmerische Freiheit

Das **Institut für Unternehmerische Freiheit (iuf)** ist eine Denkfabrik, deren Funktionsträger zu einem großen Teil Mitglieder der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und der [Mont Pelerin Society](#) sind. Für eineinhalb Jahre trug das iuf den Namen **Berlin Manhattan Institut**. Das iuf ist Partner des [Atlas Network](#), zu dessen Sponsoren [ExxonMobil](#), [Philip Morris](#) und die Stiftungen der US-Milliardäre [Charles G. Koch](#) und [David H. Koch](#) gehören. Es kooperiert mit dem [Europäischen Institut für Klima und Energie](#) (EIKE), das den menschengemachten Klimawandel leugnet.

In den letzten Jahren sind auf der Webseite immer weniger Aktivitäten erwähnt (Stand: Januar 2020)

Institut für Unternehmerische Freiheit

Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich neoliberale Denkfabrik

Gründung 2011

gsdatum

Hauptsitz Stubenrauchstr. 10, 12161 Berlin

Lobbybüro

ro EU

Webadresse [auf-berlin.com](#) [iuf-berlin.com](#) sowie vorübergehend [www.berlinmanhattan.org](#)

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	77
2 Organisationsstruktur und Personal	77
2.1 Vorstand	77
2.2 Wissenschaftlicher Beirat	78
3 Verbindungen	78
3.1 Europäisches Institut für Klima und Energie (EIKE)	78

3.2 Heartland Institute	79
3.3 Atlas Network	79
3.4 European Resource Bank	79
4 Finanzen	79
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	79
6 Einzelnachweise	79

Aktivitäten

Laut eigener Webseite erreicht das Institut seine Mission durch den Einsatz für Freihandel, die Positionierung gegen die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und die Positionierung für eine Abschaffung der Erbschaftssteuer.^[1] Zu den Aktivitäten gehört die Organisation von Veranstaltungen, auf denen für die Mission geworben wird. Berichtet wird auch von Veranstaltungen nahestehender Organisationen wie denen des [Europäisches Institut für Klima und Energie](#) (EIKE). Seine extrem wirtschaftsliberalen und klimaleugnerischen Positionen verbreitet das Institut auch über seinen Blog.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

- [Charles B. Blankart](#), Senior-Professor für Öffentliche Finanzen an der HU Berlin, Ständiger Gastprofessor an der Universität Luzern, Mitglied des [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#) und Mitglied mehrerer neoliberaler Denkfabriken
- Oliver Knipping
 - Gründer des Instituts für Unternehmerische Freiheit
 - Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
 - Autor des ÖkonomenBlogs der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#)
- Wolfgang Müller^[2]
 - Generalsekretär des [Europäischen Instituts für Klima und Energie](#) (EIKE)
 - Verantwortlicher für das Climate Change Programme des [Committee for a Constructive Tomorrow](#) (CFACT)^[3]
 - Beiratsmitglied der polnischen "Freedom and Entrepreneurship Foundation"^[4]
 - Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und der [Mont Pelerin Society](#)
 - Autor der libertären Zeitschrift "eigentümlich frei"
 - ehem. Mitarbeiter der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#)
 - Referent bei Veranstaltungen des [Heartland Institute](#) und des [CFACT](#)^[5]
 - Autor des [Acton Institute](#)^[6]
- Sascha Tamm
 - ehem. Mitarbeiter [Liberales Institut](#)
 - Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)

(Stand: Januar 2020)

Wissenschaftlicher Beirat

- Peter Boettke^[7] Professor am [Mercatus-Center](#) an der [George Mason University](#) und Preisträger der [Mont Pelerin Society](#) 1994
- [Hardy Bouillon](#), Inhaber von [Public Partners](#) und ehem. Mitglied mehrerer neoliberaler Denkfabriken
- [Detmar Doering](#), ehem. Leiter [Liberales Institut](#) und Mitglied mehrerer neoliberaler Denkfabriken
- Pierre Garelo, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Uni Aix-en-Provence/Frankreich, Gründer der [European Resource Bank](#), die die Aktivitäten einer Reihe neoliberaler Denkfabriken koordiniert
- Walter Klitz, ehem. Leiter des Büros der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) in Seoul (Korea)
- Jo Kwong, Direktor der Abteilung "Institute Relations" der [Atlas Economic Research Foundation](#) und Mitglied der [Mont Pelerin Society](#)
- [Robert Nef](#), Präsident des Stiftungsrates des [Liberalen Instituts Zürich](#), Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), der [Mont Pelerin Society](#) und Aufsichtsratsmitglied des [Institut Constant de Rebecque](#)
- Mark Pennington, Universitätsdozent für Politische Ökonomie am Queen Mary College, University of London
 - Mitglied des Ökonomischen Beirats von [Global Vision](#), des Beirats von [Reform](#), der [Mont Pelerin Society](#) und des Netzwerks [NOUS](#)
 - Trustee des [Institute of Economic Affairs](#)
- [Tom G. Palmer](#) Vizepräsident des [Atlas Network](#), Direktor der Cato-Universität und Senior Fellow am [Cato Institute](#) sowie Mitglied der [Mont Pelerin Society](#)
- [Thomas Straubhaar](#), ehem. Direktor des [Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut \(HWWI\)](#), Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) und Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#)
- [Viktor Vanberg](#), emeritierter Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg, Mitglied des Vorstands des [Walter Eucken Institut](#) sowie Mitglied der [Mont Pelerin Society](#) und des Netzwerks [NOUS](#)
- [Roland Vaubel](#), ehem. Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre und Politische Ökonomie an der Uni Mannheim, Mitglied des [Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#) sowie diverser wirtschaftsliberaler und marktradikaler Organisationen
- [Erich Weede](#), emeritierter Professor für Soziologie und Politikwissenschaften an der Uni Bonn, Mitglied des Stiftungsrates der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) und Mitglied der [Mont Pelerin Society](#)

(Stand: Juni 2020)

Verbindungen

Europäisches Institut für Klima und Energie (EIKE)

In der Energie- und Umweltpolitik vertritt das Institut für Unternehmerische Freiheit die Positionen des [Europäischen Instituts für Klima und Energie](#) (EIKE), mit dem es kooperiert und personell verflochten ist. Gemeinsam mit EIKE und anderen Organisationen veranstaltet das IUF internationale Klimakonferenzen, die den Leugnern des Klimawandels ein Forum bieten^[8] Die Begrüßung bei der Konferenz im Jahr 2012 übernahm Wolfgang Müller, Vorstandsmitglied des iuf, der auch Generalsekretär von EIKE ist.^[9]

Heartland Institute

Auf der Webseite des IUF wird für Veranstaltungen des [Heartland Institute](#) geworben^[10], das Spenden der Industrie einwirbt, um damit Internetblogs und scheinbar neutrale Organisationen für die Verbreitung von Zweifeln am Klimawandel zu finanzieren.^[11]

Atlas Network

Das Institut ist Partner des [Atlas Network](#) (frühere Bezeichnung: Atlas Economic Research Foundation).^[12] Dieses Netzwerk gründet, fördert und koordiniert weltweit neoliberale und libertäre Organisationen. Zu den Sponsoren gehören [ExxonMobile](#), [Philip Morris](#) und die Stiftungen der US-Milliardäre [Charles G. Koch](#) und [David H. Koch](#).

European Resource Bank

Das Institut für unternehmerische Freiheit organisiert u.a. gemeinsam mit der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), dem [International Policy Network](#), der [Atlas Economic Research Foundation](#), dem [Cato Institute](#) und der [Heritage Foundation](#) den jährlichen Kongress [European Resource Bank](#)

Finanzen

Das Institut wird ausschließlich von privaten Sponsoren gefördert und finanziert.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

- [↑] [Ziele](#), iuf-berlin.de, abgerufen am 28.11.2020
- [↑] [Press Release: Heartland Institute to present latest climate Science in Poland](#), heartland.org vom 15.11.2018, abgerufen am 08.12.2018
- [↑] [Meet the skeptics at CFACT`s COP16 press conference Monckton, Spencer & Rothbard on Climate Science & Policy December 9, 2010](#), Website cfact, abgerufen am 01.05.2013
- [↑] [Advisory Board](#), ffundacjawip.org, abgerufen am 09.12.2018
- [↑] [Heartland Institute, CFACT announce Energy Panel Speakers for „Day of Examining Data“ at COP-21](#), heartland.org vom 24.11. 2015, abgerufen am 12.10.2017
- [↑] [Profil](#), acton.org, abgerufen am 27.01.2020
- [↑] [econfaculty.gmu.edu/pboettke](#), Website econfaculty, abgerufen am 25. November 2015
- [↑] [Internationale Klimakonferenz am 15. 6. 12 in Berlin](#)
- [↑] [V. Internationale Klima- und Energiekonferenz Hotel Bayerischer Hof, München, 30. 11. - 1. 12. 2012](#), Webseite berlinmanhattan, abgerufen am 30. April 2013

10. ↑ [The New Science and Economics of Climate Change 10th International Conference on Climate Change](#), Webseite IUF, abgerufen am 22. 10. 2015
11. ↑ [Und sie erwärmt sich doch Was steckt hinter der Debatte um den Klimawandel](#), Hrsg. Umweltbundesamt, 1. Aufl. 2013, S. 105
12. ↑ [Partners Europe & Central Asia](#), Webseite Atlas Network, abgerufen am 08. 11. 2015

Wirtschaftsrat der CDU

Der **Wirtschaftsrat der CDU** ist eine Vorfeld-Organisation der CDU. Der Wirtschaftsrat ist kein Gremium innerhalb der Partei, sondern ein Berufsverband von unionsnahen Unternehmer:innen mit rund 12.000 Mitgliedern. Eine Parteimitgliedschaft in der CDU ist keine Voraussetzung für eine Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat. Der Wirtschaftsrat ist ein einflussreicher Lobbyakteur, der enge Beziehungen in die Politik besitzt.

Seine Mitglieder erarbeiten in diversen Fachkommissionen politische Positionierung, die sie auch in die politischen Entscheidungsprozesse einbringen. Dabei sind die Wege kurz; viele aktive CDU-Politiker sind Mitglieder des Wirtschaftsrats, z.B. die Bundestagsabgeordneten Christian Freiherr von Stetten (mittelstandspolitischer Sprecher und Vorstandsmitglieder der Unionsfraktion im Bundestag), Mark Helfrich (MdB) oder Joachim Pfeiffer (wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag).

^[1] Der CDU-Politiker [Friedrich Merz](#) ist Vizepräsident des Wirtschaftsrats, Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble ist Ehrenmitglied.

Der Wirtschaftsrat verweist auf politische Erfolge etwa bei der Einführung der Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte, der Entschärfung des Klimaschutzplans 2050 oder der Senkung des Arbeitslosenbeitrags.^[2] Zu Beginn der COVID-19-Pandemie forderte der Wirtschaftsrat, die europäischen Klimaschutzziele nicht zu erhöhen und kritisierte die Corona-Hilfspakete der Europäischen Union.^[3] Zudem sprach er sich gegen eine Erhöhung des Kurzarbeitergeldes aus.^[4] Mit Verweis auf die Pandemie lehnte er sowohl die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns als auch die Einführung der Grundrente zum Jahr 2021 ab.^{[5][6]}

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Recht sform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der unternehmerischen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit

Gründungsdatum 1963

Hauptsitz Bundesgeschäftsstelle, Luisenstraße 44, 10117 Berlin

Lobbybüro

Lobbybüro EU

Webadresse www.wirtschaftsrat.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	81
2 Fallstudien und Kritik	81
3 Finanzen	83
4 Zitate	83
5 Organisationsstruktur und Personal	84
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	89
7 Einzelnachweise	89

Kurzdarstellung und Geschichte

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. wurde 1963 ursprünglich als *Zusammenschluss deutscher Unternehmer auf berufsständischer Basis* in Bonn gegründet. Zu dieser Zeit gab es bereits die *Mittelstandsvereinigung* als parteiinternes Gremium. Um mit diesem nicht in Konkurrenz zu treten, gründete sich der Wirtschaftsrat als eine außenstehende Vereinigung. Eine spätere Fusion der beiden Institutionen scheiterte. Mit dem Namenszusatz „der CDU“ ist der Verein mit Zustimmung der Partei allerdings klar als Partei-Vorfeldorganisation gekennzeichnet. Die selbst erklärte Absicht des Verbandes ist bis heute die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik "im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards".^[7]

Ein Gründungsimpuls des Wirtschaftsrats war die Stärkung unternehmerischer Positionen innerhalb der CDU, deren Gesellschaftspolitik damals noch stark von den Interessen der parteiinternen Sozialausschüsse, wie der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, beeinflusst wurde. Damals verfolgte die CDU klar das Ziel, den Sozialstaat auszubauen und sah sich im Konzept der Sozialpartnerschaft verankert. Insbesondere größere Unternehmen waren zu dieser Zeit stärker auf die FDP ausgerichtet. Durch die Gründung des Wirtschaftsrats sollten sie mehr Zugang zur CDU erhalten. Die Gründung des Wirtschaftsrat war damit ein erster Schritt hin zu einer stärker neoliberal ausgerichteten Sozial- und Wirtschaftspolitik innerhalb der CDU.

Fallstudien und Kritik

Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser

Zur Bewältigung der Klimakrise setzt der Wirtschaftsrat vor allem auf den Erhalt bestehender Wirtschaftsstrukturen und propagiert Marktmechanismen statt Regulierungen. Vertreter des Wirtschaftsrats setzen sich gegen eine Erhöhung der europäischen Klimaziele oder eine Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für Autos ein; sie warnen vor einem Niedergang des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch mehr Klimaschutz.^[8] Präsidentin Astrid Hamker forderte die Jugendlichen von Fridays for Future dazu auf, lieber Müll zu sammeln und Verzicht zu üben als Freitags zu protestieren. In seinem Jahresbericht wertet es der Wirtschaftsrat als politischen Erfolg, den Klimaschutzplan 2050 des Bundesumweltministeriums "deutlich entschärft" zu haben.^[9]

Mit Blick auf die Klimapolitik spiegelt die Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Anliegen wider. Es fällt auf, dass Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien oder andere Akteure der Green Economy zumindest in den öffentlich einsehbaren Gremien des Wirtschaftsrats nicht vertreten sind. Stattdessen dominieren vor allem in den klimapolitisch relevanten Fachkommissionen des Wirtschaftsrates Akteure aus der fossilen Wirtschaft. So wird etwa die Bundesfachkommission *Energiapolitik* von Karsten Wildberger geleitet. Wildberger ist Vorstandsmitglied vom Energieunternehmen E.ON, das bis zur Abspaltung von Uniper fest in der fossil-nuklearen Energiewirtschaft verankert war und sich in Teilen noch heute als Bremser klimafreundlicher Maßnahmen erweist.^[10] Armin Eichholz, Vorsitzender der Geschäftsführung des sächsischen Braunkohleunternehmens MIBRAG ist Mitglied in den Bundesfachkommissionen Energiapolitik sowie Umwelt- und Klimapolitik, in letzterer in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden.

Dabei gibt es im Bereich Klimapolitik andere Unternehmenszusammenschlüsse, die Klimaschutzmaßnahmen weitaus positiver sehen und auf Fortschritte drängen – so etwa in der Stiftung 2Grad oder im Verband B.A.U. M. Der Wirtschaftsrat steht damit nicht für die *eine* Stimme der Wirtschaft.

Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie

Der Wirtschaftsrat nutzt die Coronakrise, um im Sinne seiner Mitglieder gezielt Klimaschutzmaßnahmen zu kritisieren. Die Pläne der EU-Kommission, das Klimaziel auf 55 % Prozent verringerte Emissionen bis 2030 anzuheben, nannte Generalsekretär Wolfgang Steiger "eine politische Instinktlosigkeit."^[11] Steiger forderte die Bundesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene "für eine zeitliche Streckung der klimapolitischen Zielvorgaben einzusetzen." Nach der Coronakrise müssten vielmehr "alle Sonderbelastungen der deutschen Wirtschaft auf den Prüfstand gestellt werden."^[12] Präsidentin Astrid Hamker relativierte in einem Interview die Rolle Deutschlands in Sachen Klimaschutz: "Wir können mit unserem zwei Prozentanteil das Weltklima nicht retten, selbst wir ihn auf Null reduzieren könnten. Also können wir allein durch unser Vorbild wirken. Dafür müssen wir aber die führende Industrienation bleiben [...]."^[13] Der Europäischen Kommission warf Hamker vor, durch den European Green Deal die Industriepolitik zu vernachlässigen und mit "zu viel Zeitgeist und zu wenig ökonomische[r] Vernunft" zu agieren.^[14]

Gegner des Lieferkettengesetzes

Der Wirtschaftsrat bemüht sich durch massive Lobbyarbeit darum, den geplanten Beschluss eines Lieferkettengesetzes zu verhindern. Dieses Gesetz soll Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. In zahlreichen Pressemitteilungen fordert der Wirtschaftsrat einen Stopp des Gesetzes; sein Generalsekretär Wolfgang Steiger bezeichnet es als „realitätsfern“ und unterstellt den zuständigen Ministerien ein „tiefes unternehmerfeindliches Misstrauen [...].“^[15] Weiter behauptet Steiger, dass sich nach einer Einführung des Lieferkettengesetzes „deutsche Unternehmen aus schwierigen Märkten zurückziehen“ würden. So werde „wirtschaftliche Entwicklung vor Ort fahrlässig verhindert.“^[16]

Das Lieferkettengesetz soll es Betroffenen ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen.^[17] Der Wirtschaftsrat versucht diesen Kerngehalt des Lieferkettengesetzes zu verwässern. Er fordert, eine zivilrechtliche Haftung auszuschließen und Unternehmen mit weniger als 10.000 Mitarbeitern von dem Gesetz auszuschließen.^[18]

Auch der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates des Wirtschaftsrats Lars P. Feld ist ein prominenter Kritiker des Lieferkettengesetzes: "Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt", so Feld.^[19] Feld macht deutlich, dass er „mit großem Entsetzen“ auf die Idee des Lieferkettengesetzes schaue.^[20]

Der Wirtschaftstag - das Lobbyforum des Wirtschaftsrats

Der Wirtschaftsrat veranstaltet ein Mal jährlich den Wirtschaftstag, den er als Höhepunkt seiner Arbeit bezeichnet.^[21] Als Lobbyforum mit mehreren 1000 Gästen dient der Wirtschaftstag dem direkten Einfluss von Unternehmen auf die Politik. In den vergangenen Jahren waren u.a. Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie die Bundesminister:innen Jens Spahn, Peter Altmaier, Anja Karliczek und Annegret Kramp-Karrenbauer

zu Gast. Sie trafen auf ranghohe Vertreter:innen zahlreicher großer Unternehmen, wie RWE, BMW, Siemens, der Deutschen Bank oder Daimler.

Führende Politiker:innen von CDU und CSU loben den Wirtschaftstag:

Paul Ziemiak (Generalsekretär der CDU) : *"Der Wirtschaftstag ist das politische Großereignis in Berlin, wenn es darum geht, dass Politik mit Wirtschaft ins Gespräch kommt."* ^[22]

Nadine Schön (stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion): *"[Der Wirtschaftstag] ist ein Tag, an dem vor allem die Vernetzung im Vordergrund steht, an dem viele Unternehmen sich auch mit der Politik vernetzen und austauschen und das halte ich gerade in diesen Zeiten für besonders wichtig."* ^[23]

Andreas Scheuer (Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur): *"Ich bin froh über dieses Engagement. Unterstützung, kritisch sein, treiben – das brauchen wir und der Wirtschaftstag gehört als Pflichtprogramm in den Kalender."* ^[24]

Kontroverse um den Landesdatenschutz

Der Wirtschaftsrat der CDU forderte im Jahr 2012, die 16 unabhängigen Datenschutzbehörden der Bundesländer zugunsten einer bundesweit zuständigen Behörde aufzulösen. Dies bekräftigte **Dorothee Belz**, welche den Internetarbeitskreis des Wirtschaftsrats leitet und zugleich bei **Microsoft** in der Geschäftsführung tätig ist. Der Wirtschaftsrat der CDU hält die Landesdatenschützer für ein Hemmnis für Internet-Startups in Deutschland. ^[25]

Finanzen

Der Verein finanziert sich durch die Beiträge seiner Mitglieder. Allerdings wird die Finanzierung seiner Veranstaltungen von Sponsoren unterstützt. Sponsoren des Wirtschaftstags 2019 waren u.a. die Deutsche Bank, BMW, RWE oder Siemens. Die Finanzmarktklausur 2019 wurde u.a. von Wirecard gesponsert. Wirecard und BlackRock waren zudem Sponsoren des Wirtschaftstags 2018. ^[26]

Zitate

Astrid Hamker (Präsidentin) zu Fridays for Future:

"Ich hoffe, dass sich die Schüler einbringen und vor allem: Dass auch sie konkret im eigenen Handeln werden. Dazu gehört auch, nach ihren Demonstrationen nicht so viel auf den Straßen zu hinterlassen oder Müll im Wald aufzusammeln. Dazu gehört der Verzicht auf Schiffsreisen mit den Eltern, Flüge zu Freunden und auf Kaffeebecher bei Starbucks zum Mitnehmen." ^[27] (wirtschaftsrat.de)

Astrid Hamker über die Corona-Hilfen der Europäischen Union:

"Es ist nicht akzeptabel, wenn die südeuropäischen Staaten mit großzügigen, bedingungslos gewährten Geldgeschenken für ihre Verschwendung und ihre wirtschaftspolitischen Fehlleistungen der vergangenen Jahrzehnte belohnt werden. Der Sparsame darf am Ende nicht der Dumme sein." ^[28] (wirtschaftsrat.de)

[Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats) über die geplante Einführung des Lieferkettengesetzes:

"Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt." ^[29] (finanznachrichten.de)

Organisationsstruktur und Personal

Die Gremien des Wirtschaftsrates der CDU bestehen aus dem Präsidium, dem Bundesvorstand und dem Wissenschaftlichen Beirat. Seine operative Lobbyarbeit ist in diverse Bundesfachkommissionen und Bundesarbeitsgruppen unterteilt.

Das Präsidium

Position	Name	Tätigkeit
Präsidentin	Astrid Hamker	<ul style="list-style-type: none"> • Piepenbrock Unternehmensgruppe, Gesellschafterin und Mitglied des Beirates • beratende Teilnehmerin des CDU-Bundesvorstands
Vizepräsident	Friedrich Merz	<ul style="list-style-type: none"> • CDU-Politiker • Aufsichtsratsvorsitzender BlackRock Deutschland (bis März 2020)
Vizepräsident	Hans Helmut Schetter	Kammerdiener Peegut Gruppe, Beiratsvorsitzender
Generalsekretär	Wolfgang Steiger	Unternehmer, ehem. Mitglied des Bundestags (CDU)
Schatzmeister	Henneke Lütgerath	M.M.Warburg & CO, Mitglied des Aktionärsausschusses
Mitglied	Roland Koch	<ul style="list-style-type: none"> • UBS Europe SE, Vorsitzender des Aufsichtsrats • Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorsitzender
Mitglied	Christian Sewing	Deutsche Bank , Vorsitzender des Vorstands
Mitglied	Christian Freiherr von Stetten	<ul style="list-style-type: none"> • CDU/CSU-Bundestagsfraktion, mittelstandspolitischer Sprecher • Parlamentskreis Mittelstand, Vorsitzender
Mitglied (in beratender Funktion)	Günther Oettinger	ehem. EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
Weitere Mitglieder	Paul Bauwens-Adenauer, Wendelin von Boch, Nikolaus Breuel, Sabine Christiansen, Hugo Fiege, Renata Jungo Brüngger, Christian Klein, Joachim Rudolf, Stefan Schulte, Christian Sewing, Wolfgang Steiger, Bettina Würth	

(Stand: November 2020) ^[30]

Der Bundesvorstand

Dem Bundesvorstand gehören die Mitglieder des Präsidiums sowie 51 weitere Personen an. Unter anderem:

Name	Tätigkeit
Karl Friedrich von Hohenzollern	Unternehmer
Alfons Hörmann	Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes
Hildegard Müller	Präsidentin Verband der Automobilindustrie e.V.
Aygül Özkan,	<ul style="list-style-type: none"> • CDU-Politikerin • Geschäftsführerin des Zentralen Immobilien Ausschusses e.V. (ZIA)
Lutz Raettig	Aufsichtsratsvorsitzender der Morgan Stanley Bank AG
Thomas Schäfer	Staatsminister Hessisches Ministerium der Finanzen
Kristina Sinemus	Staatsministerin Hessisches Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung

(Stand: November 2020) ^[31]

Die Bundesfachkommissionen

Es bestehen 21 Bundesfachkommissionen, 12 Bundesarbeitsgruppen sowie rund 100 Landesfachkommissionen und -arbeitskreise. In Bundesfachkommissionen und -arbeitsgruppen beraten Unternehmer die für die Wirtschaft relevanten Gesetzesvorhaben und Initiativen weit vor der Verabschiedung durch die Parlamente. Die Änderungsvorschläge und Stellungnahmen fließen frühzeitig in den parlamentarischen Entscheidungsprozess ein.

Bundesfachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Arbeitsmarkt und Alterssicherung	Hans Joachim Reinke	Union Asset Management Holding AG, Vorsitzender des Vorstands
Bau, Immobilien, Smart Cities	Michael Zahn	Deutsche Wohnen AG, CEO
Beirat Industriepolitik	Martin Daum	Daimler Trucks & Busse, Mitglied des Vorstands
Beirat Next Generation	Friedericke Hagenbeck	Tierpark Hagenbeck, Geschäftsführerin
Digital Health	Frank Wartenberg	Central Europe IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG, Präsident
Energieeffizienz	Marc Andree Groos	Vaillant Group, Geschäftsführer
Energiepolitik	Karsten Wildberger	E.ON, COO
Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik	Lutz Raettig	Morgan Stanley Bank AG, Aufsichtsratsvorsitzender
Familienunternehmen und Mittelstand	Rolf Schnellecke	Schnellecke Group AG & Co. KG, Aufsichtsratsvorsitzender

Bundesfachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Gesundheitswirtschaft	Birgit König	Allianz Private Krankenversicherungs-AG, Geschäftsführerin
Handel, Ernährung, Verbraucherschutz	Gerd Chrzanowski	Schwarz Zentrale Dienste KG, Vorsitzender des Vorstands
Handel Non food	Alexander von Preen	INTERSPORT Deutschland, Vorsitzender des Vorstands
Innovationsforum	Ulrich Störk	PricewaterhouseCoopers , Sprecher der Geschäftsführung
Internationaler Kreis	Jürgen Geißinger	MTU Aero Services, Mitglied des Aufsichtsrats
Internet und Digitale Wirtschaft	Florian Roth	SAP, Chief Information Officer
Junge Generation	Thomas Lang	INTARGIA Managementberatung GmbH, Partner
Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung 4.0	Hans Georg Krabbe	ABB, Vorsitzender des Vorstands
Steuern	Frank W. Grube	KPMG AG, Mitglied des Vorstands
Umwelt- und Klimaschutz	Detlev Wösten	H&R GmbH & Co. KGaA, Geschäftsführer
Verkehr, Infrastruktur, Mobilität 4.0	Werner Kook	Rhenus SE & Co. KG, Generalbeauftragter
Wissenschaftlicher Beirat	Lars P. Feld	Wirtschaftsweiser und Leiter des Walter Eucken Instituts

(Stand: Dezember 2019) ^[32]

Die Bundesarbeitsgruppen

Bundesarbeitsgruppe	Vorsitz	Unternehmen
Cybersicherheit	Timo Kob	HiSolutions AG, Vorstand
Deutsch-Französische Wirtschaftsbeziehungen	Frank Haun	Deutsche Bank, Mitglied des Vorstands
Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik	Hans Joachim Reinke	Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG, Vorsitzender der Geschäftsführung
Gigabit-Gesellschaft	Christoph Clément	Vodafone GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
Krankenhausreform	Kai Hankeln	Asklepios Kliniken, Konzerngeschäftsführer CEO
Mehr privat für einen starken Staat	Wolfgang Clement (verstorben)	Bundeswirtschaftsminister a.D.
Medienwirtschaftspolitik	Thomas Dittrich	Europäischen Medien- und Business-Akademie, Geschäftsführender Gesellschafter
Moderne Verwaltung und Bürokratieabbau	Marc Reinhardt	Head of Public Sector and Health Capgemini, Mitglied der Geschäftsführung
Private Altersvorsorge	Ralf Berndt	Stuttgarter Lebensversicherung a.G., Vorstand
Rohstoffpolitik	Thomas Bünger	Aurubis AG, Mitglied des Vorstandes
Staatsfinanzen	Eckhardt Rehberg	MdB, Haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Startups	Wolfgang Stelzle	RE'FLEKT GmbH, CEO

(Stand: Dezember 2019) ^[33]

Der Wissenschaftliche Beirat

Der Wissenschaftliche Beirat steht unter der Leitung von [Lars P. Feld](#), dem Leiter des neoliberalen [Walter Eucken Instituts](#) und Vorsitzenden des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#). Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats waren jahrelang auf der Webseite des Wirtschaftsrats öffentlich einsehbar. Seit dem 28. Juni 2017 ist diese Einsicht passwortgeschützt und damit ausschließlich für Mitglieder des Wirtschaftsrats zugänglich.^[34] [Clemens Fuest](#) weist auf der Webseite des Ifo-Instituts auf seine Mitgliedschaft hin.^[35]

Mitglieder	Akademische Position
Lars P. Feld (Leitung)	<ul style="list-style-type: none"> • Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Vorsitzender • Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen, Mitglied • Walter Eucken Institut, Direktor/Vorstandsvorsitzender • "Kronberger Kreis" der Stiftung Marktwirtschaft, Sprecher
Marc Oliver Bettzüge	Energiewirtschaftliches Institut (EWI) , Direktor
Norbert Bolz	TU Berlin, Lehrstuhl für Medienwissenschaften
Georg Erdmann	TU Berlin, Institut für Energietechnik
Clemens Fuest	<ul style="list-style-type: none"> • Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen, Mitglied • ifo Institut, Präsident • Ludwig-Maximilians-Universität München, Professor für Volkswirtschaftslehre • "Kronberger Kreis" der Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied
Andreas Hackethal	<ul style="list-style-type: none"> • Goethe Business School, Dekan • Uni Frankfurt am Main, Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, Schwerpunkt Finanzen
Klaus Henning	<ul style="list-style-type: none"> • Senior Berater OSTO-Systemberatung GmbH • Senior Advisor Institutscluster IMA / ZLW & IfU an der RWTH Aachen
Johanna Hey	<ul style="list-style-type: none"> • Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen, Mitglied • Institut Finanzen und Steuern, Direktorin • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Gründungsmitglied

Mitglieder	Akademische Position
Michael Hüther	<ul style="list-style-type: none"> • Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Direktor • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Kurator und Botschafter
Franz-Josef Radermacher	Leiter Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung in Ulm Lehrstuhl für Datenbanken und künstliche Intelligenz, Uni Ulm
Thomas Straubhaar	<ul style="list-style-type: none"> • Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI), ehem. Direktor • Uni Hamburg, Professor für Volkswirtschaftslehre, insb. Wirtschaftspolitik • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Botschafter
Michael Stürmer	Publizist und Chefkorrespondent „Die Welt“
Eberhard Wille	<ul style="list-style-type: none"> • Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen, ehem. Stellv. Vorsitzender^[36] • Uni Mannheim, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft
Martin Werding	<ul style="list-style-type: none"> • Uni Bochum, Lehrstuhlinhaber für Sozialpolitik und öffentliche Finanzen • Wissenschaftlicher Beirat des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Mitglied • Arbeitskreis Finanzwissenschaft des Bundesfinanzministeriums, Mitglied

(Stand: April 2016)^[37]

Die Landesverbände

Neben den deutschen Landesverbänden (gegliedert nach Bundesländern) gibt es den [Wirtschaftsrat Brüssel](#) (Landesverband Brüssel) und den [Wirtschaftsrat Sektion New York](#).

Netzwerke

Im Freistaat Bayern arbeitet der Wirtschaftsrat mit dem [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), einer Lobbyorganisation CSU-naher Unternehmen zusammen. Zur EU-Kommission und zum EU-Parlament besitzt der Wirtschaftsrat einen besonderen Zugang: Denn [Günther Oettinger](#), ehemaliger EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, ist (beratendes) Mitglied des Präsidiums. Zudem waren einflussreiche CDU-Europaparlamentarier jahrelang kooptierte Vorstandsmitglieder des [Wirtschaftsrats Brüssel](#), einem Landesverband des Wirtschaftsrats: [Rainer Wieland](#) bis 2016, [Werner Langen](#) und [Godelieve Quisthoudt-Rowohl](#) bis 12/2018.^{[38][39][40]}

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Die Landesverbände des Wirtschaftsrats](#), abgerufen am 11.11.2020.
2. ↑ [Die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 16.04.2019.
3. ↑ [Wirtschaftsrat gegen überzogene Verschärfung der Klimaziele](#), wirtschaftsrat.de abgerufen am 13.11.2020.
4. ↑ [Wirtschaftsrat lehnt Erhöhung des Kurzarbeitergeldes ab](#), wirtschaftsrat.de abgerufen am 13.11.2020.
5. ↑ [Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns aussetzen](#),wirtschaftsrat.de abgerufen am 13.11.2020.
6. ↑ [Einführung der Grundrente nicht realistisch](#),wirtschaftsrat.de abgerufen am 13.11.2020.
7. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU](#), abgerufen am 07.03.2012.
8. ↑ [Jahresbericht 2019](#), Wirtschaftsrat der CDU: Jahresbericht 2019, S. 6, wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.20.
9. ↑ [Imagebroschüre 2019](#), vgl. S. 20, wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.20.
10. ↑ [E.ON-RWE-Deal contra Energiewende?](#), solarserver.de, abgerufen am 11.11.20, sowie [E.ON kündigt Investitionen zur Wiederbelebung der Wirtschaft an](#), windmesse.de, abgerufen am 11.11.20.
11. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat nennt EU-Klimaplan "Instinktlosigkeit"](#), finanztreff.de abgerufen am 13.11.2020.
12. ↑ [Wie die Pandemie das Klima schützt - und bedroht](#), sueddeutsche.de abgerufen am 13.11.2020.
13. ↑ ["Nicht alles nur durch die Klimabrille sehen"](#), rp-online.de abgerufen am 13.11.2020.
14. ↑ ["Nicht alles nur durch die Klimabrille sehen"](#), rp-online.de abgerufen am 13.11.2020.
15. ↑ [Pressemitteilung vom 28.10.20](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.20.
16. ↑ [Pressemitteilung vom 28.10.20](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.20.
17. ↑ [BMZ, Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten](#), bmz.de, abgerufen am 22.09.20.
18. ↑ [Pressemitteilung vom 28.10.20](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.20.
19. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.20, abgerufen am 11.11.20.
20. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz schadet der Wirtschaft](#), abendzeitung-münchen.de vom 26.08.20, abgerufen am 24.09.20.
21. ↑ [Der Wirtschaftstag](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.20.
22. ↑ [Der Wirtschaftstag 2018](#), vgl. ab Minute 6:00, abgerufen am 12.11.20.
23. ↑ [Der Wirtschaftstag 2018](#), vgl. ab Minute 6:31, abgerufen am 12.11.20.
24. ↑ [Der Wirtschaftstag 2019](#), vgl. ab Minute 7:13, abgerufen am 12.11.20.
25. ↑ ["Die Landesdatenschützer müssen weg"](#), golem.de vom 2.3.2012, abgerufen am 07.03.2012.
26. ↑ [Sponsoring der einzelnen Veranstaltungen](#), wirtschaftstag.de, abgerufen am 13.11.2020.
27. ↑ [Jahresbericht 2019](#), vgl. S. 6, wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.20.
28. ↑ [<https://wirtschaftstag.wirtschaftsrat.de/> Wirtschaftstag 2020, wirtschaftsrat.de, abgerufen am 17.11.20.
29. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.20, abgerufen am 11.11.20.
30. ↑ [Präsidium](#), abgerufen am 11.11.2020.
31. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU - Bundesvorstand](#), abgerufen am 11.11.2020.

32. ↑ Bilanz des Wirtschaftsrates 2019, wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.2020.
33. ↑ Bilanz des Wirtschaftsrates 2019, wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.2020.
34. ↑ Mitgliederlogin, wirtschaftsrat.de, abgerufen am 28.06.2017
35. ↑ Stipendien, Preise und Mitgliedschaften, ifo.de, abgerufen am 18.12.2020
36. ↑ Mitglieder des Sachverständigenrates Webseite SVR, abgerufen am 19.12.2020
37. ↑ Wissenschaftlicher Beirat - Zukunftskommission des Wirtschaftsrates, abgerufen am 28.04.2016.
38. ↑ Wirtschaftsrat Brüssel: Wirtschaftskompetenz für Europa, docplayer.org, abgerufen am 17.04.2019
39. ↑ Jahresbericht 2016 Wirtschaftsrat, Landesverband Brüssel, wirtschaftsrat.de, abgerufen am 18.04.2019
40. ↑ Jahresbericht 2018 Wirtschaftsrat, Landesverband Brüssel, wirtschaftsrat.de, abgerufen am 18.04.2019.

Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit

Das **Institut zur Zukunft der Arbeit GmbH** (IZA) betreibt als privates Wirtschaftsforschungsinstitut nationale und internationale Arbeitsmarktforschung sowie Politikberatung. Gegründet wurde das Institut 1998 auf Initiative der [Deutschen Post](#).^[1] Alleiniger Gesellschafter des Instituts ist die [Deutsche Post-Stiftung](#), die im Gesellschaftsvertrag des IZA als eine "Stiftung der Deutschen Post AG" bezeichnet wird.

Präsident des IZA ist der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Post, [Klaus Zumwinkel](#). Seit März 2016 ist Hilmar Schneider Direktor des IZA. Sein Vorgänger ist der umstrittene [Klaus F. Zimmermann](#), der als langjähriger Institutsleiter dessen Ausrichtung maßgeblich geprägt hat.

Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA)



Rechtsform	gGmbH
Tätigkeitsbereich	Arbeitsmarktforschung
Gründungsdatum	1998
Hauptsitz	Schaumburg-Lippe-Straße 5 - 9, Bonn
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.iza.org

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	91
2 Organisationsstruktur und Personal	91
2.1 Präsident: Klaus Zumwinkel	91
2.2 Geschäftsführung	91
2.3 Wissenschaftlicher Beirat	92
2.4 Policy Fellows	92
3 Finanzielle Abhängigkeit und Ausrichtung des Instituts	92
4 Lobbystrategien und Einfluss	93
5 Fallstudien und Kritik	93
5.1 2014: IZA verklagt den Publizisten Werner Rügemer	93
6 Weiterführende Informationen	94
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	94
8 Einzelnachweise	94

Kurzdarstellung und Geschichte

Das IZA versteht sich als internationales Forschungsinstitut und Ort der Kommunikation zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis. Zahlreiche Ökonomen arbeiten virtuell oder vor Ort im Rahmen konkreter Forschungsvorhaben mit dem IZA zusammen. Darüber hinaus bindet sich das IZA aktiv in internationale Forschungsnetzwerke ein. Es stellt Forschungsergebnisse der Arbeitsökonomie bereit und liefert auf dieser Grundlage handlungsrelevante Erkenntnisse für Politik und Gesellschaft.

Das IZA vertritt wirtschaftsliberale Positionen und war über ihren langjährigen Direktor Zimmermann sowie ihre "Policy Fellows" mit Organisationen der Arbeitgeber und neoliberalen Denkfabriken vernetzt. Die "Policy Fellows" werden auf der IZA-Webseite seit mindestens 2017 nicht mehr erwähnt.

Das IZA erstellt u. a. Studien für die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#)^[2] und die [Bertelsmann Stiftung](#)^[3]

Organisationsstruktur und Personal

Alleiniger Gesellschafter des Instituts ist die [Deutsche Post-Stiftung](#). Diese kann lt. Gesellschaftervertrag den Geschäftsführer des Instituts (= den Direktor) bestellen und abberufen. Die Stiftung kann die Gesellschaft in einer Frist von 6 Monaten zum Schluß des Geschäftsjahres kündigen.^[4]

Präsident: Klaus Zumwinkel

Klaus Zumwinkel war Vorstandsvorsitzender der [Deutschen Post AG](#) und ehem. Mitglied des Aufsichtsrats zahlreicher Großunternehmen (z. B. [Deutsche Telekom](#), [Allianz](#), [Lufthansa](#), [Arcandor](#)). Nach Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung trat Zumwinkel im Februar 2008 als Postchef zurück. Im Januar 2009 wurde er zu einer zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe verurteilt. Zumwinkel ließ sich Pensionsansprüche in Höhe von 20 Mio. € auszahlen und kassierte für seine zweimonatige Tätigkeit als Vorstandschef im Jahr 2008 über 700.000€^[5]

(Stand: Januar 2018)

Geschäftsführung

- Hilmar Schneider ist seit März 2016 Vorsitzender der Geschäftsführung (Direktor) des IZA
- **Martin C. Clemens** ist seit März 2016 Kaufmännischer Geschäftsführer des IZA und gleichzeitig Geschäftsführer des SUN Institute Environment Sustainability sowie Kaufmännischer Geschäftsführer des briq Institute on Behavior & Inequality, die - wie das IZA - von der Deutsche Post-Stiftung als alleiniger Gesellschafterin gegründet worden sind.^[6] Clemens war bis zu seinem Wechsel zum IZA im Jahr 2006 in verschiedenen leitenden Funktionen des Personalmanagements der Deutschen Post DHL tätig.^[7]

(Stand: Januar 2018)

[Klaus F. Zimmermann](#) war seit der Gründung des IZA bis Februar 2016 dessen Direktor

Wissenschaftlicher Beirat

- Thomas von Mitschke-Collande (CSU-Mitglied), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats, Unternehmensberater, ehem. Senior Partner McKinsey
- Jürgen Kluge, Unternehmensberater, Senior Advisor bei Bank of America Merrill Lynch, ehem. Vorstandsvorsitzender Franz Haniel & Cie^[8]
- Andrew J. Oswald, Professor an der University of Warwick
- Christopher A. Pissarides, Professor an der London School of Economics, Wirtschaftsnobelpreis 2010
- Frank-Jürgen Weise (CDU-Mitglied), ehemaliger Leiter der Bundesagentur für Arbeit sowie des Bundesamtes für Migration

(Stand: Januar 2018)

Policy Fellows

Das IZA verfügte über einen Kreis von "Policy Fellows" (dt. Politikkollegen), mit denen es in besonderer Weise kooperierte. Die Vernetzung mit einflussreichen Vertretern aus Wirtschaft, Politik, Medien und Gesellschaft sollte nach eigenen Angaben dazu beitragen, das Beratungsangebot des Instituts entsprechend zu akzentuieren und seine Forschungsergebnisse noch gezielter in die Öffentlichkeit zu vermitteln. Zu dem Netzwerk gehörten zahlreiche Organisationen der Arbeitgeber und neoliberale Denkfabriken.

Finanzielle Abhängigkeit und Ausrichtung des Instituts

Das IZA ist eine Tochtergesellschaft der [Deutsche Post-Stiftung](#). Diese ist alleinige Gesellschafterin des Instituts und kann lt. § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags die Geschäftsführer des Instituts bestellen und abberufen sowie die Gesellschaft in einer Frist von 6 Monaten zum Schluß des Geschäftsjahres kündigen (§§ 5 Abs. 2, 12 Abs. 1 Gesellschaftsvertrag).^[9] Die [Deutsche Post-Stiftung](#) ist laut Gesellschaftsvertrag des IZA (Präambel) ihrerseits eine "Stiftung der Deutsche Post AG". Das IZA bezeichnet sich selbst gleichwohl als unabhängiges Forschungsinstitut^[10]. Gemeint ist wohl, dass der Post-Konzern der Tochtergesellschaft seiner Stiftung faktisch ein unabhängiges Agieren einräumt. Diese Annahme scheint jedoch nicht zuzutreffen. IZA-Präsident Klaus Zumwinkel war Vorstandsvorsitzender des Post-Konzerns und mischt sich laut internen Quellen auch ins Tagesgeschäft des IZA ein.^[11] IZA-Geschäftsführer Martin C. Clemens war leitender Mitarbeiter in Konzernunternehmen der Post. Auch im Kuratorium der [Deutsche Post-Stiftung](#) sitzen Personen aus dem Umfeld der [Deutsche Post DHL Group](#). Die weiteren Verflechtungen zwischen Post-Konzern, Deutsche Post-Stiftung und IZA sind unter [Deutsche Post-Stiftung](#) abrufbar. Neben den dort genannten Anhaltspunkten für eine Abhängigkeit des IZA vom Post-Konzern spielt auch die finanzielle Abhängigkeit vom Post-Konzern eine Rolle, der als einer der größten deutschen Arbeitgeber von der arbeitsmarktpolitischen Forschungs- und Beratungstätigkeit des Instituts selbst betroffen ist.

Das IZA finanziert sich zu etwa 80 % über die [Deutsche Post-Stiftung](#).^[12] Nach anfänglicher Auskunftsverweigerung über die Höhe der Zuwendung hat die Deutsche Post AG bestätigt, dass die Stiftung im Rahmen einer bis 2022 laufenden Schenkungsvereinbarung ein Viertel Promille der Umsatzerlöse oder ein Drittel Promille des Personalaufwands des Post-Konzerns erhält.^[13] Im Jahr 2015 betrug der Zufluss an die Stiftung ca. 14 Mio. Euro, deren einzige Aktivitäten bis 2014 in der Förderung und Finanzierung des IZA bestanden. Ein Wirtschaftsunternehmen wie der Post-Konzern wird ein Arbeitsmarktforschungsinstitut nur

initiiieren und in dieser Höhe dauerhaft subventionieren, wenn dessen Ausrichtung seiner Interessenlage als Arbeitgeber gerecht wird. Mit der Einstellung der Finanzierung, die für das IZA existenzgefährdend wäre, verfügt der Post-Konzern außerdem über ein finanzielles Drohpotential, mit dem er das IZA jederzeit "auf Kurs" bringen könnte. Die arbeitsmarktpolitischen Positionen des IZA entsprechen im Wesentlichen denen der Arbeitgeber: Ablehnung des Mindestlohns, Ausweitung des Niedriglohnssektors und Heraufsetzung des Renteneintrittsalters.^[14]

Unter ihrem damaligen Präsidenten [Klaus F. Zimmermann](#) beauftragte das Institut für die Studienreihe "IZA World of Labor" den Mindestlohn-Gegner David Neumark damit, politischen Entscheidungsträgern den Stand der Wissenschaft objektiv zu präsentieren. Die weitaus meisten der Aufsätze oder Bücher, die Neumark in der ZA-Broschüre mit dem Befund negativer Beschäftigungseffekte zitiert, stammen nach einem Bericht im Handelsblatt jedoch von ihm selbst, was kaum erkennbar sei.^[18] Fragwürdig in Sachen neutrale Darstellung sei besonders, dass Neumark selbst das Urteil fälle, dass Studien, die negative Effekte finden, methodisch besser seien; wiederum ohne dass der Leser direkt sehen könnte, dass hier jemand Studien seiner wissenschaftlichen Kontrahenten abqualifiziert. Zimmermann verteidigte den Beitrag laut Handelsblatt kompromisslos: "Den Vorwurf, Herr Neumark sei parteiisch, muss ich zurückweisen".

Lobbystrategien und Einfluss

Das IZA gehört zu einem der führenden internationalen Wirtschaftsforschungsinstitute für Arbeitsmarktpolitik mit einem erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung der Arbeitsmärkte.

In der Monatszeitschrift *Blätter für deutsche und internationale Politik* kritisierte Werner Rügemer „eine neue Form des Lobbyismus“ und nannte in diesem Zusammenhang auch das IZA. Dessen Direktor Klaus F. Zimmermann verklagte daraufhin Werner Rügemer. Die Pressekammer des Landgerichts Hamburg verkündete am 6. 2. 2015 eine Entscheidung, nach der die Aussage, das IZA betreibe Lobbying unzulässig sei. Zulässig sei dagegen die Aussage (als freie Meinungsäußerung und nicht als Tatsachenbehauptung), das IZA bezeichne sich fakenwidrig als unabhängig und von freier Wissenschaft könne beim besten Willen nicht gesprochen werden.^{[15][16][17]}

Fallstudien und Kritik

2014: IZA verklagt den Publizisten Werner Rügemer

Im Mai 2014 verklagte IZA-Chef [Klaus F. Zimmermann](#) den Publizisten Werner Rügemer sowie Peter Kleinert, Herausgeber der Neuen Rheinischen Zeitung (NRhZ). Grund war ein Artikel über Lobbyismus, den Rügemer im August 2013 veröffentlichte. In dem Artikel wird das IZA als Beispiel dafür herangezogen, wie unter dem Mantel der Wissenschaftlichkeit und Unabhängigkeit Interessen vertreten werden. Das IZA klagte dagegen, dass es als 'nicht unabhängig' bezeichnet werde und keine 'freie Wissenschaft' betreibe.

Aus Sicht von LobbyControl ist die Gründung des IZA im Kontext eines erweiterten Lobbying, dem sog. [deep lobbying](#), zu sehen. Dabei geht es darum, über die Einflussnahme auf Öffentlichkeit oder wissenschaftliche Diskurse indirekt bzw. längerfristig auf die Politik einzuwirken. Es ist recht klar, dass es eine Abhängigkeit des IZA von der [Deutschen Post-Stiftung](#) gibt, die in der Präambel des Gesellschaftsvertrags des IZA als eine "Stiftung der Deutschen Post AG, des größten Arbeitgebers in Deutschland" bezeichnet wird.^[18] Die Stiftung stellt den Großteil der Finanzierung und sie ist laut Handelsregister-Unterlagen die alleinige Gesellschafterin des Instituts.^{[19], [20]}

Weiterführende Informationen

Norbert Häring: Ein Sieg für Deutschlands Arbeitnehmer: Klaus Zimmermann verlässt das IZA, Newsblog Norbert Häring, 16. Dezember 2015

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ IZA (Hrsg.): [15 Jahre IZA: 15 Jahre Arbeitsmarktforschung und Politikberatung](#). 2013. S. 2 (pdf, 13 MB)
2. ↑ z. B. Report No. 20: Bald erstmals weniger als 3 Mio. Arbeitslose in Deutschland, Bonn 2008 und Report No. 15: Die fiskalischen Kosten der SGB-Regelungen zum erleichterten Bezug von Arbeitslosengeld für Ältere, Bonn 2007
3. ↑ Report No. 30: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bonn 2010 und Report No. 25: Atypische Beschäftigung und Niedriglohnarbeit, Bonn 2010
4. ↑ Gesellschaftsvertrag "Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH" in der Fassung vom 15. Juli 2011, Amtsgericht Bonn, HRB 7745
5. ↑ Hans Leyendecker: [Klaus Zumwinkel 20 Millionen Euro Pension](#), Süddeutsche Zeitung vom 13. März 2009, Website SZ, abgerufen am 09.06.2012
6. ↑ [Über uns](#), sun-institute, abgerufen am 04.01.2018
7. ↑ [Profil](#), iza.org, abgerufen am 04.01.2018
8. ↑ [Kurzvita](#), juergen-kluge.com, abgerufen am 13.10.2017
9. ↑ Gesellschaftsvertrag "Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH" in der Fassung vom 15. Juli 2011, Amtsgericht Bonn, HRB 7745
10. ↑ [Aufgaben und Ziele](#), iza.org, abgerufen am 03.01.2017
11. ↑ [Zumwinkel und seine Bonner Forscher](#), 16.02.2016, general-anzeiger-bonn, abgerufen am 07.07.2017
12. ↑ [Klaus F. Zimmermann - Biographisches](#), [Webseite IZA](#), abgerufen am 20.02.2015
13. ↑ [Finanzierung](#), deutsche-post-stiftung.org, abgerufen am 05.01.2018
14. ↑ [IZA: Neoliberaler Think Tank unter Druck](#), heise.de vom 17.02.2015, abgerufen am 05.01.2018
15. ↑ [Thomas Barth: Neoliberaler Think Tank unter Druck Das Institut für Zukunft der Arbeit und Lobbyismus Vorwürfe](#), Telepolis vom 17. 02. 2015, abgerufen am 19. 02. 2015
16. ↑ [Urteil des Landgerichts Hamburg zum Rügemer-Prozess vom 19. Februar 2015](#), Homepage Klaus F Zimmermann, abgerufen am 20. 02. 2015
17. ↑ [Was darf Lobbying genannt werden? Ulrich Müller: Institut zur Zukunft der Arbeit verklagt Publizisten](#), 9. Mai 2014, [Webseite Lobbycontrol](#), abgerufen am 20. 02. 2015
18. ↑ Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 15 Juli 2011, Amtsgericht Bonn HRB 7745
19. ↑ [Was darf Lobbying genannt werden?](#) LobbyControl vom 09.05.2014, abgerufen am 12.05.2014
20. ↑ [Unabhängigkeit vor Gericht](#) taz vom 08.05.2014, abgerufen am 12.05.2014